Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staats- haushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushalts- jahre 2018/19

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
16/5100 – in folgender Fassung zuzustimmen:

„Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Artikel 1

Änderung des Staatshaushaltsgesetzes 2018/19

Das Staatshaushaltsgesetz 2018/19 vom 20. Dezember 2017
(GBl. S. 652) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „50.549.975.200“ durch
die Angabe „53 420 804 300“ und die Angabe
„51.937.064.900“ durch die Angabe „53 454 910 200“
ersetzt.

2. § 3 wird folgender Absatz angefügt:

„(20) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Leer-
stellen für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit mit
der Befähigung zum Richteramt zu schaffen, die zur
Deckung des nur vorübergehenden Personalbedarfs
bei den Verwaltungsgerichten für einen Abbau der
Asylbestände binnen eines angemessenen Zeitraums
zu Richterinnen und Richtern auf Zeit (§ 18 der Ver-
waltungsgerichtsordnung) ernannt und bei Kapitel 0505

in freie und besetzbare Planstellen der Besoldungs-
gruppe R 1 eingewiesen werden. Die Leerstellen sind
in den Einzelplänen zu schaffen, in denen die Plan-
stellen veranschlagt sind, in die die Beamtinnen und
Beamten bis zur Ernennung zu Richterinnen und
Richtern auf Zeit eingewiesen sind. Nach Rückkehr
der Beamtinnen und Beamten aus der Verwendung als
Richterinnen und Richter auf Zeit gilt § 50 Absatz 6
LHO entsprechend; hierdurch freiwerdende Leerstellen
fallen weg. Die Leerstellen sind im jeweils nächsten
Staatshaushaltsplan zu veranschlagen und mit einem
Wegfallvermerk im Sinne von Satz 3 zu versehen.“

3. Nach § 3 wird folgender § 3 a eingefügt:

„§ 3 a

Neuorganisation der Forstverwaltung

(1) Das Ministerium für Ländlichen Raum und Ver-
braucherschutz wird in Abstimmung mit dem Finanz-
ministerium ermächtigt, vorbehaltlich des Inkrafttre-
tens des Gesetzes zur Umsetzung der Neuorganisation
der Forstverwaltung Baden-Württemberg die zur Er-
richtung einer Anstalt öffentlichen Rechts für den
Staatswald (ForstBW) zum 1. Januar 2020 erforder-
lichen Maßnahmen im Sinne einer Gründungsge-

schäftsführung zu ergreifen und Verträge, einschließlich Arbeits- und Ausbildungsverträge, namens der zu gründenden Anstalt abzuschließen. Dies beinhaltet auch die haushaltsneutrale Schaffung und Inanspruchnahme von Planstellen und Stellen für das im Zuge der Forstneuorganisation ab 1. Januar 2020 von den Stadt- und Landkreisen sowie aus dem Landeshaushalt zu der zu gründenden Anstalt übergehende Personal oder dafür ersatzweise einzustellende Personal und den Abschluss von Arbeitsverträgen hierfür. Es umfasst ebenso die Schaffung und Inanspruchnahme von bis zu 25 Planstellen und Stellen bereits im Jahr 2019 und den Abschluss von Verträgen für Dienstleistungen und Lieferung von Materialien, soweit dies zur Sicherstellung einer reibungslosen Aufnahme des Verwaltungs- und Forstbetriebs der zu gründenden Anstalt erforderlich ist. Dazu gehören gegebenenfalls auch Investitionen für die Ausstattung neuer Verwaltungsstandorte oder die Ertüchtigung bestehender Standorte. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz bestimmt hierzu eine Gründungsgeschäftsführung.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Errichtung der Anstalt erforderlichen Titel für Transaktionskosten zu schaffen. Bei den einzurichtenden Titeln können die erforderlichen Ausgaben mit Einwilligung des Finanzministeriums bis zu einer Höhe von 7 000 000 Euro im Haushaltsjahr 2019 geleistet werden. Die erforderlichen Mittel sind aus dem bestehenden Budget des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz bereitzustellen. Die insoweit geschaffenen Titel gelten als planmäßig.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„In den folgenden Haushaltsjahren eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen des laufenden Haushaltsjahres dürfen unter Beachtung des § 76 LHO zu Gunsten des laufenden Haushalts gebucht oder umgebucht werden.“

b) In Absatz 11 wird die Angabe „2.808.654.680“ durch die Angabe „2 817 698 680“ ersetzt.

5. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

bb) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. im Haushaltsjahr 2019 zu Gunsten der NECKARPRI GmbH, die für das Land die Anteile an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG hält, bis zu 2 400 000 000 Euro zuzüglich Zinsen.“

b) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Das Wirtschaftsministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für die Absicherung von Verbandskrediten von Wohnungseigentümergeinschaften gegenüber der Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank) nach Maßgabe des Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg 2018/2019 zur Finanzierung von energetischen Sanierungen und barrierearmen oder barrierefreien Modernisierungen des Wohnungsbestands und für die Absicherung von Krediten zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen gegenüber der L-Bank nach Maßgabe des Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg 2018/2019 bis zur Höhe von insgesamt 100 000 000 Euro in den Jahren 2018 und 2019 zu übernehmen sowie für die Absicherung von Krediten im Rahmen der Förderung von Wohnungsgenossenschaften hinsichtlich der Schaffung neuen sozialgebundenen Mietwohnraums nach Maßgabe des Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg 2018/2019 im Jahr 2019 bis zur Höhe von insgesamt 10 000 000 Euro unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu übernehmen.“

6. Nach § 5 wird folgender § 5 a eingefügt:

„§ 5 a

Rangrücktritt

Das Umweltministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium das Zurücktretten der Forderungen, die im Rahmen des Schadensfalls Böblingen aufgrund von Geothermiebohrungen im nördlichen Hebungsbereich gegen die Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft bestehen, gegenüber den Schadenersatzforderungen privater Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer zu erklären.“

7. § 6 a Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

„(8) Nicht in Abgang gestellte Ausgabereste nach Absatz 5 können zur Vergabe von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte gemäß § 76 LBesGBW und in dessen entsprechender Anwendung zur Vergabe von außertariflichen Leistungsprämien an Tarifbeschäftigte verwendet werden. Nicht in Abgang gestellte Ausgabereste nach § 6 a Absatz 5 des Staatshaushaltsgesetzes 2017 können im Haushaltsjahr 2018 zur Vergabe von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte gemäß § 76 LBesGBW und in dessen entsprechender Anwendung zur Vergabe von außertariflichen Leistungsprämien an Tarifbeschäftigte verwendet werden.“

8. Nach § 7 wird folgender § 7 a eingefügt:

Artikel 3

„§ 7 a

Inkrafttreten

*Mitfinanzierung von Projekten
im Bereich der Künstlichen Intelligenz
und zur Batterieentwicklung*

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.“

Zur Mitfinanzierung von durch den Bund teilfinanzierten und im Rahmen von wettbewerblichen Verfahren ausgeschriebenen Projekten im Zusammenhang mit der Erforschung und Entwicklung folgender Bereiche wird das Finanzministerium ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einer Gesamthöhe von 100 000 000 Euro Ausgaben zu leisten oder Verpflichtungen einzugehen und gegebenenfalls erforderliche Kapitel und Titel zu schaffen:

06.12.2018

Der Berichterstatter:
Karl Klein

Der Vorsitzende:
Rainer Stickelberger

1. Methoden der Künstlichen Intelligenz und
2. Batterien und Batteriezellen.

Die insoweit geschaffenen Kapitel und Titel gelten als planmäßig. Die Mehrausgaben sind durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben im Haushaltsvollzug zu finanzieren.“

9. § 8 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Die Landesregierung wird ermächtigt, die zur finanziellen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Digitalisierung an Schulen erforderlichen Vereinbarungen einzugehen. Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen die für die Vereinnahmung und Verwendung der finanziellen Beteiligung des Bundes notwendigen Kapitel, Titel, Haushaltsvermerke, Einnahme- und Ausgabe- sowie Verpflichtungsermächtigungen zu schaffen. Das Gleiche gilt für die zur Umsetzung benötigten Personal- und Sachmittel sowie Planstellen und andere Stellen, soweit sie durch eine entsprechende Erhöhung der globalen Minderausgabe bei Kapitel 0402 Titel 972 10 finanziert werden. Die nach Satz 2 und 3 geschaffenen Haushaltsermächtigungen gelten als planmäßig.“

Artikel 2

Änderung des Staatshaushaltsplans 2018/2019

Der Staatshaushaltsplan 2018/2019 wird nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtrags geändert.

Anlage zum Staatshaushaltsgesetz**Gesamtplan****1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2018 in der Fassung des Nachtrags**

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungs- einnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
01	Landtag	-	130,8	510,0	640,8	79.307,2
02	Staatsministerium	-	1.517,5	505,6	2.023,1	26.885,7
03	Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	-	73.519,8	80.116,0	153.635,8	2.566.868,8
04	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	-	2.928,3	23.350,7	26.279,0	9.545.496,8
05	Ministerium der Justiz und für Europa	-	704.568,8	16.569,7	721.138,5	1.247.401,1
06	Ministerium für Finanzen	-	539.395,2	69.050,5	608.445,7	1.152.885,1
07	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	-	9.062,5	344.182,2	353.244,7	42.114,4
08	Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	2.875,0	31.368,9	200.433,3	234.677,2	307.796,7
09	Ministerium für Soziales und Integration	-	6.041,6	106.488,1	112.529,7	95.253,9
10	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	90.000,0	63.078,7	30.715,5	183.794,2	132.692,5
11	Rechnungshof	-	1,0	-	1,0	23.441,3
12	Allgemeine Finanzverwaltung	40.376.436,0	281.981,0	8.356.297,3	49.014.714,3	589.457,7
13	Ministerium für Verkehr	-	815,8	1.161.346,4	1.162.162,2	46.709,9
14	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	-	93.068,1	754.430,0	847.498,1	1.549.306,4
16	Verfassungsgerichtshof	-	20,0	-	20,0	336,7
	Summe	40.469.311,0	1.807.498,0	11.143.995,3	53.420.804,3	17.405.954,2

Gesamtplan

2018

Sächl. Verwalt- ungsausgaben Schuldendienst	Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)	Verpflichtungs- ermächtigungen	Epl.
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
10.963,3	13.039,1	3.074,0	-	106.383,6	-105.742,8	-	01
13.445,6	5.408,5	673,8	-1.469,0	44.944,6	-42.921,5	500,0	02
449.895,6	658.959,7	148.464,1	-13.343,4	3.810.844,8	-3.657.209,0	316.129,0	03
50.422,2	1.419.340,3	161.783,1	-81.833,3	11.095.209,1	-11.068.930,1	185.472,3	04
465.224,2	57.454,7	21.213,3	-8.784,7	1.782.508,6	-1.061.370,1	15.035,9	05
97.875,1	771.015,8	20.010,0	270,0	2.042.056,0	-1.433.610,3	143.960,0	06
17.878,3	639.511,1	362.384,4	-8.911,6	1.052.976,6	-699.731,9	366.858,0	07
60.974,2	344.619,2	191.446,9	-12.992,6	891.844,4	-657.167,2	201.950,0	08
41.350,4	1.118.538,2	492.627,9	-30.567,8	1.717.202,6	-1.604.672,9	271.844,2	09
116.217,0	122.760,4	207.010,5	-1.647,0	577.033,4	-393.239,2	278.781,7	10
1.085,0	2,0	-	-	24.528,3	-24.527,3	-	11
2.324.722,0	14.685.426,8	1.893.538,6	3.477.857,6	22.971.002,7	26.043.711,6	697.617,9	12
47.845,7	1.301.216,2	509.461,1	169.430,8	2.074.663,7	-912.501,5	7.022.490,0	13
122.539,4	3.153.616,7	483.540,4	-79.797,7	5.229.205,2	-4.381.707,1	83.439,0	14
59,0	-	5,0	-	400,7	-380,7	-	16
3.820.497,0	24.290.908,7	4.495.233,1	3.408.211,3	53.420.804,3	-	9.584.078,0	

Anlage zum Staatshaushaltsgesetz**Gesamtplan****1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2019 in der Fassung des Nachtrags**

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungs-einnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
01	Landtag	-	130,8	543,5	674,3	81.028,9
02	Staatsministerium	-	1.517,5	505,6	2.023,1	27.423,6
03	Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration	-	74.750,9	90.040,7	164.791,6	2.641.682,3
04	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	-	2.947,0	23.351,9	26.298,9	9.812.960,4
05	Ministerium der Justiz und für Europa	-	702.421,2	17.190,4	719.611,6	1.261.642,7
06	Ministerium für Finanzen	-	207.922,1	71.883,8	279.805,9	1.178.721,0
07	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	-	8.062,5	286.352,2	294.414,7	44.623,7
08	Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	2.875,0	31.342,9	208.851,3	243.069,2	313.528,6
09	Ministerium für Soziales und Integration	-	6.041,6	95.936,8	101.978,4	96.706,6
10	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	102.000,0	63.078,7	33.306,7	198.385,4	141.274,1
11	Rechnungshof	-	1,0	-	1,0	24.217,8
12	Allgemeine Finanzverwaltung	41.371.595,0	275.481,0	7.713.725,3	49.360.801,3	787.730,7
13	Ministerium für Verkehr	-	815,8	1.194.069,2	1.194.885,0	51.164,6
14	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	-	104.177,9	763.971,9	868.149,8	1.557.386,3
16	Verfassungsgerichtshof	-	20,0	-	20,0	336,7
Summe		41.476.470,0	1.478.710,9	10.499.729,3	53.454.910,2	18.020.428,0

Gesamtplan

2019

Sächl. Verwal- tungsausgaben Schuldendienst	Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)	Verpflichtungs- ermächtigungen	Epl.
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
11.001,6	12.191,7	1.383,5	-	105.605,7	-104.931,4	-	01
13.639,3	5.760,5	654,6	-2.220,0	45.258,0	-43.234,9	1.735,0	02
429.440,8	645.670,6	155.384,0	-26.672,4	3.845.505,3	-3.680.713,7	218.209,0	03
54.271,8	1.469.449,6	172.649,2	-89.281,1	11.420.049,9	-11.393.751,0	196.671,2	04
462.150,0	58.823,5	19.343,6	-11.294,3	1.790.665,5	-1.071.053,9	7.750,0	05
134.925,1	383.682,3	20.506,2	270,0	1.718.104,6	-1.438.298,7	120.519,2	06
18.625,9	554.492,7	390.437,4	-15.158,1	993.021,6	-698.606,9	378.712,0	07
66.971,1	291.912,6	207.417,5	-19.279,1	860.550,7	-617.481,5	198.050,0	08
46.455,5	1.157.972,2	548.790,9	-29.364,9	1.820.560,3	-1.718.581,9	242.489,1	09
121.720,0	127.901,4	218.384,8	-3.398,4	605.881,9	-407.496,5	314.249,0	10
1.146,0	2,0	168,0	-	25.533,8	-25.532,8	-	11
2.357.079,2	15.212.094,9	2.069.649,1	2.446.078,9	22.872.632,8	26.488.168,5	488.800,0	12
57.489,2	1.299.458,5	509.085,7	82.878,2	2.000.076,2	-805.191,2	5.293.500,0	13
118.257,2	3.256.322,0	509.390,8	-90.293,1	5.351.063,2	-4.482.913,4	61.000,0	14
59,0	-	5,0	-	400,7	-380,7	-	16
3.893.231,7	24.475.734,5	4.823.250,3	2.242.265,7	53.454.910,2	-	7.521.684,5	

Gesamtplan**2. Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
in der Fassung des Nachtrags**

	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
Einnahmen		
Gesamteinnahmen	53.420.804,3	53.454.910,2
ab: Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Minusbeträge bedeuten Tilgung)	-250.000,0	-1.000.000,0
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	327.979,5	151.626,9
Einnahmen aus Überschüssen	2.325.105,4	2.400.687,7
Netto-Einnahmen	51.017.719,4	51.902.595,6
Ausgaben		
Gesamtausgaben	53.420.804,3	53.454.910,2
ab: Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	3.680.157,1	2.563.631,4
Deckung von Fehlbeträgen	0,0	0,0
Netto-Ausgaben	49.740.647,2	50.891.278,8
Finanzierungssaldo gem § 13 Abs. 4 LHO	1.277.072,2	1.011.316,8

**3. Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
in der Fassung des Nachtrags**

	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
Einnahmen aus Krediten		
Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt einschließlich des Betrags für Tilgungen, Krediten aus öffentlichen Sondermitteln	13.021.000,0	12.170.000,0
Summe	13.021.000,0	12.170.000,0
Ausgaben zur Schuldentilgung		
Tilgung von Krediten des Bundes	31.200,0	25.900,0
Tilgung von Kreditmarktschulden einschließlich Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	13.271.000,0	13.170.000,0
Summe	13.302.200,0	13.195.900,0
Netto-Kreditaufnahme im Bereich des Bundes	-31.200,0	-25.900,0
Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt	-250.000,0	-1.000.000,0
Netto-Kreditaufnahme insgesamt (Minusbeträge bedeuten Tilgung)	-281.200,0	-1.025.900,0

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 – Drucksache 16/5100 in seiner 36. Sitzung am 6. Dezember 2018.

In die Beratung einbezogen wurden auch die Änderungsanträge N/1 bis N/20 und N/23 bis N/130 sowie die Entschließungsanträge N/21 und N/22 und die Änderungsanträge StHG/1 und StHG/2 (vgl. Anlagen).

Der Vorsitzende weist darauf hin, die Zweite und Dritte Beratung des Nachtrags finde bereits am kommenden Mittwoch, 12. Dezember 2018, im Plenum statt. Da bis dahin der schriftliche Bericht über die heutige Ausschussberatung voraussichtlich nicht vorliege, müsse im Plenum unter Umständen mündliche Berichterstattung erfolgen. Auch die Beschlussempfehlung könne frühestens Anfang nächster Woche vorgelegt werden und sei im Plenum gegebenenfalls mündlich wiederzugeben.

Den Gepflogenheiten in diesem Ausschuss gemäß werde auf Grundsatzdiskussionen, die das jeweilige Ressort betreffen, weitgehend verzichtet. Auch bitte er, sich bei Wortmeldungen zu schriftlich gestellten Anträgen entsprechend der bewährten Praxis auf Aussagen zu beschränken, die über den Inhalt der Vorlage hinausgingen, zumal bei 134 heute zu beratenden Anträgen mit einer längeren Sitzungsdauer zu rechnen sei.

Am Ende der Beratung der jeweiligen Einzelpläne sollten gegebenenfalls Fragen der Abgeordneten zum Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – betreffend die Zukunftsoffensive III – Kapitel 1221 –, die Zukunftsinvestitionen – Kapitel 1223 – sowie die Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen – Kapitel 1212 (Sammelansätze), Haushaltsvermerk zu Titel 359 05: Entnahmen aus der Rücklage für Maßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO – behandelt werden. Die Abstimmung über diese Kapitel erfolge bei der Beratung des Einzelplans 12. Da die Fachministerien jedoch zu dem Zeitpunkt hier vertreten seien, zu dem ihre Etats behandelt würden, wäre es gut, wenn fachliche Fragen zu den genannten Kapiteln des Einzelplans 12 bei der Beratung des betreffenden Ressorthaushalts gestellt würden, damit die Vertreter der Fachministerien nicht bis zur Behandlung des Einzelplans 12 hierbleiben bzw. noch einmal erscheinen müssten.

Teilweise lägen Anträge der Fraktionen vor, die in Teil I das fachliche Begehren und in Teil II den Deckungsvorschlag enthielten. Er bitte, damit einverstanden zu sein, dass er diese Anträge insgesamt beim jeweiligen Facheinzelplan aufrufe und zur Abstimmung stelle. Dieses Verfahren spare etwas Zeit.

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0401

Ministerium

Dem Änderungsantrag N/113 insgesamt wird mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0401 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0404

Staatliche Schulämter

Der Änderungsantrag N/51 insgesamt wird mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0404 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0405 (nur Stellenteil)

Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0410

Realschulen

Der Änderungsantrag N/52 wird mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0410 einstimmig genehmigt.

In gemeinsamer Abstimmung verfallen die Änderungsanträge N/2 und N/3 mehrheitlich der Ablehnung.

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge N/53 und N/5 jeweils mehrheitlich ab.

Kapitel 0420 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/114 und N/115 der Regierungsfractionen sowie die Änderungsanträge N/7 und N/6 der SPD-Fraktion auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD trägt vor, die Anträge der SPD-Fraktion eigneten sich besonders für den Nachtragshaushalt, weil die bestehende politische Lage eine Korrektur erfordere.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag N/114 einstimmig und dem Änderungsantrag N/115 mehrheitlich zu.

Die Änderungsanträge N/7 und N/6 werden jeweils insgesamt zur Abstimmung gestellt und in getrennter Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0436 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0439

Vorschulische Bildung und Betreuung

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/18 bis N/20 der FDP/DVP-Fraktion sowie den Änderungsantrag N/4 der SPD-Fraktion auf.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD bemerkt, die SPD halte die Vorschläge der FDP/DVP nicht für zielführend, da die betreffenden Regelungen schon im Pakt für Familien fest vereinbart seien.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP unterstreicht, nach Auffassung seiner Fraktion sei es angebracht, auch für Kinder unter drei Jahren einen Landeszuschuss an die Tagespflegepersonen von 50 Cent pro Stunde und Kind vorzusehen.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD fragt den Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, ob dieser bestätigen könne, dass die Fördersumme bei einer Beteiligung mit 50 Cent pro Stunde und Kind letztlich geringer ausfalle, als wenn sich die Bezuschussung an dem Satz von 68 % der Betriebsausgaben orientiere.

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport antwortet, zwischen der Förderung von Kindern unter drei und über drei Jahren bestehe ein systematischer Unterschied. Daher könne er die rechnerische Frage seines Vorredners so nicht beantworten. Der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren erfolge über die Systematik des Betriebskostenzuschusses mit dem entsprechenden Prozentsatz. Bei Kindern über drei Jahren wiederum beteilige sich das Land künftig mit 50 Cent pro Stunde und Kind. Dabei gelte in Kindertageseinrichtungen insgesamt ein gedeckelter Betrag, der über den Pakt für gute Bildung und Betreuung durch eine entsprechende FAG-Änderung fast verdoppelt werde.

Die Änderungsanträge N/18, N/20, N/4 insgesamt und N/19 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0439 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung (nur Stellenteil)

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0443

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg

Mehrheitlich genehmigt.

Der Entschließungsantrag N/21, der auch die Kapitel 0444 und 0448 betrifft, wird mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0444

Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung

Mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels

Mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0453

Weiterbildung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Mehrheitlich genehmigt.

Änderungsantrag N/8 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Einstimmig genehmigt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD verweist auf die aktuellen Debatten zwischen Bund und Ländern über die Digitalisierung der Schulen und fügt an, hierzu werde ein Weg vorgeschlagen, für den wohl auch schon eine Mitfinanzierung durch das Land „reserviert“ sei. Er bittet den Staatssekretär dazu um einen Kommentar.

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bringt zum Ausdruck, die Diskussion darüber, wie das Geld zur Verfügung gestellt werden solle, dauere wohl allen zu lange. Das Land wolle, wenn die noch strittige Frage über den Weg geklärt sei und die Finanzmittel fließen könnten, vorbereitet sein und das Ganze im Haushalt abbilden können.

Er betont auf Nachfrage seines Vorredners, er könne sich im Grunde nicht vorstellen, dass das Geld nicht fließe, da alle Ebenen unter Druck stünden, bei der Digitalisierung der Schulen voranzukommen. Das politische Ziel der Diskussion bestehe darin, einen Weg zur Bereitstellung der Mittel zu finden, der für alle Ebenen tragbar sei.

Einzelplan 04 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 09

Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0901

Ministerium

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD erklärt, für die „Überwachungsstelle Monitoring barrierefreie Websites“ werde im Nachtragsentwurf eine A-16-Stelle zusätzlich ausgebracht. Ihn interessiere, ob für die betreffenden Aufgaben tatsächlich eine A-16-Stelle notwendig sei.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Soziales und Integration zeigt auf, es handle sich um eine Koordinierung, die sich über das ganze Land erstreckte und bei der auch die Überwachungsstelle gesteuert werden müsse. Von der Fachkompetenz her, die für diese Stelle erforderlich sei, halte das Sozialministerium eine Einstufung in Besoldungsgruppe A 16 für angemessen.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD erkundigt sich danach, ob sich mit der Stelle auch Personalführung verbinde. Er merkt an, wenn ja, würde dies eine Besoldung nach A 16 rechtfertigen.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Soziales und Integration führt an, es sei die Frage, wie man Führung definiere. In diesem Fall seien nicht unmittelbare Mitarbeiter, aber eine Überwachungsstelle und die nachgeordneten Behörden im weitesten Sinn zu führen.

Änderungsantrag N/119 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0901 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Änderungsantrag N/120 zu Kapitel 0902 – Allgemeine Bewilligungen – mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0905

Hilfen für Menschen mit Behinderungen

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0908

Integration

Änderungsantrag N/58 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0908 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Änderungsanträge N/60 und N/59 jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0918 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0919

Familienhilfe

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0920

Ältere Menschen und Pflege

Änderungsantrag N/61 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/121 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0920 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

Den Änderungsanträgen N/122, N/123 und N/124 wird jeweils einstimmig zugestimmt.

Änderungsanträge N/62 und N/63 jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0922 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 09 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Anträge zum Einzelplan 01: Landtag

Die Änderungsanträge N/40 und N/39 werden jeweils insgesamt zur Abstimmung gestellt und in getrennter Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt den Änderungsanträgen N/105 und N/106 jeweils einstimmig sowie den Änderungsanträgen N/107 und N/108 jeweils mehrheitlich zu.

Änderungsantrag N/41 mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/109 mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag N/42 mehrheitlich abgelehnt.

Die Landtagspräsidentin hebt hervor, die Landtagsverwaltung verstehe sich als Dienstleister für die Fraktionen und alle Abgeordneten. Sie danke dem Ausschuss in diesem Sinn für seine Unterstützung und hoffe auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Einzelplan 02**Staatsministerium**

Kapitel 0201

Staatsministerium

Änderungsantrag N/43 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0201 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/1, N/84 und N/44 auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD äußert, wegen der wirtschaftlichen Situation der regionalen Fernsehsender bestehe dringender Handlungsbedarf. Er sei sicher, dass die Maßnahme, die die SPD-Fraktion mit dem Änderungsantrag N/1 begehre, richtig wäre.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU legt dar, notwendig sei eine breitere Beaufsichtigung durch die Landesanstalt für Kommunikation. Dazu liefen gegenwärtig Gespräche. Tatsächlich müsse in diesem Zusammenhang mehr getan werden. Dazu sei seines Erachtens der Vorwegabzug anzugehen.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE führt aus, selbstverständlich stünden vor allem die regionalen Fernsehsender unter wirtschaftlichem Druck. Es sei wichtig, dass sie ein Signal erhielten. Dieses müsse aber nicht jetzt, sondern im Jahr 2019 aufgrund der Ergebnisse der runden Tische zur Medienzukunft erfolgen. Diese Ergebnisse blieben zunächst abzuwarten. Im nächsten Doppelhaushalt würden dann hoffentlich Mittel in einer Höhe ausgebracht, dass auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit dieser Anstalten gegeben sei. Wenn der Landesanstalt für Kommunikation jetzt Mittel zur Förderung der regionalen Fernsehsender bereitgestellt würden, gingen damit auch rechtliche Implikationen einher und müssten weitere Überlegungen angestellt werden.

Vor diesem Hintergrund rate er dazu, vorsichtig zu sein und nichts zu übereilen.

Änderungsantrag N/1 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/84 mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag N/44 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0202 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Einstimmig genehmigt.

Einzelplan 02 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0301

Ministerium

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD macht darauf aufmerksam, die SPD-Fraktion sehe insbesondere in den Leitungsebenen von Staatsministerium und Innenministerium unverhältnismäßige Zuwächse und habe bei der Beratung des Urhaushalts entsprechende Kritik geübt. Daran werde die SPD ihr Verhalten auch bei der Abstimmung über den vorliegenden Nachtragshaushalt ausrichten.

Kapitel 0301 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Änderungsantrag N/45 mehrheitlich abgelehnt.

Den Änderungsanträgen N/92 insgesamt und N/93 wird jeweils mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0302 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

In getrennter Abstimmung verfallen die Änderungsanträge N/46 und N/54 zu Kapitel 0303 – Digitalisierung – mehrheitlich der Ablehnung.

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Änderungsantrag N/13 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0304 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

Änderungsantrag N/14 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0305 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

Änderungsantrag N/15 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/94 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0306 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

Änderungsantrag N/16 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0307 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0309

Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0310

Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krisenmanagement

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/47 und N/95 auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bringt zum Ausdruck, für das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer seien für 2018 und 2019 bisher Beträge von 64 Millionen € bzw. 66 Millionen € angenommen worden. Gegenüber diesen Zahlen habe die Steuerschätzung vom Oktober 2018 nun einen Rückgang um jeweils 1 Million € ergeben. Dabei gehe es um vergleichsweise geringe Beträge. Mit dem Änderungsantrag N/95 der Regierungsfractionen solle die aktuelle

Schätzung in den Haushaltsplan übernommen werden. Ihn interessiere, ob dies auf grundsätzlichen Erwägungen basiere.

Der Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration bejaht dies und fügt hinzu, nach dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit solle sich die aktuelle Schätzung vom Oktober 2018 im Haushalt niederschlagen. Nach heutigem Stand (6. Dezember 2018) gehe das Innenministerium allerdings davon aus, dass zumindest der für 2018 ursprünglich angenommene Betrag beim Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer erreicht werden könne.

In der vergangenen Legislatur seien die angesprochenen Mittel, wenn sie einen bestimmten Betrag überschritten hätten, dem allgemeinen Haushalt zugeführt worden. Dies sei nun nicht gewollt.

Änderungsantrag N/47 mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/95 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0310 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0312

Landratsämter

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0314

Zentrale Veranschlagungen Polizei

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0315

Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP erklärt zum Änderungsantrag N/17 seiner Fraktion, die FDP/DVP habe eine Große Anfrage zum Thema „Die Situation der Polizei in Baden-Württemberg – Strukturen, Ausrüstung, Personalmangel?“ eingebracht (Drucksache 16/4079). Wie sich aus den Angaben ersehen lasse, die die Landesregierung in ihrer Antwort auf diese Anfrage gemacht habe, komme beispielsweise für den Bereich des Polizeipräsidiums Freiburg auf 22 Polizeibeamte ein Laptop. Eine solche Ausstattung im 21. Jahrhundert halte die FDP/DVP für nicht akzeptabel. Deshalb habe sie den vorliegenden Änderungsantrag gestellt. Dessen Umsetzung sei für die Polizei im Land wichtig.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD unterstreicht, die SPD könne der Argumentation der FDP/DVP folgen und habe sie auch schon selbst angeführt. Daher stimme die SPD dem Änderungsantrag N/17 zu.

Änderungsantrag N/17 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0315 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0316

Polizeipräsidium Einsatz

Änderungsantrag N/48 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0316 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0317

Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Änderungsantrag N/96 insgesamt einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0318 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0330

Ausländer und Aussiedler

Änderungsantrag N/97 einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0330 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0331

Migration

Änderungsanträge N/50 und N/49 jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0331 mehrheitlich genehmigt.

Der Vorsitzende bemerkt, zu den

Kapiteln 0335 bis 0346

lägen keine Anträge vor. Er hält auf Nachfrage ohne Widerspruch fest, dass über diese Kapitel gemeinsam abgestimmt werden könne.

Kapitel 0335 bis Kapitel 0346 in gemeinsamer Abstimmung einstimmig genehmigt.

Einzelplan 03 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Kapitel 0501

Ministerium

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Änderungsantrag N/99 einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0502 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Änderungsantrag N/100 insgesamt einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0503 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0505

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0506

Sozialgerichtsbarkeit

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0507

Finanzgericht

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bemerkt, die SPD hätte sich gewünscht, dass der Anwärtersonderzuschlag im allgemeinen Vollzugsdienst generell erhöht worden wäre, sei aber mit dem Inhalt des aufgerufenen Kapitels sehr zufrieden und werde diesem zustimmen.

Kapitel 0508 mehrheitlich genehmigt.

Entschließungsantrag N/22 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0509

Arbeitsgerichtsbarkeit

Einstimmig genehmigt.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD weist darauf hin, das Land sei dabei, seine Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel zu erweitern. Diesbezüglich hätten in der Presse auch die Gesamtbaukosten eine Rolle gespielt. Er selbst sehe die angesprochene Maßnahme bei Vermögen und Bau in guten Händen. Dennoch wäre er für einen Sachstandsbericht dankbar.

Der Minister der Justiz und für Europa sagt diesen Bericht zu und merkt an, sein Haus ermittle im Rahmen der laufenden Begleitung des Projekts immer wieder den aktuellen Sachstand und werde dem Ausschuss über den jeweils festgestellten Stand auch gern berichten.

Der Vorsitzende bringt vor, über die Baumaßnahme in Brüssel sei auch schon hier im Ausschuss diskutiert worden. Seines Erachtens habe es sich um eine gute Entscheidung gehandelt, das betreffende Grundstück zu erwerben.

Einzelplan 05 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Einzelplan 06**Ministerium für Finanzen**

Kapitel 0601

Ministerium

Änderungsantrag N/101 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0601 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Der Vorsitzende ruft dazu den Änderungsantrag N/102 der Regierungsfractionen auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD führt aus, es sei gängige Praxis, dass es bei IT-Projekten eine Grob- und eine Feinphase gebe und eine aktualisierte Kostenschätzung erfolge. Daran sei keine Kritik zu üben.

In der schriftlichen Begründung des vorliegenden Änderungsantrags von Grünen und CDU werde von Mehrbedarfen und Verschiebungen im Mittelbedarf gesprochen, was den Neuaufbau des Haushaltsmanagementsystems des Landes angehe. Die Antragsteller beehrten, den Haushaltsansatz bei Titel 534 69 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – um immerhin 24,7 Millionen € für das Jahr 2019 zu erhöhen. Die Antragsbegründung führe aber nicht explizit auf, wie sich diese Summe auf Mehrbedarfe und Verschiebungen aufteile, ob überhaupt eine Kostenerhöhung vorliege oder ob es sich lediglich um Verschiebungen handle. Auch sei nicht klar, auf welche Höhe sich die Kosten nach der alten Schätzung belaufen hätten und welchen Betrag die Gesamtkosten nach der aktuellen Schätzung erreichten.

Zu diesen Punkten bitte seine Fraktion um ergänzende Informationen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Finanzen teilt mit, in der Tat würden in der schriftlichen Begründung des Antrags die konkreten Zahlen nicht aufgeführt. Ein wesentlicher Grund hierfür liege darin, dass gegenwärtig noch das Ausschreibungsverfahren zur Gewinnung eines Softwareimplementierers laufe.

Die erste Schätzung habe Gesamtkosten in Höhe von 92 Millionen € angenommen. Diese Angabe sei aber mit erheblichen Unwägbarkeiten verbunden gewesen, worauf man schon damals hingewiesen habe. Inzwischen würden die Gesamtkosten mit 126 Millionen € beziffert.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD dankt für die Präzisierung und die ehrliche Antwort. Er betont, nach der schriftlichen Begründung des Antrags hätte sich schließen lassen, dass sich die 24,7 Millionen € einerseits auf die Erhöhung der Gesamtkosten und andererseits auf Verschiebungen im Mittelbedarf bezögen. Nun erhöhten sich die Gesamtkosten aber sogar um rund 35 Millionen €. Insofern sei er über die irreführende Vorlage der Regierungsfaktionen ziemlich verwundert.

Der Vertreter des Ministeriums für Finanzen unterstreicht, eine irreführende Begründung sei keineswegs beabsichtigt gewesen. Sollte die Begründung als irreführend empfunden worden sein, wäre dies bedauerlich.

Zum einen liege eine Kostensteigerung vor, zum anderen würden aus Kostengründen erhebliche Teile des Projekts zeitlich nach vorn gezogen. Wäre die zuletzt genannte Maßnahme nicht erfolgt, hätte sich das Projekt noch weiter verteuert.

Das Vorhaben sei ursprünglich bis 2025 in zwei Stufen ausgelegt worden. Nun solle das Gesamtsystem zum 1. Januar 2022 „produktiv gehen“. Dadurch komme es im Mittelbedarf zu Verschiebungen, die sehr stark im Jahr 2019 wirksam würden.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD trägt vor, für den Finanzausschuss sei jetzt deutlicher geworden, dass es bei diesem Sachverhalt um eine Erhöhung der Gesamtkosten sowie um eine andere Verteilung der Mittel gehe. Er danke für diese Darstellung.

Allerdings frage er, weshalb bei diesem im Grunde zutiefst administrativen Vorgang die beiden Regierungsfaktionen per Antrag tätig würden. Dies sei sehr ungewöhnlich. Er hätte sich gewünscht, dass das Ministerium selbst entsprechend tätig geworden wäre. Auch sei zu erkennen, dass sich das Verständnis der Antragsteller von dem des ausführenden Hauses unterscheide.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU erklärt, zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts 2018/2019 sei die Regierung hinsichtlich der Gesamtkosten, die nun mit 126 Millionen € beziffert würden, sicher nicht mehr von den ursprünglich angenommenen 92 Millionen € ausgegangen. Er frage, wie hoch die Kosten bei der Haushaltsaufstellung geschätzt worden seien. Dies würde auch erklären,

welcher Anteil jetzt auf zusätzliche Kosten und welcher auf Verschiebungen im Mittelbedarf entfalle.

Die Ministerin für Finanzen gibt bekannt, der Umstand, dass ein Änderungsantrag der Regierungsfractionen benötigt werde, habe ausschließlich mit dem zeitlichen Verlauf der Ausschreibungen und der Verhandlungen zu tun. Im Nachtragsentwurf hätten noch keine zusätzlichen Mittel ausgebracht werden können, weil zum Zeitpunkt der Aufstellung die entsprechenden Angebote noch nicht vorgelegen hätten. Die Höhe der Gesamtkosten sei deshalb nicht in den Änderungsantrag aufgenommen worden, weil das Ausschreibungsverfahren noch laufe. Im Interesse eines wirtschaftlichen Ergebnisses bitte sie in Bezug auf die Gesamtsumme auch um Vertraulichkeit.

Der Vertreter des Ministeriums für Finanzen ergänzt, der Ansatz im Uretat basiere auf der ersten Schätzung der Gesamtkosten in Höhe von 92 Millionen €. Hierbei handle es sich um Vollkosten, ebenso wie bei den nunmehr angenommenen Gesamtkosten von 126 Millionen €. Er erläutert in welchem Umfang darin haushaltswirksamer Mittelbedarf enthalten ist und wie sich dieser auf 2019 und die kommenden Haushaltsjahre verteilt.

Der zuerst genannte Abgeordnete der Fraktion der SPD führt an, es ließe sich zunächst vermuten, dass in den 126 Millionen € ein Risikopuffer eingeplant sei. In der letzten Zeile der schriftlichen Antragsbegründung werde jedoch von Kostenrisiken des Projekts gesprochen, die bislang noch nicht absehbar seien. Er bitte um Auskunft, ob diese Risiken prozentual beispielsweise in der jetzigen Gesamtkostenschätzung berücksichtigt seien oder ob hierfür noch Beträge hinzukämen.

Die Ministerin für Finanzen antwortet, mit den jetzt vorgesehenen Beträgen sei aus heutiger Sicht finanziell alles getan, um auch die Risiken abzudecken. Doch könne man auch trotz guter Risikoabsicherung aufgrund bestimmter Entwicklungen manchmal noch danebenliegen.

Änderungsantrag N/102 einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0602 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0610

Landeszentrum für Datenverarbeitung

Der Vorsitzende ruft dazu den Änderungsantrag N/103 von Grünen und CDU auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bemerkt, die Antragsteller begehren, die bei Titel 682 01 – Zuschuss an das Landeszentrum für Datenverarbeitung – im Jahr 2018 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung um den erheblichen Betrag

von 61 Millionen € zu erhöhen. Ihn interessiere, warum dies Gegenstand des Nachtrags werden solle.

Die Ministerin für Finanzen teilt mit, der derzeitige Vertrag über die Bereitstellung von Großrechnerleistungen in der Steuerverwaltung laufe bis 31. Dezember 2019. Dem Land sei nun angeboten worden, dass es frühzeitig aus dem existierenden Vertrag aussteigen und zum gleichen Preis, aber zu besseren Konditionen einen neuen Vertrag mit fünfjähriger Laufzeit abschließen könne. Das Land wolle nur ein Jahr früher, als ursprünglich vorgesehen, eine neue vertragliche Verpflichtung für fünf Jahre eingehen. Dies müsse selbstverständlich im Haushalt hinterlegt werden. Zusätzliche Mittel würden jedoch nicht benötigt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP erklärt, angesichts des schon erwähnten Betrags von 61 Millionen € frage er, inwiefern nicht eine Ausschreibung durchgeführt werden müsste.

Ein Vertreter des Ministeriums für Finanzen antwortet, im Zuge der Umstellung der Steuerverfahren auf KONSENS I sei das bayerische System übernommen worden. Dieses laufe ausschließlich auf dem Großrechnerbetriebssystem BS2000, für das es wiederum nur einen einzigen Anbieter auf dem Markt gebe.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD erwähnt, in der schriftlichen Begründung des Änderungsantrags stehe, das neue System sei gegenüber dem aktuell eingesetzten System um 50 % leistungsfähiger. Er wolle wissen, an welchen Parametern sich diese Aussage festmache.

Der Vertreter des Ministeriums für Finanzen berichtet, die Leistungsfähigkeit der beiden Großrechnersysteme, die sich gegenwärtig im Einsatz befänden, liege bei 4 630 RPF. Dies stehe für „Relative Performance Factor“ und sei eine Leistungs-kategorie des Anbieters. Mit den neuen Rechnern erhöhe sich die Leistungsfähigkeit auf 8 100 RPF. Dies entspreche rechnerisch einer Steigerung um 75 %. Das Land sei aber nur von einer Steigerung um 50 % ausgegangen, da es für das Jahr 2019 ohnehin eine Leistungssteigerung bei den Großrechnern eingeplant habe. Nach dem neuen Preismodell zahle das Land letztlich für die Leistungsabnahme und nicht mehr für das zur Verfügung gestellte Rechnermodell.

Der zuerst genannte Abgeordnete der Fraktion der SPD legt dar, das Land bleibe also bei der BS2000-Architektur, was ein früherer Kollege der CDU-Fraktion einmal als „fatalen Irrtum“ bezeichnet habe. Diese Architektur solle nun auf neuer vertraglicher Basis besser ausgenutzt werden. Da es nur einen Anbieter gebe, würde eine Ausschreibung nichts bringen. Eine Weiterentwicklung im Verfahren KONSENS hin zu mehr Offenheit sei anscheinend nicht erreicht worden. Das Land Baden-Württemberg hänge sozusagen an der bayerischen Lösung fest. Diese Situation sei sehr ärgerlich, könne heute aber nicht vertieft besprochen werden.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag N/103 mehrheitlich zu.

Kapitel 0610 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0614

Bundesbau Baden-Württemberg

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0615

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0618

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/23 und N/104 auf.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Finanzen antwortet auf Frage des Abgeordneten der Fraktion der SPD, die NECKARPRI GmbH verfüge gegenwärtig über ein positives Eigenkapital von 4 Millionen €.

Sie verweist auf Nachfrage des Abgeordneten der Fraktion der FDP/DVP auf Zinsverbindlichkeiten in Höhe von knapp 94 Millionen € im Jahr 2019 und fügt hinzu, deshalb werde im nächsten Geschäftsjahr der im Haushalt ausgebrachte Zuschuss an die NECKARPRI benötigt.

Änderungsantrag N/23 mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/104 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0620 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0623

Wilhelma in Stuttgart-Bad Cannstatt

Einstimmig genehmigt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bringt vor, es biete sich an, dass das Finanzministerium einen Sachstandsbericht über die Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg erstatte. Dieser wäre zur Beurteilung der Lage interessant, werde heute jedoch nicht möglich sein. Seine Fraktion werde sich in dieser Angelegenheit noch schriftlich an das Ministerium wenden.

Die Ministerin für Finanzen hebt hervor, dieses Thema könne gern aufgerufen werden. Die Beteiligungsstruktur gestalte sich aus traditionellen Gründen komplex. Es sei durchaus sinnvoll, sich diese genau anzusehen. Dem komme ihr Haus gern nach.

Einzelplan 06 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 07**Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau**

Kapitel 0701

Ministerium

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0703

Arbeit und Sozialversicherung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

Änderungsantrag N/110 insgesamt einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0708 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

Der Vorsitzende ruft dazu den Änderungsantrag N/111 von Grünen und CDU auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD führt aus, die SPD habe schon vor Längerem die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds beantragt. Dieses Begehren habe leider keine Mehrheit gefunden. Seine Fraktion stimme dem jetzt vorliegenden Änderungsantrag N/111 zu, da sie sich im Ziel mit den Regierungsfractionen einig sei. Über diesen Änderungsantrag werde wohl dasselbe erreicht, wie es über einen Weiterbildungsfonds der Fall gewesen wäre. Er würde eine Erklärung begrüßen, worin sich der Änderungsantrag von der früheren Initiative seiner Fraktion unterscheide.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE trägt vor, die SPD habe ihren Antrag nicht zu dieser Nachtragsberatung vorgelegt. Im Änderungsantrag N/111 von CDU und Grünen gehe es um Qualifizierungsmanager in Betrieben. Die Regierungsfractionen begrüßten, dass das entsprechende Vorhaben in einer guten Zusammenarbeit mehrerer Akteure auf den Weg gebracht werden könne. Nicht nur das Wirtschaftsministerium sei in diesem Sinn aktiv. Vielmehr wolle auch die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit die neue Experimentierklausel im SGB nutzen, um solche Maßnahmen voranzubringen, sodass auch Bundesmittel gemeinsam gut eingesetzt würden.

Änderungsantrag N/111 einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0710 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0711

Wohnungswesen

Änderungsantrag N/112 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsanträge N/24, N/55 und N/9 insgesamt jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0711 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 07 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau bedankt sich zum einen für die sehr gute Zusammenarbeit im Vorfeld und zum anderen dafür, dass jetzt für wichtige Zukunftsaufgaben speziell im Bereich der Digitalisierung, aber auch der Qualifizierung und des Wohnungsbaus Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Kapitel 0801

Ministerium

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/56 und N/57 auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der AfD weist darauf hin, seine Fraktion begehre mit dem Änderungsantrag N/56, den Ansatz bei Titel 686 85 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – für 2019 um 1 Million € zu erhöhen. Über diese Mittel solle angesichts der drohenden Afrikanischen Schweinepest vorbeugend eine Abschussprämie für Schwarzwild finanziert werden. Es dürfe nicht erst dann gehandelt werden, wenn es zu spät sei.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU erwidert, selbstverständlich würden in Baden-Württemberg im Hinblick auf die Afrikanische Schweinepest bereits Maßnahmen ergriffen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt sinnvoll seien. So finanziere das Land die entsprechenden Stellen bei den Landkreisen mit und übernehme auch die Kosten der Trichinenuntersuchungen. Zum Glück grenze Baden-Württemberg noch nicht direkt an Länder an, in denen die Schweinepest bereits ausgebrochen sei. Vor diesem Hintergrund halte er den Änderungsantrag N/56 zum jetzigen Zeitpunkt für nicht sinnvoll.

Der Abgeordnete der Fraktion der AfD entgegnet, inzwischen seien mehrere Bundesländer bereit, zur Prävention eine Abschussprämie zu bewilligen. Vorbeugendes Handeln sei besser, als dann Mittel bereitzustellen, wenn die Seuche bereits ausgebrochen sei.

Die Ministerialdirektorin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz gibt bekannt, im Nachtrag sei vorgesehen, die Mittel zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest von 3 Millionen auf 4 Millionen € zu erhöhen. Baden-Württemberg habe mit einem Zwölfpunktepaket ein Bündel an Maßnahmen ergriffen, um zu einer wirkungsvollen Prävention und Vorbereitung zu kommen. Sie verweise u. a. auf eine verstärkte Bejagung von Schwarzwild, eine bessere Vermarktung von Wildbret, die Übernahme der Kosten der Trichinenuntersuchungen und ein flächendeckendes Netz von Verwahrstellen. Mit diesem Paket sei Baden-Württemberg fachlich sehr gut und bundesweit einzigartig aufgestellt.

Das Ministerium halte die Einführung einer Abschussprämie gegenwärtig nicht für eine wirkungsvolle Maßnahme. Ihres Wissens habe bisher nur ein Land eine Abschussprämie eingeführt.

Die Änderungsanträge N/56 und N/57 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0802 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Änderungsantrag N/98 insgesamt einstimmig zugestimmt.

Kapitel 0804 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Kapitel 0806

Vermessung und Flurneuordnung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0810

Fachzentrum Agrarmanagement

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0812

Fachzentrum Pflanze

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 0826

Veterinärwesen

Änderungsantrag N/25 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0826 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Einstimmig genehmigt.

Einzelplan 08 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 10**Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

Kapitel 1001

Ministerium

Änderungsantrag N/28 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 1001 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Mehrheitlich genehmigt.

Dem Änderungsantrag N/91 zu Kapitel 1005 – Wasser und Boden – wird einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1009

Energiewirtschaft

Mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1012

Nationalpark Schwarzwald

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/26 und N/27 auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bittet um Erläuterung der fünf Tarifstellen, die für das Besucherzentrum benötigt würden.

Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft teilt mit, für den Nationalpark Schwarzwald würden zurzeit das Besucher- und Informationszentrum am Ruhestein sowie das Pädagogische Zentrum in Herrenwies gebaut. Dafür würden u. a. Hausmeister sowie Kräfte für die Technik, die Kasse und den Service benötigt. Sein Haus habe in einem Betriebskonzept eingehend dargelegt, welche Stellen erforderlich seien, um beide Häuser zu betreiben. Insgesamt würden für beide Häuser 19 Stellen benötigt, die ersten fünf davon aufgrund der weit gediehenen Baumaßnahmen bereits in diesem Jahr. Bei Letzteren handle es sich wohl um E-5-, E-6-Stellen.

Änderungsantrag N/26 insgesamt und Änderungsantrag N/27 insgesamt jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 1012 mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 10 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr

Kapitel 1301

Ministerium

Änderungsantrag N/85 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1301 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1302

Allgemeine Bewilligungen

Änderungsantrag N/86 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1302 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1303

Öffentlicher Verkehr

Änderungsantrag N/10 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/87 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1303 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1304

Straßenverkehr

Den Änderungsanträgen N/88, N/89 und N/90 wird jeweils einstimmig zugestimmt.

Die Änderungsanträge N/64, N/38 und N/65 verfallen jeweils mehrheitlich der Ablehnung.

Kapitel 1304 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1306

Nachhaltige Mobilität

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge N/69, N/66, N/67 und N/68 jeweils mehrheitlich ab.

Kapitel 1306 mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 13 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 14**Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Kapitel 1401

Ministerium

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD betont, die SPD-Fraktion sei mit der Amtsführung des Wissenschaftsministeriums insgesamt nicht zufrieden. Verschiedene Stichworte hierzu seien der Presse zu entnehmen. Dies habe allerdings nichts mit dem Haushaltsplan zu tun. Im Verlauf dieser Beratung werde sich zeigen, dass die SPD-Fraktion einige Positionen des Nachtrags unterstütze.

Kapitel 1401 einstimmig genehmigt.

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Änderungsantrag N/82 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 1402 mehrheitlich genehmigt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass zu den

Kapiteln 1403 bis 1466

keine Anträge vorlägen. Er hält auf Nachfrage ohne Widerspruch fest, dass über diese Kapitel gemeinsam abgestimmt werden könne.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD erklärt, in Kapitel 1403 – Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen – würden Neustellen für den Ausbau von weiteren zusätzlichen Studienanfängerplätzen im Grundschullehramt an den Pädagogischen Hochschulen ausgebracht. Die SPD habe zu einem früheren Zeitpunkt Anträge gestellt, die in dieselbe Richtung gewiesen hätten. Er frage, warum diese Begehren damals nicht aufgegriffen worden seien.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst antwortet, die zusätzlichen Stellen, die die SPD im vergangenen Doppelhaushalt bezüglich Studienplätzen beantragt habe, hätten sich auf den Bereich der Sonderpädagogik bezogen. Dies sei eine andere Zielrichtung gewesen.

Kapitel 1403 bis Kapitel 1466 in gemeinsamer Abstimmung einstimmig genehmigt.

Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Änderungsantrag N/11 insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 1468 einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende bemerkt, zu den

Kapiteln 1469 bis 1479

lägen keine Anträge vor. Er hält auf Nachfrage ohne Widerspruch fest, dass über diese Kapitel gemeinsam abgestimmt werden könne.

Kapitel 1469 bis Kapitel 1479 in gemeinsamer Abstimmung einstimmig genehmigt.

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP äußert zum Änderungsantrag N/116 von Grünen und CDU, seine Fraktion stimme dieser Initiative zu. Da wegen der Frequenzumstellung für Theater allerdings ein generelles Problem bestehe, sei die FDP/DVP verwundert, dass in diesem Zusammenhang nur die Maßnahme getroffen werden solle, um die es in dem Änderungsantrag N/116 gehe.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU unterstreicht, die Tonanlage an der Spielstätte der Volksschauspiele Ötigheim sei ausgefallen. Der mit dem Änderungsantrag beehrte höhere Zuschuss diene der Ersatzbeschaffung.

Änderungsantrag N/116 einstimmig zugestimmt.

Kapitel 1481 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Änderungsantrag N/117 zu Kapitel 1483 – Staatsgalerie Stuttgart – mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1487

Linden-Museum Stuttgart (nur Stellenteil)

Änderungsantrag N/118 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1487 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

Einstimmig genehmigt.

Einzelplan 14 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 12**Allgemeine Finanzverwaltung**

Kapitel 1201

Steuern

Der Vorsitzende ruft dazu den Änderungsantrag N/70 der AfD-Fraktion sowie den Änderungsantrag N/34 der FDP/DVP-Fraktion auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der AfD führt aus, der Ausschuss werde sich im weiteren Verlauf seiner heutigen Sitzung noch gesondert mit dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, Drucksache 16/4897, befassen. Darin begehre die AfD, den Steuersatz für die Grunderwerbsteuer von 5 auf 3,5 % zu senken. Dadurch ergäben sich Mindereinnahmen. Die AfD gehe selbstverständlich von einem vollständigen Ausgleich der Anteile dieser Steuereinnahmen an die Kommunen aus. Alle Beteiligten hätten den erwähnten Gesetzentwurf bei der Anhörung im Wesentlichen positiv beschieden.

Die Preise für Wohneigentum explodierten. Gerade jungen Familien mit Kindern bereite die Finanzierung der Kosten, zu denen auch die Grunderwerbsteuer zähle, große Schwierigkeiten.

2011 sei in einer eher kritischen Haushaltslage der Steuersatz für die Grunderwerbsteuer auf 5 % erhöht worden. Angesichts der aktuellen Kassenlage und der seit Jahren steigenden Steuereinnahmen wäre es seriöses Regierungshandeln, wenn der Grunderwerbsteuersatz wieder auf 3,5 % gesenkt würde. Zur Deckung der Mindereinnahmen, die sich durch eine solchen Schritt ergeben würden, habe die AfD Kürzungen vorgeschlagen, die in der schriftlichen Begründung des jetzt zur Beratung aufgerufenen Änderungsantrags N/70 noch einmal aufgeführt seien.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU zeigt auf, in der schriftlichen Begründung des Änderungsantrags der AfD stehe u. a.:

Durch das Schließen einer steuerlichen Lücke, der sogenannten Share Deals, werden zusätzliche Einnahmen generiert.

Für Regelungen in Bezug auf Share Deals sei allerdings nicht der Landes-, sondern der Bundesgesetzgeber zuständig. Er bitte die AfD, dies in der Begründung entsprechend zu berücksichtigen.

Der Abgeordnete der Fraktion der AfD merkt an, er greife diese Anregung gern auf und streiche den zitierten Satz aus der schriftlichen Begründung des Änderungsantrags. Die AfD habe die zusätzlichen Einnahmen, die sich durch das Schließen der betreffenden Steuerlücke ergäben, aber auch nicht zur Gegenfinanzierung ihres Anliegen herangezogen.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE trägt vor, wenn sie es richtig gelesen habe, hätten die kommunalen Landesverbände im Rahmen der Anhörung zu dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes eindeutig abgelehnt. Zudem seien die Ausgaben für die wichtige Kleinkindbetreuung deutlich höher als die Einnahmen aus der erhöhten Grunderwerbsteuer. Insofern müsse die AfD auch mitteilen, wie sie die Kleinkindbetreuung finanzieren wolle, bzw. müsse erklären, dass sie die Familien bei der Betreuung ihrer Kinder nicht unterstützen wolle.

Der Abgeordnete der Fraktion der AfD bringt zum Ausdruck, aus Gründen der Zeitökonomie und gemäß der Vereinbarung, die der Ausschuss zu Beginn dieser Nachtragsberatung getroffen habe, verzichte er jetzt auf eine politische Grundsatzdiskussion. Angesichts der aktuellen Haushaltslage, in der die Finanzministerin von einer Schuldentilgung in Höhe von insgesamt 6 Milliarden € spreche – diesen Betrag könnte er argumentativ leicht noch verdoppeln –, sei die Gegenfinanzierung jedoch nur ein offensichtlich vorgeschobenes Argument.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD hebt hervor, die Beratung eines Nachtrags eigne sich seines Erachtens nicht dazu, eine grundsätzliche Frage wie die einzubringen, die jetzt in Rede stehe.

Viele der Gegenfinanzierungsvorschläge der AfD seien im Verlauf dieser Beratung bereits abgelehnt worden. Seine Fraktion halte weite Teile dieser Vorschläge auch für politisch nicht akzeptabel.

Über das politische Anliegen, junge Familien beim Ersterwerb von Wohnungseigentum zu stärken, lasse sich nicht in Baden-Württemberg entscheiden. Dies sei eine Bundesangelegenheit.

Die Ministerin für Finanzen legt dar, eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes wäre eine strukturelle Maßnahme, die nicht nur einmalig, sondern jedes Jahr zu Steuermindereinnahmen führe. Manche der Gegenfinanzierungsvorschläge der AfD erstreckten sich hingegen nur auf ein Jahr. Schon insofern könnte dies also nicht funktionieren.

Es gebe Bundesländer, die einen deutlich höheren Grunderwerbsteuersatz hätten als Baden-Württemberg. Nur in Bayern und in Sachsen liege dieser Satz bei 3,5%. Baden-Württemberg brauche sich also mit seinem Grunderwerbsteuersatz von 5% im Vergleich der Bundesländer nicht zu „verstecken“.

2011 habe das Land mit den Kommunen den Pakt für die Kleinkindbetreuung beschlossen und zugesagt, die zusätzlichen Mittel aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes auf 5% für diesen Zweck zu verwenden. Die Ausgaben für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren seien deutlich höher als die zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes. In diesem Jahr würden für die Kleinkindbetreuung über 900 Millionen € ausgegeben. Im nächsten Jahr werde der Betrag von 1 Milliarde € überschritten. Falls die AfD die Kleinkindbetreuung nicht infrage stellen wolle, halte sie die Gegenfinanzierungsvorschläge der AfD für nicht solide.

Der Abgeordnete der Fraktion der AfD erwidert, die von der AfD begehrte Reduzierung solle selbstverständlich eine sein, die jährlich wiederkehre. Da sich die Ministerin nicht den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zum Vorbild

nehme, könne er nicht akzeptieren, dass sie dieses Land bei ihrer Argumentation im Zusammenhang mit dem Grunderwerbsteuersatz heranziehe. Baden-Württemberg wolle an dieser Stelle doch nicht dem schlechtesten Beispiel folgen. Die zahlreichen zusätzlich eingeplanten Stellen in Nordrhein-Westfalen bildeten über Jahrzehnte auch eine zusätzliche Belastung des Haushalts, die die AfD in dieser Form nicht mittragen könnte und deren Abbau sie durchaus als Teil einer Gegenfinanzierung anführen würde.

Die Änderungsanträge N/70 und N/34 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 1201 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge N/71, N/73 und N/72 jeweils mehrheitlich ab.

Die Ministerin für Finanzen weist zum Änderungsantrag N/125 der Regierungsfractionen darauf hin, in Ziffer 1 sei eine Korrektur vorzunehmen. Unmittelbar vor Beginn des Erläuterungstextes müsse die Angabe „Tit. 633 72A“ durch „Tit. 613 72A“ ersetzt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Korrektur wird dem Änderungsantrag N/125 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1205 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

Der Vorsitzende ruft dazu die Änderungsanträge N/37, N/74, N/12, N/126 und N/35 auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP bringt vor, seine Fraktion halte die Tilgung impliziter Schulden nicht für eine echte Schuldentilgung. Ihr sei es wichtig, zu verdeutlichen, dass sich 2018 und 2019 die Kreditmarktschulden um insgesamt 5,5 Milliarden € abbauen ließen.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE führt an, das Land tilge einschließlich impliziter Schulden über 6 Milliarden €. Dies stelle eine sehr hohe Summe dar, die sich im Ländervergleich sehen lassen könne. Selbst wenn nur die Tilgung von Kreditmarktschulden betrachtet werde, sei zu erkennen, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich ganz vorn liege. Das Land tilge nicht nur Kreditmarktschulden, sondern auch implizite Schulden und baue damit einen großen Teil des Sanierungsstaus ab.

Ein Abgeordneter der Fraktion der AfD betont, das Land habe 2018 17,4 Milliarden € an Personalausgaben angesetzt. Er schließe sich dem Niveau der Diskussion an und weise darauf hin, würde das Land diese Ausgaben nicht leisten, handelte es sich anscheinend um Schulden. Vor diesem Hintergrund sei es offensichtlich Schuldentilgung, wenn die 17,4 Milliarden € an Ausgaben getätigt würde. Er schlage der Finanzministerin vor, diesen Betrag noch zu den genannten 6 Milliarden € zu addieren.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD erklärt, nach Ansicht seiner Fraktion sei der Änderungsantrag N/12, den seine Fraktion eingebracht habe, unter den jetzt aufgerufenen Änderungsanträgen der ausgewogenste.

Angesichts der Beispiele, die die Landesregierung finden müsse, um den Abbau der impliziten Verschuldung darzustellen, meine er, dass das Land in eine auf Zufall beruhende Lage gelangt sei.

Das Land sei in der guten Situation, Kreditmarktschulden tilgen zu können und damit auch eine Entlastung bei den Zinsausgaben zu erreichen. Dies sei im Übrigen ein Hinweis, den die SPD schon früher gegeben habe und den die Koalitionsfraktionen unter Hinweis auf die niedrigen Zinssätze abgetan hätten. Der Hinweis sei jedoch relevant.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU unterstreicht, der Nachtragshaushalt füge sich nahtlos an den Urhaushalt an, was das Thema Schuldenabbau betreffe. Er verweise auf den Abbau impliziter Schulden durch die Sanierung von Straßen, Brücken und Landesliegenschaften. Auch die Zuführung von 120 Millionen € an den Versorgungsfonds bedeute den Abbau impliziter Schulden. Zudem solle mit dem Änderungsantrag N/126 der Regierungsfaktionen die Tilgung expliziter Schulden in den Jahren 2018 und 2019 auf insgesamt 1,25 Milliarden € erhöht werden.

Der Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP ist der Ansicht, nach der Vermögensrechnung wäre der nächste Schritt, Abschreibungen vorzunehmen oder z. B. auf der Passivseite einer dann einzuführenden Bilanz Rückstellungen zu treffen. Eine Umdeklarierung als Schuldentilgung hingegen sei lächerlich.

Die Ministerin für Finanzen teilt mit, einen solchen Schuldenabbau, wie ihn das Land jetzt vornehme, habe es in der Geschichte Baden-Württembergs noch nicht gegeben. Dies stelle eine große Leistung dar. Selbstverständlich würden genau dafür auch die sehr guten Steuereinnahmen genutzt.

Das Land löse mit dem vorliegenden Nachtrag Kreditermächtigungen von immerhin 1,5 Milliarden € vollständig ab und müsse sie durch Barmittel ersetzen. Dies habe die Opposition leider nie erwähnt. Sie argumentiere vielmehr ausschließlich mit der Tilgung von Kreditmarktschulden. Dies höre sich vielleicht populär an, verkenne jedoch das Problem, dass noch weitere Verpflichtungen bestünden wie beispielsweise die, die Kreditermächtigungen auf null zurückzuführen.

Mit dem zeitlichen Verschieben von Sanierungen stiegen die Kosten der entsprechenden Maßnahmen. Deshalb sei es sinnvoll, den Sanierungsstau abzubauen. Auch die rund 8 000 landeseigenen Gebäude zählten zum Landesvermögen. In einer Phase, in der man sich niedrige Zinsen auf Jahre und Jahrzehnte sichern könne, sei es wirtschaftlich, auch den Sanierungsstau zu verringern.

Das Volumen des Abbaus expliziter und impliziter Schulden umfasse die beachtliche Summe von über 6 Milliarden €. Man sollte dies nicht unerwähnt lassen und

sich nicht immer nur auf den Abbau von Kreditmarktschulden fokussieren. Dieser werde sich im Übrigen unter Berücksichtigung des Nachtrags auf 1,25 Milliarden € belaufen. Baden-Württemberg stelle sich also deutlich besser als Nordrhein-Westfalen, das bis Ende 2019 180 Millionen € tilge. Nordrhein-Westfalen sei also nicht der Maßstab, an dem sich Baden-Württemberg mit seiner Politik messe.

Die Änderungsanträge N/37, N/74 und N/12 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/126 einstimmig zugestimmt.

Änderungsantrag N/35 mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 1206 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

Die Änderungsanträge N/75 und N/83 verfallen jeweils mehrheitlich der Ablehnung.

Kapitel 1208 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge N/33 und N/76 jeweils mehrheitlich ab.

Kapitel 1209 einstimmig genehmigt.

Kapitel 1210

Versorgung

Einstimmig genehmigt.

Kapitel 1212

Sammelansätze

Änderungsanträge N/77, N/78, N/79 und N/80 jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/130 mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag N/29 mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/127 mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsanträge N/30, N/31 und N/36 jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag N/128 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1212 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1221

Zukunftsoffensive III

Mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1223

Zukunftsinvestitionen

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag N/81 insgesamt und den Änderungsantrag N/32 jeweils mehrheitlich ab.

Änderungsantrag N/129 mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 1223 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Einzelplan 12 im Ganzen mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Der Vorsitzende ruft sodann den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 –, Drucksache 16/5100, zur Einzelberatung auf.

Artikel 1

Änderung des Staatshaushaltsgesetzes 2018/19

Änderungsantrag StHG/1 mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag StHG/2 mehrheitlich zugestimmt.

Der Vorsitzende gibt bekannt, aufgrund der Beschlüsse des Ausschusses müssten in § 1 des Staatshaushaltsgesetzes 2018/19 und der Anlage zum Gesetz die Beträge des in Einnahme und Ausgabe festgestellten Haushaltsvolumens geändert werden. Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2018/19 laute demnach wie folgt:

In § 1 wird die Angabe „50 549 975 200“ durch die Angabe „53 420 804 300“ und die Angabe „51 937 064 900“ durch die Angabe „53 454 910 200“ ersetzt.

Unter Berücksichtigung dieser Maßgabe und mit den durch Annahme des Änderungsantrags StHG/2 beschlossenen Änderungen wird Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Artikel 2

Änderung des Staatshaushaltsplans 2018/2019

Mehrheitlich zustimmt.

Artikel 3

Inkrafttreten

Einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung,
Drucksache 16/5100, im Ganzen mehrheitlich zu.

21.01.2019

Der Berichterstatter:

Karl Klein

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/1

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 02 Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„686 01	187	Zuschuss an die Landesanstalt für Kommunikation zur Förderung der regionalen Fernsehsender	2018 2019	- -	- -	0,0 5.000,0	0,0 +5.000,0*

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Neu aufzunehmen:

(S. 216 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„359 01	850	Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken		187.979,5 26.626,9	- -	187.979,5 31.626,9	0,0 +5.000,0*

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Die regionalen Radio- und Fernsehsender tragen entscheidend zur Medienvielfalt in Baden-Württemberg bei. Sie sind den Menschen in ihrer Region eine wichtige Informationsquelle und liefern damit einen fundamentalen Beitrag zur Meinungsbildung in unserem Land. Wegen der sehr angespannten wirtschaftlichen Situation der Sender, die vor allem dadurch begründet ist, dass die Erlöse durch die notwendigen Investitionen heute geringer sind als früher, besteht akuter Handlungsbedarf, der keinen Aufschub bis zum nächsten Doppelhaushalt duldet. Insbesondere kann nicht abgewartet werden, bis die Landesregierung Schlussfolgerungen aus den von ihr durchgeführten Runden Tischen zur Medienzukunft gezogen werden kann. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Landesanstalt für Kommunikation künftig weitere wichtige Aufgaben wahrnehmen soll, insbesondere im Bereich des Datenschutzes oder auch die Übernahme der Aufsicht über Social-Media-Angebote. Schon aus diesem Grund besteht ein Mehrbedarf in Bezug auf die Förderung der LFK aus Haushaltsmitteln, der allein durch die Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag nicht mehr gedeckt werden kann.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/2

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Im Betragsteil neu aufzunehmen:

„Kapitel 0416 Gymnasien und Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat

(S.84 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. 422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	1.086.238,9 1.079.561,5	- -	1.086.238,9 1.081.879,9	0,0 +2.318,4"

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

„Kapitel 0416 Gymnasien und Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat

(S. 319 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
„422 01	114	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
		1. Schulen in öffentlicher Trägerschaft								

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
2.	A 13	Studienrat 1)	7.416,0	-	7.416,0	0,0	7.316,0	-	7.428,0	+112,0

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen."

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1209 Staatsvermögen

Zu ändern:

(S.477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N 850		Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	100.000,0 147.681,6	0,0 -2.318,4

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

An baden-württembergischen Schulen fällt zu viel Unterricht aus. Die Krankheitsreserve musste bereits zu Beginn des Schuljahres fast vollständig zur Sicherung des Pflichtunterrichts genutzt werden. Für Ausfälle während des Schuljahres stehen den Schulen somit keine Vertretungslehrkräfte mehr zur Verfügung. Es ist daher unabdingbar, die Krankheitsreserve auszubauen, zunächst um 20 Prozent auf 2.000 Stellen. Die zusätzlichen 336 Stellen können mit denjenigen Gymnasiallehrkräften besetzt werden, die zu Beginn des Schuljahres wieder keine Stelle erhalten haben. Dies waren auch im Schuljahr 2018/19 wieder weit über 2.000 Lehrkräfte, die mindestens an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen eingesetzt werden können.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/3

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Im Betragsteil neu aufzunehmen:

„Kapitel 0418 Gemeinschaftsschulen

(S.99 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	247.011,0 338.473,8	- -	247.011,0 340.792,2	0,0 +2.318,4

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

„Kapitel 0418 Gemeinschaftsschulen

(S. 331 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil						zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt			
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtragshaushalt)			2019 bisher (Ursprungshaushalt)	2019 neu (Nachtragshaushalt)		
„422 01	114	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
A 13		Studienrat 1)	550,0	-	550,0	0,0	650,0	-	762,0	+112,0

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.“

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung**Kapitel 1209 Staatsvermögen**

Zu ändern:

(S.477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	100.000,0 147.681,6	0,0 -2.318,4

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

An baden-württembergischen Schulen fällt zu viel Unterricht aus. Die Krankheitsreserve musste bereits zu Beginn des Schuljahres fast vollständig zur Sicherung des Pflichtunterrichts genutzt werden. Für Ausfälle während des Schuljahres stehen den Schulen somit keine Vertretungslehrkräfte mehr zur Verfügung. Es ist daher unabdingbar, die Krankheitsreserve auszubauen, zunächst um 20 Prozent auf 2.000 Stellen. Die zusätzlichen 336 Stellen können mit denjenigen Gymnasiallehrkräften besetzt werden, die zu Beginn des Schuljahres wieder keine Stelle erhalten haben. Dies waren auch im Schuljahr 2018/19 wieder weit über 2.000 Lehrkräfte, die mindestens an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen eingesetzt werden können.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/4

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0439 Vorschulische Bildung und Betreuung

Zu ändern:
(S. 203 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	90	Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kinderbetreuung					
		<p>Im Haushaltsvermerk werden nach den Wörtern:</p> <p>„die auf das Land entfallen, zulässig,“ folgende Wörter eingefügt: „zuzüglich weiterer Landesmittel für die Gebührenfreiheit zur frühkindlichen Bildung,“</p> <p>Die Wörter „Die Haushaltsermächtigung ist bis zur Freigabe durch den Ministerrat gesperrt.“ werden gestrichen.</p> <p>Der Erläuterung wird folgender Satz angefügt: „Darüber hinaus stehen zusätzliche Landesmittel für die Gebührenfreiheit zur Verfügung.“</p>					
2.	633 90 N 270	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2018 2019	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 120.000,0	0,0 +120.000,0

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1209 Staatsvermögen

Zu ändern:

(S.477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	100.000,0 30.000,0	0,0 -120.000,0

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Der Weg hin zur Gebührenfreiheit muss schrittweise begangen werden. Zunächst sollten einkommensschwache Familien entlastet werden, die laut der Studie Elternzoom 2018 der Bertelsmann Stiftung derzeit doppelt so hoch belastet sind wie finanziell besser situierte. Das Land sollte die Kommunen beim Einstieg in die Gebührenfreiheit mit zunächst 120 Mio. Euro jährlich unterstützen. Dieser Betrag entspricht den Kosten für ein beitragsfreies Kindergartenjahr und müsste dann sukzessive erhöht werden bis alle Angebote im frühkindlichen Bereich gebührenfrei zugänglich sind (Gesamtkosten 529 Mio. Euro). Da die Kommunen auf dem Weg in die Gebührenfreiheit unterschiedlich weit sind und teils schon eine soziale Staffelungen der bzw. die Befreiung von Kita-Beiträgen vorsehen, müssen die Landesmittel flexibel einsetzbar sein, jedoch zweckgebunden für Maßnahmen ihres Konzepts zur Erreichung der Gebührenfreiheit.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/5

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

**Kapitel 0420 Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs,
Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)**

1. Im Betragsteil zu ändern:

(S.194 des Nachtragshaushalt 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
422 01	127	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	929.570,4 905.244,7	929.570,4 923.477,3	929.570,4 925.795,7	0,0 +2.318,4

2. Im Stellenteil zu ändern:

(S.230 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil						mehr weniger (nachrichtlich)	
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt			zu setzen (neu)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	127	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
A 13		Studienrat 1)	5.919,5	5.919,5	5.919,5	0,0	5.919,5	5.928,0	6.031,0	+103,0

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1209 Staatsvermögen

Zu ändern:

(S.477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	100.000,0 147.681,6	0,0 -2.318,4

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

An baden-württembergischen Schulen fällt zu viel Unterricht aus. Die Krankheitsreserve musste bereits zu Beginn des Schuljahres fast vollständig zur Sicherung des Pflichtunterrichts genutzt werden. Für Ausfälle während des Schuljahres stehen den Schulen somit keine Vertretungslehrkräfte mehr zur Verfügung. Es ist daher unabdingbar, die Krankheitsreserve auszubauen, zunächst um 20 Prozent auf 2.000 Stellen. Die zusätzlichen 336 Stellen können mit denjenigen Gymnasiallehrkräften besetzt werden, die zu Beginn des Schuljahres wieder keine Stelle erhalten haben. Dies waren auch im Schuljahr 2018/19 wieder weit über 2.000 Lehrkräfte, die mindestens an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen eingesetzt werden können.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/6

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Kapitel 0436 **Allgemeine Schulangelegenheiten**

Im Stellenteil zu ändern:
(S. 231 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil								
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)			
422 01	129	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte									
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte									
		4. Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge									
A13		Studienrat	1.165,0	1.165,0	1.165,0	-	1.165,0	1.165,0	1.165,0	-	
1.		kw spätestens ab 01.08.2019	*600,0	*600,0	*600,0	-	*600,0	*200,0	*0,0	-200,0	
2.		kw spätestens ab 01.08.2020	*0,0	*0,0	*0,0	-	*0,0	*965,0	*0,0	-965,0	

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Sprache ist Schlüssel zur Integration. Damit junge Zuwanderinnen und Zuwanderer zügig Zukunftsperspektiven entwickeln und ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft finden, ist die Vermittlung von Deutschkenntnissen unerlässlich. Schulvergleichsstudien haben jedoch gezeigt, dass auch Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache Deutsch ist, Defizite in der Rechtschreibung und dem Lesen haben. Individuelle Sprachförderung muss daher auch, aber nicht nur als Integrationsanforderung, sondern vielmehr als Querschnittsaufgabe aller Schularten und Klassenstufen verstanden werden.

In der letzten Legislatur wurden zahlreiche zusätzliche Stellen für die Arbeit mit jungen Geflüchteten unter anderem in Vorbereitungsklassen eingerichtet. Die eingesetzten Lehrkräfte haben wertvolle Erfahrungen gesammelt und ihre Expertise im Bereich Sprachförderung vertieft. Im Haushalt werden 1.165 Stellen jedoch mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ geführt: deren Finanzierung ist daher nicht dauerhaft vorgesehen.

Um jedoch eine nachhaltige Sprachförderung an baden-württembergischen Schulen sicherzustellen, muss zumindest ein Teil der vorhandenen Stellen, nämlich 200, entfristet werden. Die Entfristung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer kontinuierlichen Unterstützung förderbedürftiger Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Mutter- oder Zweitsprache, Weiterentwicklung bestehender Angebote und Schaffung dauerhafter Strukturen. Den engagierten Lehrkräften gegenüber ist dies zudem Ausdruck von Wertschätzung für deren Einsatz und steigert die Attraktivität des Tätigkeitsfelds, in dem dringend gute und motivierte Fachkräfte gebraucht werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/7

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0436 Allgemeine Schulangelegenheiten

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„100		Weiterbeschäftigung von Vertretungslehrkräften über die Sommerferien					
		Erläuterung: Befristet beschäftigte Lehrkräfte in den Kap. 0405-0420 und 0436, die zum Ende eines Schuljahres bereits eine Anschlussbeschäftigung im neuen Schuljahr in Aussicht haben, sollen auch über die Sommerferien weiterbeschäftigt werden.					
428 100 N 127		Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2018 2019	- -	- -	0,0 4.657,5	- +4.657,5"

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung**Kapitel 1209 Staatsvermögen**

Zu ändern:

(S.477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	100.000,0 145.342,5	0,0 -4.657,5"

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Mit Blick auf den bestehenden Lehrkräftemangel an bestimmten Schularten, in bestimmten Fächern und Regionen wird jede Lehrkraft benötigt, um die Unterrichtsversorgung an den Schulen gewährleisten zu können. Um den Lehrberuf attraktiver zu machen, müssen die Lehrkräfte, die für einen Großteil eines Schuljahres an einer Schule unterrichtet haben und für das folgende Schuljahr eine Anschlussbeschäftigung vorweisen können, auch über die Sommerferien beschäftigt werden. Der Antragssteller schlägt eine Stichtagslösung vor, um die Weiterbeschäftigung von Vertretungslehrkräften mit Anschlussbeschäftigung über die Sommerferien zu ermöglichen. Als Vorbild könnten die Regelungen in Nordrhein-Westfalen (Stichtag am 1. Februar) oder Hessen (Dauer der Beschäftigung von 39 Kalenderwochen) herangezogen werden. In einem ersten Schritt sollen die 650 Lehrkräfte, die laut Kultusministerium die nötigen Bedingungen für eine Weiterbeschäftigung erfüllen, nicht länger über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen werden (vgl. Artikel „Vertretungslehrkräfte werden über die Ferien entlassen“ in der Stuttgarter Zeitung vom 10. Juli 2018).

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/8

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Neu aufzunehmen:

„Kapitel 0460 Sportförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
80		Förderung kommunaler Schwimmbäder					
883 80 N	322	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2018 2019	- -	- -	0,0 30.000,0	0,0 +30.000,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse kommunaler Schwimmbäder. Gefördert werden Sanierungsinvestitionen mit einem Zuschuss von 20%, maximal 1.000.000 Euro pro Schwimmbad.*

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung**Kapitel 1212 Sammelansätze**

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
Besondere Finanzierungsausgaben							
919 01	850	Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken	2018 2019	37.385,3 19.020,0	963.595,5 32.193,4	963.595,5 2.193,4	0,0 -30.000,0

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Immer mehr Kinder lernen nicht mehr richtig schwimmen – das liegt auch an fehlenden Möglichkeiten von wohnortnahen Schwimmgelegenheiten.

Seit dem Jahr 2007 wurden rund 60 kommunale Schwimmbäder geschlossen, über die Hälfte der 10-jährigen Kinder können nicht richtig schwimmen und es sind auch Tote beim Baden zu beklagen – hier ist lebensrettende Hilfe angesagt.

Für viele Kommunen ist es ein finanzieller Kraftakt Schwimmbäder oder Lehrschwimmbecken zu sanieren oder zu errichten. Andere Bundesländer wie die Nachbarländer Bayern und Hessen sind hier mit Landesförderprogrammen bereits aktiv.

Für diese wichtige Zukunftsaufgabe soll ein kommunales Landesförderprogramm aufgelegt und finanziell ausgestattet werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/9

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 07 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Kapitel 0711 Wohnungswesen

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„80		Landesentwicklungsgesellschaft					
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.					
		Erläuterung: Ausgaben für die Entwicklung und Einrichtung einer Landesentwicklungsgesellschaft.					
429 80 N 411		Personalaufwand	2018 2019	- -	- -	- 500,0	- +500,0
531 80 N 411		Kosten für Gutachten und dgl.	2018 2019	- -	- -	- 100,0	- +100,0
547 80 N 411		Sachaufwand	2018 2019	- -	- -	- 150,0	- +150,0
822 79 N 531		Erwerb und Entwicklung von Grundstücken	2018 2019	- -	- -	- 320.550,0	- +320.550,0
		Summe Titelgruppe 80				321.300,0	+321.300,0

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung**Kapitel 1212 Sammelansätze**

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
Besondere Finanzierungsausgaben							
919 01	850	Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken	2018 2019	37.385,3 19.020,0	963.595,5 32.193,4	642.295,5 32.193,4	-321.300,0 0,0

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Die Landesentwicklungsgesellschaft hat zur Aufgabe, Grundstücke zu erwerben und diese zügig zu entwickeln. Neben Erwerb beziehungsweise Zwischenerwerb und anschließender Entwicklung hat die Landesentwicklungsgesellschaft außerdem zur Aufgabe, einen eigenen Wohnungsbestand aufzubauen und zu erhalten. Dies ist besonders relevant für kleinere Kommunen, die weniger oft eine eigene Entwicklungsgesellschaft unterhalten, aber auch für Kommunen mit besonderem Wohnungsdruck und nicht ausreichend finanziellen Mitteln. Für die angespannte Wohnungssituation in Baden-Württemberg kann eine Landesentwicklungsgesellschaft dämpfend wirken.

Die Deckung der wohnungspolitischen Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einem Gesamtvolumen von 321,3 Mio. Euro erfolgt aus dem Ausgleich den Schuldenkontrollkonto, welches zum Abschluss 2017 einen negativen Saldo von 642,6 Mio. Euro ausweist.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/10

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1303 Öffentlicher Verkehr

Neu aufzunehmen:

(S. 55 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„96		Förderung/Erwerb von Schienenfahrzeugen im ÖPNV/SPNV					
891 96	741	Zuweisungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen	2018 2019	0,0 0,0	- -	0,0 50.000,0	0,0 +50.000,0"

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Neu aufzunehmen:

(S. 216 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„359 01	850	Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken		187.979,5 26.626,9	- -	187.979,5 76.626,9	0,0 +50.000,0"

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Angesichts der erheblichen Verkehrs- und damit zusammenhängend Umweltproblemen vor allem in den Ballungsräumen in Baden-Württemberg und des deshalb dringend notwendigen Ausbaus des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), ist die Förderung des Erwerbs von Schienenfahrzeugen mit 50 Mio. Euro im Haushalt zu verankern.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/11

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 14 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Kapitel 1468 Duale Hochschule Baden-Württemberg

Neu aufzunehmen:

(S. 565 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„73		Aufwand für den Lehrbetrieb, Informationstechnik und Bibliothek					
429 73	133	Personalaufwand	2018 2019	17.286,1 17.335,7	- -	19.036,1 19.585,7	+1.750,0 +1.750,0*

II. Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1209 Staatsvermögen

Zu ändern:

(S.477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	98.250,0 148.250,0	-1.750,0 -1.750,0

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Nach eigenen Angaben wird ungefähr zwei Drittel der Lehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) durch Lehrbeauftragte abgedeckt. Die Lehrvergütung für eine gehaltene Lehrstunde beträgt dabei zurzeit an allen Studienakademien 35 Euro.

Aufgrund des enormen Ausbaus der Studienplätze an der DHBW und des daraus resultierenden Mehrbedarfs an Lehrbeauftragten an der DHBW ist die einheitliche Vergütung von 35 Euro nicht mehr konkurrenzfähig und stellt ein Hindernis bei der Akquise geeigneter Lehrbeauftragten dar.

Die derzeitige knappe finanzielle Ausstattung der DHBW lässt es dabei aber nicht zu, eine allgemeine Erhöhung der Lehrauftragsstunde um 5 Euro zu realisieren. Hier würden in der Umsetzung bis zu 1,75 Millionen Euro an Mehrkosten pro Semester auf die Studienakademien zukommen.

Die Finanzierung der Mehrausgaben erfolgt durch Minderausgaben bei den Zinsausgaben, die nicht – wie im Entwurf der Landesregierung vorgeschlagen wird – für eine Zuführung an den Allgemeinen Grundstock verwendet werden sollen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/12

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

I. Kapitel 1206 Schulden und Forderungen

Zu ändern:

(S. 448 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
86		Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt					
325 86	830	Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	2018 2019	-250.000,0 -250.000,0	-250.000,0 -750.000,0	-571.300,0 -750.000,0	-321.300,0 0,0

II. Kapitel 1212 Sammelansätze

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
		Besondere Finanzierungsausgaben					
919 01	850	Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken	2018 2019	37.385,3 19.020,0	963.595,5 32.193,4	632.295,5 32.193,4	-321.300,0 0,0

03.12.2018

Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion

Begründung

Der negative Saldo des Kontrollkontos zum Abschluss des Jahres 2017 in Höhe von -642,6 Mio. Euro ist auf Grundlage der Landeshaushaltsordnung auszugleichen. Diesem Ausgleichsgebot wird Rechnung getragen, indem der hälftige Anteil für zusätzliche Tilgungen am Kreditmarkt in Höhe von 321.300.000,00 Euro erbracht wird. Dabei wird der Landeshaushalt strukturell um ca. 10 Mio. Euro entlastet die jährlich als Zins zu entrichten sind.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/13

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0304 Regierungspräsidium Stuttgart

I. Zu ändern:

(S.66 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	422 01	012 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	46.180,0 46.428,0	45.659,3 47.112,1	45.659,3 46.303,7	0,0 -808,4
2.	428 01	012 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	34.242,4 34.094,4	33.354,7 34.094,4	33.354,7 33.773,9	0,0 -320,5

II. Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 148 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
		1. Regierungspräsidium								
1.	„A 15	Baudirektor	43,0		43,0	0,0	44,0		43,0	-1,0

Seite 1 von 2

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
2.	A 14	Oberbaurat	79,0	79,0	0,0	82,0	79,0	-3,0		
3.	A 13	Baurat	30,5	30,5	0,0	34,5	30,5	-4,0		
4.	A 12	Amtsrat (Bau)	74,0	74,0	0,0	79,0	77,0	-2,0		
5.	A 11	Bauamtmann	46,0	46,0	0,0	48,0	47,0	-1,0		
6.	A 8	Regierungshauptsekretär	38,0	38,0	0,0	37,0	34,5	-2,5		
428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)								
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte								
		1. Regierungspräsidium								
7.	10		36,5	36,5	0,0	37,5	32,5	-5,0*		

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Abbau des unnötigen Stellenaufwuchses in der Umweltverwaltung aus dem Doppelhaushalt 2018/2019.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/14

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0305 Regierungspräsidium Karlsruhe

I. Zu ändern:
(S.70 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	422 01	012 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	31.815,4 31.495,7	31.815,4 31.949,6	31.815,4 31.270,7	0,0 -678,9
2.	428 01	012 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	17.911,9 17.940,9	17.911,9 17.989,6	17.911,9 17.747,2	0,0 -242,4

II. Im Stellenteil neu aufzunehmen:

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte Planstellen für Beamtinnen und Beamte 1. Regierungspräsidium								
1.	„A 15	Baudirektor	33,0		33,0	0,0	33,0		32,0	-1,0

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
2.	A 14	Oberbaurat	50,5	50,5	0,0	52,5	50,5	-2,0		
3.	A 13	Baurat	22,5	22,5	0,0	25,5	21,5	-4,0		
4.	A 12	Amtsrat (Bau)	53,0	53,0	0,0	57,5	55,5	-2,0		
5.	A 11	Bauamtmann	44,0	33,0	0,0	44,0	43,0	-1,0		
6.	A 8	Regierungshauptsekretär	30,0	30,0	0,0	30,0	28,0	-2,0		
428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)								
	TV-L	c) Tarifliche Beschäftigte								
		1. Regierungspräsidium								
7.	10		5,5	5,5	0,0	6,5	5,5	-1,0		
8.	6		25,5	25,5	0,0	26,5	25,5	-1,0 ^a		

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Abbau des unnötigen Stellenaufwuchses in der Umweltverwaltung aus dem Doppelhaushalt 2018/2019.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/15

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0306 Regierungspräsidium Freiburg

I. Im Betragsteil:
 (S.72 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Zu ändern:

1.	422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	33.510,6 33.477,6	33.510,6 33.833,4	33.510,6 33.084,6	0,0 -748,8
----	--------	-----	---	--------------	----------------------	----------------------	----------------------	---------------

Neu einzufügen:

2.	„428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	23.614,0 23.546,3		23.614,0 23.288,7	0,0 -257,6“
----	---------	-----	---	--------------	----------------------	--	----------------------	----------------

II. Im Stellenteil neu einzufügen:

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil						zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt			
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		

422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte							
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte							
		1. Regierungspräsidium							

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
1.	„A 15	Baudirektor	31,0		31,0	0,0	31,0		30,0	-1,0
2.	A 14	Oberbaurat	56,5		56,5	0,0	59,5		56,5	-3,0
3.	A 13	Baurat	22,0		22,0	0,0	26,0		22,0	-4,0
4.	A 12	Amtsrat (Bau)	49,0		49,0	0,0	49,5		48,5	-1,0
5.	A 11	Bauamtmann	32,5		32,5	0,0	32,5		31,5	-1,0
6.	A 8	Regierungshauptsekretär	16,5		16,5	0,0	16,5		14,0	-2,5
428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)								
	TV-L	c) Tarifliche Beschäftigte								
		1. Regierungspräsidium								
7.	10		18,0		18,0	0,0	20,0		16,0	-4,0*

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Abbau des unnötigen Stellenaufwuchses in der Umweltverwaltung aus dem Doppelhaushalt 2018/2019.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/16

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0307 Regierungspräsidium Tübingen

I. Im Betragsteil:
(S.74 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Zu ändern:

1.	422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	34.600,5 34.817,5	34.600,5 35.837,9	34.600,5 34.873,6	0,0 -964,3
----	--------	-----	---	--------------	----------------------	----------------------	----------------------	---------------

Neu einzufügen:

2.	„428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	22.198,6 22.281,6		22.198,6 21.924,6	0,0 -357,0“
----	---------	-----	---	--------------	----------------------	--	----------------------	----------------

II. Im Stellenteil neu aufzunehmen:

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		

422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte
		1. Regierungspräsidium

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil						zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt			
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
1.	„A 15	Baudirektor	41,0		41,0	0,0	41,0		40,0	-1,0
2.	A 14	Oberbaurat	62,0		62,0	0,0	63,0		61,0	-2,0
3.	A 13	Baurat	42,0		42,0	0,0	47,0		40,0	-7,0
4.	A 12	Amtsrat (Bau)	67,5		67,5	0,0	70,5		69,5	-1,0
5.	A 11	Bauamtmann	40,5		40,5	0,0	40,5		37,5	-3,0
6.	A 8	Regierungshauptsekretär	15,0		15,0	0,0	15,0		12,5	-2,5
428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)								
	TV-L	c) Tarifliche Beschäftigte								
		1. Regierungspräsidium								
7.	10		30,5		30,5	0,0	32,5		27,5	-5,0
8.	6		48,0		48,0	0,0	48,0		46,0	-2,0*

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Abbau des unnötigen Stellenaufwuchses in der Umweltverwaltung aus dem Doppelhaushalt 2018/2019.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/17

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0315 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Zu ändern:

(S. 88 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
812 69	042	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	2018 2019	1.825,1 1.825,1	1.825,1 2.825,1	1.825,1 6.025,1	0,0 +3.200,0
Erläuterung:							
Veranschlagt sind:							
			2018			2019	
			Tsd. EUR			Tsd. EUR	
1. zentraler IuK-Betrieb			1.500,0			1.500,0	
2. Elektronische Datenverarbeitung			325,1			325,1	
-							
-							
-							
-							
3. Mobile IT			0,0			4.200,0	
			zus. 1.825,1			6.025,1	

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Polizei muss so mit digitaler Technik ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen kann. Aktuell arbeitet sie im Streifendienst aber noch weitgehend analog, da ihr Laptops und Smartphones fehlen, wie die Anfrage der FDP 16/4079 zeigt. So wird beispielsweise auf Streife erst auf Papier geschrieben und dann im Revier der gleiche Text in den PC eingegeben, Fahndungsfotos werden über Funk beschrieben statt per Smartphone ausgetauscht. Diese Situation soll durch den Erwerb von Smartphones und Laptops vor allem für den Streifendienst beendet werden. Dafür werden 3,2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/18

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0439 Vorschulische Bildung und Betreuung

Zu ändern:

(S. 200 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
70		Förderung der Kindertagespflege					
633 70 N	270	Zuschüsse für die Förderung von Kindern sowohl unter als auch über drei Jahren	2018 2019	0,0 0,0	0,0 2.900,0	0,0 8.900,0	+/-0,0 +6.000,0
			2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR			
		Verpflichtungsermächtigung	0,0	8.900,0			
		Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2020 bis zu	0,0	8,900,0			

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„Erläuterung: Beteiligung des Landes an den Ausgaben der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die laufende Geldleistung der Tagespflegepersonen für die Förderung von Kindern sowohl unter als auch über drei Jahren in Höhe von 50 Cent pro Stunde und Kind.“

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die grün-schwarze Koalition hat in ihrem Entwurf für den Nachtragshaushalt 2018/19 nur eine Erhöhung des Landeszuschusses um 50 Cent an die Tagespflegepersonen von Kindern über drei Jahren vorgesehen. Die FDP/DVP Fraktion hält diese Maßnahme für unvollständig und beantragt darüber hinaus auch eine Erhöhung des Landeszuschusses um 50 Cent an die Tagespflegepersonen von Kindern unter drei Jahren. Für die hierfür zusätzlich benötigten 6 Millionen Euro ist im Gegenzug auf die Umsetzung von Stellen der überproportional berücksichtigten Umweltverwaltung zu verzichten.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/19

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0439 Vorschulische Bildung und Betreuung

Im Betragsteil:

(S. 204 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Zu ändern:

92 Stärkung der Inklusion

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„**Erläuterung:** Zur Unterstützung der Einrichtungen und Tagespflegepersonen im Bereich der Inklusion. Zunächst wird in 2019 in zwei Modellregionen begonnen.“

Neu aufzunehmen:

„633 92 N 270 Zuschuss	2018	0,0	0,0	+/-0,0
	2019	0,0	307,6	+/-0,0“

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die grün-schwarze Koalition sieht für zur Stärkung der Inklusion im Rahmen des Pakts für gute Bildung und Betreuung laut Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 26. Juli 2018 Mittel in Höhe von rund 28,7 Millionen Euro im Endausbau vor. Teilweise gibt es für die Inklusion jedoch bereits Beratungsangebote, und der Aufbau weiterer Strukturen über einen mobilen Fachdienst mit Qualitätsbegleitern könnte den Einrichtungen die ohnehin knappen Fachkräfte entziehen. Deshalb beantragt die FDP/DVP Fraktion, die Mittel den Einrichtungen und Tagespflegepersonen direkt und pauschal pro Kind mit Förderbedarf zur Verfügung zu stellen. Sie können selbst am besten selbst entscheiden, ob sie damit eine Fortbildung besuchen, Beratung in Anspruch nehmen oder eine weitere Maßnahme im Rahmen der Inklusion ergreifen wollen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/20

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Kapitel 0439 **Vorschulische Bildung und Betreuung**

Im Betragsteil:

(S. 200 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Zu ändern:

Der Gruppentitel wird wie folgt gefasst:

80 „Wissenschaftliche Begleitung der frühkindlichen
Bildung und Betreuung“

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„**Erläuterung:** Zur Sicherung und Entwicklung der Qualität im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung soll ein unabhängiges Institut mit der Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung betraut werden.“

Neu aufzunehmen:

„547 80 270 Sachaufwand	2018	0,0	0,0	+/-0,0
	2019	0,0	1.072,5	+/-0,0“

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die FDP/DVP Fraktion begrüßt die Bemühungen des Kultusministeriums um Sicherung und Entwicklung der Qualität im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Die Gründung eines „Forums frühkindliche Bildung“ atmet jedoch zentralistischen Geist und ist der Vielfalt der Betreuungslandschaft, die in der Zuständigkeit der Kommunen liegt, nicht angemessen. Deshalb beantragen wir, dass ein unabhängiges Institut mit der Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung betraut wird.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode**N/21****Entschließungsantrag**
der Fraktion der FDP/DVP**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 16/5100**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan**
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport****Kapitel 0443 Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg****Kapitel 0444 Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung****Kapitel 0448 Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels***(S. 206-217 des Nachtragshaushalts)*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- a) eine unabhängige Sachverständigen-Kommission aus Wissenschaftlern, Vertretern von Lehrern, Eltern und Schülern sowie der Seminare für Didaktik und Lehrerfortbildung und Experten aus dem Bereich der bisherigen Fremdevaluation mit dem Auftrag einzuberufen, dem Landtag bis Ende des ersten Quartals 2019 eine Bewertung des Qualitätskonzepts des Kultusministeriums und Vorschläge für ein zukunftsweisendes Qualitätskonzept für das baden-württembergische Bildungswesen vorzulegen;
- b) jeder Schule ein Fortbildungsbudget zu geben, damit diese die passenden Fortbildungsangebote nachfragen und eigenständig Personalentwicklung betreiben kann.

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Es mag verdienstvoll sein, dass sich die Kultusministerin um die Qualität im Bildungsbereich bemüht. Leider erscheint die Konzeption für dieses Qualitätsmanagement stark zentral gelenkt. Mehr noch, die Bedürfnisse der einzelnen Schulen drohen im Konzept des Kultusministeriums unter die Räder zu geraten. Welche Fortbildungsangebote für die jeweilige Schule und ihre Lehrkräfte passend sind, kann und sollte nach unserer Auffassung am besten vor Ort entschieden werden. Die FDP/DVP Fraktion fordert deshalb ein Fortbildungsbudget für jede Schule, das sich auch auf dem freien Markt einlösen lässt. Zusammen mit einer gestärkten Gestaltungsfreiheit im Personalbereich könnten die Schulen somit Personalentwicklung und Qualitätsentwicklung sinnvoll miteinander verknüpfen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/22

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 16/5100**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan**
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**Einzelplan 05 Ministerium der Justiz und für Europa****Kapitel 0508 Justizvollzugsanstalten**

(S. 269-271)

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis zum 30. Juni 2019 ein Konzept zum Ausbau der Haftplätze und zur Verbesserung der sachlichen, personellen und besoldungstechnischen Situation der Angehörigen des Justizvollzugs inklusive des Werkdiensts in Baden-Württemberg vorzulegen.

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Situation im Strafvollzug muss weiter Sorge bereiten. Seit dem Jahr 2015 steigt die Zahl der Gefangenen im Justizvollzug. Damit gehen eine zunehmende Heterogenität der Gefangenen und Verständigungsprobleme einher, Gewalt und psychische Auffälligkeiten nehmen zu. Das alles bleibt bei den engagierten Mitarbeitern im Justizvollzug nicht spurlos, wie die erschreckend hohe Zahl der durchschnittlichen Krankentage von 24,7 Tage zeigt.

In einem Gesamtkonzept muss daher der Ausbau der Häftlingsplätze zügig vorangetrieben werden, denn ein Rückgang der Häftlingszahlen ist nicht absehbar. Die Justizvollzugsanstalten müssen mehr personelle und sachliche Unterstützung im Umgang mit der zunehmenden Zahl problematischer Häftlinge erhalten. Die Bezahlung der Angehörigen des Justizvollzugs ist mit Blick auf die gestiegenen Ansprüche an das Personal zu verbessern. Hierfür liegen von den Interessenvertretungen wie dem Bund der Strafvollzugsbediensteten und der BTBkomba sinnvolle Vorschläge vor, die es konzeptionell aufzugreifen gilt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/23

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 06 Ministerium für Finanzen

Kapitel 0620 Betriebe und Beteiligungen

Neu aufzunehmen:

(S. 120 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„682 15	812	Zuschuss an die NECKARPRI GmbH	2018	94.200,0	94.200,0	0,0	-94.200,0
			2019	94.200,0	94.200,0	0,0	-94.200,0*

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Landesregierung finanziert aus Mitteln der sog. „impliziten Schuldentilgung“ einen Zuschuss an die Neckarpri GmbH, welche die Anteile des Landes an der EnBW AG hält. Da die FDP/DVP-Fraktion das Konstrukt der „impliziten Schuldentilgung“ ablehnt, und sich die Ertragsentwicklung der EnBW AG deutlich ins Positive gedreht hat, wird dieser Zuschuss hier gestrichen und vollständig zur Tilgung von Kreditmarktschulden verwendet.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/24

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 07 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Kapitel 0711 Wohnungswesen

Zu ändern:

(S. 342 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
883 79 N	411	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	2018 2019	0,0 0,0	0,0 35.000,0	0,0 0,0	0,0 -35.000,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Verwendung nicht genutzter Zuschüsse aus den Landeswohnraumförderprogrammen für ein Bodenfondsprogramm für Kommunen geht an der Problematik im Wohnbau vorbei. Die FDP/DVP-Fraktion verwendet diese Mittel für die Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/25

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 08 Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Kapitel 0826 Veterinärwesen

Zu ändern:

(S.367 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	422 01	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	11.741,0 12.224,0	11.741,0 12.507,6	11.741,0 13.642,0	0,0 +1.134,4

Im Stellenteil zu ändern:

(S. 378 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	511	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
2.	A 14	Oberveterinärtrat	121,0	121,0	121,0	0,0	126,0	130,0	146,0	+16,0

27.11.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die aktuelle Personalausstattung der unteren Verbraucherschutz- und Veterinärbehörden in Baden-Württemberg reicht weiterhin nicht annähernd aus, um die von der Europäischen Union geforderte Regelmäßigkeit von Kontrollen in Nutztierhaltungsbetrieben zu gewährleisten. Die Stellungnahme auf den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, „Tierschutz-Vollzug in Baden-Württemberg“, Drucksache 16/888, hat unbestreitbar aufgezeigt, dass dem massiven Aufwuchs zusätzlicher Pflichtaufgaben für die unteren Verbraucherschutz- und Veterinärbehörden in den vergangenen zehn Jahren durch EU-, Bundes- und Landesrecht kein entsprechender Personalzuwachs gegenüberstand. In einzelnen Landkreisen wird die ohnehin angespannte Personalsituation noch durch Krankheitsfälle und Elternzeiten verschärft. Presseberichten zufolge hatte der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für den Nachtragshaushalt 20 zusätzliche Amtstierarztstellen beantragt. Dies wäre zumindest ein spürbarer erster Schritt in die richtige Richtung gewesen. Stattdessen wurden ihm vom grünen Koalitionspartner nur vier neue Stellen für Amtstierärzte genehmigt. Der vorliegende Antrag soll diese Fehlentscheidung der Landesregierung korrigieren. Die Gegenfinanzierung des beantragten Stellenaufwuchses erfolgt durch Kürzungen im Stellenteil des Einzelplans 10 (Umweltministerium), der mit dem laufenden Doppelhaushalt ohnehin über Gebühr aufgebläht worden ist.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/26

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Kapitel 1012 Nationalpark Schwarzwald

I. Im Betragsteil neu aufzunehmen:

(S. 164 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. „422 01	331	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	1.761,3 1.761,5		1.761,3 504,4	0,0 -1.257,1"

II. Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 213 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
„422 01	331	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
1.	A 16	Direktor bei der Nationalparkverwaltung im Nationalpark Schwarzwald	2,0		2,0	0,0	2,0		1,0	-1,0
2.	A 15	Direktor (F,L,R), Hauptkonservator	4,0		4,0	0,0	4,0		3,0	-1,0
3.	A 14	Oberrat (F,L,R), Oberkonservator	6,0		6,0	0,0	6,0		4,0	-2,0

Seite 1 von 2

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
4.	A 13	Rat (F,L,R), Konservator, Psychologie- rat	7,0		7,0	0,0	7,0		3,0	-4,0
5.	A 13	Oberamtsrat (F,L,R)	6,0		6,0	0,0	6,0		4,0	-2,0
6.	A 12	Amtsrat (F,L,R)	7,0		7,0	0,0	7,0		4,0	-3,0
7.	A 11	Amtmann (F,L,R)	10,0		10,0	0,0	10,0		7,0	-3,0
8.	A 10	Oberinspektor (F,L,R)	6,0		6,0	0,0	6,0		2,0	-4,0
9.	A 8	Hauptsekretär (R)	4,0		4,0	0,0	4,0		3,0	-1,0"

27.11.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Der als Prestigeprojekt der einstigen grün-roten Landesregierung eingerichtete Nationalpark Schwarzwald verfügt mit 90 Stellen bereits über eine überzogene Personalausstattung. Die Personalausstattung des Nationalparks soll daher gekürzt werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/27

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Kapitel 1012 Nationalpark Schwarzwald

I. Im Betragsteil zu ändern:
(S. 423 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
428 01	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	2.873,6 2.874,5	2.873,6 3.127,0	2.873,6 2.874,5	0,0 -252,5

II. Im Stellenteil zu ändern:
(S. 430 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil								
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)			
428 01	331	Stellenübersicht für Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)									
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte									
6			21,0	21,0	21,0	0,0	21,0	26,0	15,0	-11,0	

27.11.2018

Brauer, Karras und Fraktion

Begründung

Der als Prestigeprojekt der einstigen grün-roten Landesregierung eingerichtete Nationalpark Schwarzwald verfügt mit 90 Stellen bereits über eine überzogene Personalausstattung. Die Personalausstattung des Nationalparks soll daher gekürzt werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/28

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Kapitel 1001 Ministerium

I. Im Betragsteil zu ändern:

(S. 418 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	19.164,5 19.312,0	19.164,5 19.431,2	19.164,5 18.665,2	0,0 -766,0

II. Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 191, 192 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
		1. Ministerium								
1.	„A 15	Regierungsdirektor	59,0	59,0	0,0	59,0	56,0	-3,0		
2.	A 14	Oberregierungsrat	67,5	67,5	0,0	66,5	60,0	-6,5		
3.	A 13	Regierungsrat	9,0	9,0	0,0	8,0	7,0	-1,0*		

27.11.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Der von der grün-schwarzen Landesregierung vorgenommene Personalaufwuchs in der Umweltverwaltung in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ist unverhältnismäßig und überzogen. Zwar mögen punktuelle Verstärkungen in den Kapiteln 1005 (Wasser und Boden) und 1006 (Immissionsschutz, Kreislaufwirtschaft, Marktüberwachung) sowie mit Blick auf die beiden Biosphärengebiete vereinzelt auch im Kapitel 1008 (Naturschutz und Landschaftspflege) angemessen und vertretbar sein, ein Stellenaufwuchs im Umfang von insgesamt 225 Stellen ist aber im Sinne einer verantwortungsvollen Haushaltsführung nicht darstellbar.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/29

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 05	850	Zuführung an die Rücklage für Maßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO	2018 2019	1.079.478,0 1.499.403,0	1.726.110,0 1.909.255,7	0,0 0,0	-1.726.110,0 -1.909.255,7

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Konstruktion der „impliziten Schuldentilgung“, welche von der grün-schwarzen Koalition eingeführt wurde, um die Tilgungsverpflichtung von Kreditmarktschulden zu umgehen, lehnt die FDP/DVP-Fraktion ab. Sie verstößt gegen den Geist der 2012 gemeinsam novellierten Landeshaushaltsordnung. Die Tatsache, dass man viel mehr Steuereinnahmen erhält als damals gedacht, enthebt die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung nicht von der Rückführung der Kreditmarktschulden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/30

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 06	850	Zuführung an die Rücklage für den Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg	2018 2019	10.000,0 10.000,0	10.000,0 20.000,0	10.000,0 10.000,0	0,0 -10.000,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Landesregierung legt nicht dar, warum eine weitere Erhöhung der Rücklage sinnvoll sei, finanziert sie doch in anderen Teilen des Haushalts Zusatzprojekte im Rahmen des Automobildialogs.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/31

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 488 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 07 N	850	Zuführung an die Rücklage für das Arbeitsprogramm Gesellschaftlichen Zusammenhalt	2018 2019	0,0 0,0	0,0 10.000,0	0,0 0,0	0,0 -10.000,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Gute Politik verbessert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht regierungsfinanzierte Selbstbeschäftigung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/32

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1223 Zukunftsinvestitionen

Zu ändern:

(S. 497 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
95		Kommunaler Sanierungsfonds					
883 95 A	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	2018 2019	173.742,0 207.067,0	247.034,4 307.495,1	0,0 0,0	-247.034,4,0 -307.495,1,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Der von der Landesregierung aufgelegte Kommunale Sanierungsfonds wird aus Mitteln der sog. „impliziten Schuldentilgung“ gespeist, um die Tilgungsverpflichtung aus der Landeshaushaltsordnung zu umgehen. Die FDP/DVP-Fraktion lehnt diese Konstruktion ab. Sie ist sich darüber hinaus einig mit dem Rechnungshof, dass die Beseitigung von Kommunalen Sanierungslasten keine Schuldentilgung von Landesschulden sein kann.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/33

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1209 Staatsvermögen

Zu ändern:

(S. 477 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000,0 150.000,0	0,0 0,0	-100.000,0 -150.000,0

Der Haushaltsvermerk wird gestrichen.

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die Landesregierung schafft einen weiteren Verschiebeparkplatz und nutzt die aufgrund des günstigen Zinsumfelds sinkenden Aufwendungen für Zinsen nicht für eine weitere Kreditmarktschuldentilgung oder für die Senkung von Abgaben und Steuern, sondern füttert eine weitere Rücklage an.

Die FDP/DVP möchte wenigstens die Vorteile, die das niedrige Zinsniveau bietet, an die Bürger in Form einer Senkung der Grunderwerbsteuer weitergeben.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/34

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1201 Steuern

Zu ändern:

(S. 440 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
053 01	820	Grunderwerbsteuer	2018	1.770.000,0	1.910.000,0	1.910.000,0	0,0
			2019	1.825.000,0	1.960.000,0	1.470.000,0	-490.000,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Die FDP/DVP-Fraktion strebt eine Absenkung des Steuersatzes der Grunderwerbsteuer von 5 auf 3,5% an, um Druck von den ständig steigenden Kosten beim Erwerb einer Immobilie zu nehmen. Im Falle eines zügigen Gesetzgebungsverfahrens könnte dies zum 01.03.2019 in Kraft treten. Daher werden Steuermindereinnahmen für das Jahr 2019 in Höhe von 490 Millionen Euro prognostiziert.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/35

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1206 Schulden und Forderungen

Zu ändern:

(S. 449 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
575 86	830	Zinsen an den sonstigen inländischen Kreditmarkt (auch Disagio)	2018 2019	1.599.000,0 1.708.422,2	1.499.000,0 1.558.422,2	1.499.000,0 1.375.422,2	0,0 -183.000,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Der Landtag hat sich 2012 einstimmig einen Schuldenabbaupfad hin zur grundgesetzlich festgelegten Schuldenbremse im Jahr 2020 gegeben. Dabei wurden Mechanismen festgelegt, die angesichts der enormen Steuermehreinnahmen zu einer Schuldentilgungsverpflichtung in 2018 und 2019 von Stand heute 5,5 Milliarden Euro führen. Davon tilgt die Landesregierung nur 1 Milliarde, und bedient sich ansonsten ihrem Konstrukt der sog. „impliziten Schuldentilgung“. Die FDP/DVP-Fraktion setzt die gesamte Schuldentilgungsverpflichtung in die Tilgung von Kreditmarktschulden, sodass die 2019 notwendigen Zinsausgaben deutlich sinken. Die FDP/DVP-Fraktion verwendet die gesamte Zinsausgabensenkung für die Gegenfinanzierung einer Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes von 5 auf 3,5%.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/36

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 488 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 10	850	Zuführung an den Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg	2018 2019	560.416,6 492.841,0	560.416,6 494.633,6	440.416,6 494.633,6	-120.000,0 0,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Streichung der aus Mitteln der sog. „impliziten Schuldentilgung“ finanzierten Sonderzuführung in 2018 zur Erhöhung der Kreditmarktschuldentilgung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/37

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1206 Schulden und Forderungen

Zu ändern:

(S. 448 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
325 86	830	Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	2018	-250.000,0	-250.000,0	-2.190.310,0	-1.940.310,0
			2019	-250.000,0	-750.000,0	-3.303.455,7	-2.553.455,7

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Der Landtag hat sich 2012 einstimmig einen Schuldenabbaupfad hin zur grundgesetzlich festgelegten Schuldenbremse im Jahr 2020 gegeben. Dabei wurden Mechanismen festgelegt, die angesichts der enormen Steuermehreinnahmen zu einer Schuldentilgungsverpflichtung in 2018 und 2019 von Stand heute 5,5 Milliarden Euro führen. Davon tilgt die Landesregierung nur 1 Milliarde, und bedient sich ansonsten ihrem Konstrukt der sog. „impliziten Schuldentilgung“. Die FDP/DVP-Fraktion setzt die gesamte Schuldentilgungsverpflichtung in die Tilgung von Kreditmarktschulden, um die einmalige Gelegenheit der extrem guten Konjunktur zu nutzen, die Schulden der Vergangenheit so weit wie möglich zu reduzieren.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/38

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1304 Straßenverkehr

Zu ändern:

(S. 514 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
786 79	723	Radwege an Landstraßen	2018 2019	2.700,0 2.700,0	2.700,0 12.700,0	2.700,0 2.700,0	0,0 -10.000,0

04.12.2018

Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Angesichts des zögerlichen Ausbaus der Radschnellwege ist es nicht gerechtfertigt, für 2019 einen Mittelbedarf von weiteren 10 Millionen Euro anzunehmen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/39

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Im Betragsteil neu aufzunehmen:

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0101 Landtag

(S. 13 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	428 01 011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	6.224,1 6.235,5	- -	6.224,1 6.335,5	0,0 +100,0*

II. Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 70 des Urhaushaltes 2018/2019)

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0101 Landtag

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil						zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt			
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtragsh aushalt)			2019 bisher (Ursprungsh aushalt)	2019 neu (Nachtragsh aushalt)		

- 428 01 011 **Stellenübersicht für
Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer (Beschäftigten)**
- c) Tarifliche Beschäftigte
1. Landtag

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtragsh aushalt)			2019 bisher (Ursprungsh aushalt)	2019 neu (Nachtragsh aushalt)		
2.	TV-L	9	12,0	-	12,0	12,0	-	14,0	+2,0	

Die Veränderungen sind im
Veränderungsnachweis entsprechend
darzustellen.*

23.11.2017

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Der Petitionsausschuss ist ein Werkzeug des Landtages, um die Bürgergesellschaft zu stärken. Dieses Werkzeug erhält mehr Personal, um die Erfüllung der Aufgaben besser zu sichern. Auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist eine Stärkung des Petitionsausschusses vorzunehmen.

Deckung:

Die Mehrausgaben an dieser Stelle werden gedeckt durch Kürzungen bei 0105 Bürgerbeauftragter.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/40

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Neu aufzunehmen:

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0101 Landtag

(S. 20 und 22-23 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	684 01 011	Zuschüsse an die Fraktionen	2018 2019	7.448,7 6.582,3	- -	7.448,7 8.247,4	0,0 +1.465,1
		Der Erläuterung wird folgender Satz angefügt:					
		„1.465,1 Tsd. EUR der Mittel stehen anteilig den Fraktionen für das Betreiben einer eigenen IT-Infrastruktur zur Verfügung.“					
2.	511 69 A 011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungsgegenständen und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	2018 2019	440,7 430,5	- -	440,7 230,5	0,0 -200,0
		Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.					
3.	511 69 B 011	Fernmeldegebühren u. dgl.	2018 2019	165,8 166,3	- -	165,8 88,2	0,0 -88,1
		Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.					

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
4.	514 69	011 Verbrauchsmittel	2018 2019	35,0 35,0	- -	35,0 18,0	0,0 -17,0
Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.							
5.	518 69	011 Maschinen- und Gerätemieten	2018 2019	393,0 421,0	- -	393,0 211,0	0,0 -210,0
Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.							
6.	525 69	011 Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten der Bediensteten	2018 2019	92,0 92,0	- -	92,0 46,0	0,0 -46,0
Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.							
7.	534 69	011 Dienstleistungen Dritter u. dgl	2018 2019	850,0 850,0	- -	850,0 425,0	0,0 -425,0
Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.							
8.	546 69	011 Sonstiger Sachaufwand	2018 2019	108,0 108,0	- -	108,0 54,0	0,0 -54,0
Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.							
9.	812 69	011 Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	2018 2019	1769,0 850,0	- -	1.769,0 425,0	0,0 -425,0
Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.“							

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Fraktionen sollen in Eigenverantwortung ihre IT-Ausstattung kaufen und verwalten können. Dies ist Teil der Souveränität der politischen Arbeit im Landtag.

Deckung: Die Positionen in diesem Antrag decken sich gegenseitig.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode**N/41****Änderungsantrag**
der Fraktion der AfD**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 16/5100**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan**
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 01 Landtag**Kapitel 0104 Landeszentrale für politische Bildung****bis auf den Titel 685 01 Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung****bis auf die Titelgruppe: 78 Für die Gedenkstättenarbeit**

(S. 37-56 im Urhaushalt 2018/2019)

für das Jahr 2019 ersatzlos zu streichen.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Landeszentrale für politische Bildung und ihre Programme verfehlen das Ziel der ideologiefreien, demokratischen Bildung der Bürger. Als Instrument ist sie deshalb abzuschaffen.

Die Beamten werden auf Leerstellen in anderen Ministerien verteilt.

Die Finanzierung von Gedenkstättenarbeit ist zu erhalten und wird, wie im Haushaltsplan vorgesehen, fortgesetzt.

Somit bleiben die Titel 0104 685 01 – „Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung“ und die Titelgruppe 78 „Für die Gedenkstättenarbeit“ erhalten.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Grunderwerbsteuer

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/42

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

im Staatshaushaltsplan 2018/2019

im Einzelplan 01 Landtag

das Kapitel 0105 Der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg

(S. 57-59 im Urhaushalt 2018/2019)

für das Jahr 2019 ersatzlos zu streichen.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Bürgergesellschaft des Landes wird durch mehr direkte Demokratie gestärkt, nicht durch die Schaffung von weiteren Posten und Beauftragten. Der Posten eines Bürgerbeauftragten ist somit obsolet. Weiterer Ansprechpartner ist der Landtag, dessen Aufgabe auch die Kontrolle der Exekutive und somit der Polizei ist.

Deckung

Die Kürzungen in Höhe von 100 Tsd. Euro pro Jahr an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 01 Kapitel 01 Titelgruppe 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – Petitionsausschuss.

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/43

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Titelgruppe 86 Arbeitsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(S. 41 des Nachtragshaushalts 2018/2019)

ersatzlos zu streichen.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Titel in dieser Titelgruppe sind jeweils mit null Euro beziffert. Es bestehen somit weder exakte Pläne für dieses Projekt, noch kann die Landesregierung beziffern, was sie genau ausgeben möchte. Der Finanzausschuss und der Landtag vergeben keine Blankoschecks für Projekte, sondern geben eine Mittelverwendung vor. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um eine ideologische Mittelverwendung – ohne genaue Projektbeschreibung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/44

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Neu aufzunehmen:

(S. 32 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„972 01	011	Globale Minderausgabe für den Epl. 02	2018	-1.469,0	-	-1.469,0	0,0
			2019	-2.220,0	-	-8.859,3	-6.639,3*

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Das Staatsministerium hat eine Vorbildfunktion für effizientes staatliches Handeln und für die Umsetzung der Kürzungspotenziale der Digitalisierung. Das Staatsministerium muss eine schlanke, aber starke Koordinationsstelle für die Politik im Land sein. Der Ministerpräsident steht in der Verantwortung, dies umzusetzen.

Die Landesregierung hat im Staatsministerium von 2016 auf 2017 Haushaltsreste in Höhe von rund 11,7 Mio. Euro übertragen. Es sind also umfangreiche Kürzungspotenziale vorhanden. Haushaltsreste in dieser Höhe sind intransparent und erhöhen die Gefahren der Schattenhaushalte.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/45

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 63 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
684 02	249	Zuschüsse an den Landesverband Baden- Württemberg der Sinti und Roma	2018 2019	500,0 500,0	500,0 700,0	500,0 500,0	0,0 -200,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es bestehen kein Anlass und kein Bedarf zur Erhöhung der Mittel für den Landesverband Baden-Württemberg der Sinti und Roma.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/46

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Neu aufzunehmen:

„Kapitel 0303 Digitalisierung

(S. 53 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
883 70	B 692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum	2018 2019	34.586,8 38.256,6	- -	34.586,8 350.000,0	0,0 +311.743,4*

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Investitionen in den Breitbandausbau sind im Vergleich zu 2017 stark zurückgegangen. Leidtragender ist der ländliche Raum. Eine Digitalisierungsoffensive „Breitbandausbau“ ist viel nötiger als die „Leuchtturmprojekte“ der Landesregierung. Mit einem massiven Breitbandausbau mit Glasfaserkabeln ist der ländliche Raum den städtischen Ballungszentren gleichzustellen.

Deckung:

Die Mehrausgaben an dieser Stelle werden gedeckt durch niedrigere Zuführungen an EP 12 Kapitel 12 Titel 919 01 Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/47

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0310 Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krisenmanagement

Neu aufzunehmen:

(S. 232 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„883 72	044	Zuweisungen und Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2018 2019	37.007,5 39.414,5		37.007,5 74.179,0	0,0 +34.764,5 ⁴

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Der Bestand der Feuerwehrfahrzeugflotte ist in Teilen veraltet. Derzeit wird nur etwa die Hälfte der Zuschussanträge bewilligt. Es existiert ein Investitionsstau. Dem ist durch eine Verdopplung der Ansätze abzuhelpfen.

Deckung:

Die Mehrausgabe an dieser Stelle wird gedeckt durch Minderausgaben an 0331 633 08 Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/48

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0316 Polizeipräsidium Einsatz

Neu aufzunehmen:

(S. 283 des *Urhaushaltes 2018/2019*)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„511 02	042	Geräte und Waffen	2018 2019	140,2 140,2	- -	140,2 10.140,2	 +10.000,0

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für:

- Waffen, waffentechnische und sonstige Geräte u. dgl.,
- Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung sonstiger Geräte,
- Wartung und Unterhaltung der Ausstattung des Tauchdienstes.
- *Ausstattung mit Körperkameras.*

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Anschaffung von Körperkameras ist ein Schritt in die Zukunft für die Bereitschaftspolizei. Sie ist nötig um Polizeiarbeit auf der Höhe der Zeit zu halten.

Deckung:

Die Mehrausgabe an dieser Stelle wird gedeckt durch Minderausgaben an 0331 633 08 Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/49

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0331 Migration

Neu aufzunehmen:

(S. 373 des *Urhaushaltes 2018/2019*)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„534 75	235	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	2018 2019	128.492,5 104.993,1	- -	128.492,5 50.000,0	0,0 -54.993,1“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Zahl der neu einreisenden Asylbewerber – und damit die Zahl der auf die Kreise zu verteilenden vorläufig Unterzubringenden – geht stärker zurück als von der Landesregierung für die Ansätze 2018 und 2019 unterstellt. Die den Haushaltsansätzen zugrundeliegende Zahl der nach Baden-Württemberg zugeteilten 4000 Personen pro Jahr ist darüber hinaus problemlos erreichbar, wenn die Forderungen des Innenministers in der sogenannten „Strobl-Initiative“ (Grenzschutzmaßnahmen u.a.) durchgesetzt werden. Der Haushaltsansatz errechnet sich unter dieser Prämisse aus 4000 vorläufig Unterzubringenden. Da die Kosten für den laufenden Betrieb aufgrund erheblicher Fixkostenanteile nicht linear herabgerechnet werden können, werden 50.000 Euro angesetzt.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/50

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0331 Migration

Neu aufzunehmen:
(S. 367 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„633 08	287	Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	2018 2019	380.000,0 371.000,0		380.000,0 56.000,0	0,0 -315.000,0*

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Zahl der neu einreisenden Asylbewerber – und damit die Zahl der auf die Kreise zu verteilenden vorläufig Unterzubringenden – geht stärker zurück als von der Landesregierung für die Ansätze 2018 und 2019 unterstellt. Die den Haushaltsansätzen zugrundeliegende Zahl der nach Baden-Württemberg zugeteilten 4000 Personen pro Jahr ist darüber hinaus problemlos erreichbar, wenn die Forderungen des Innenministers in der sog. „Strobl-Initiative“ (Grenzschutzmaßnahmen u.a.) durchgesetzt werden. Der Haushaltsansatz errechnet sich unter dieser Prämisse aus 4000 vorläufig Unterzubringenden multipliziert mit der Einmalpauschale von derzeit ca. 14.000 Euro.

Deckung:

Die Kürzungen dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei 0310 883 72 Zuweisungen und Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Kürzungen dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei 0316 511 02 Geräte und Waffen

Die Kürzungen dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei 0303 613 N Digitalisierungsmanager

Die Kürzungen dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei 1208 715 16 N Polizeihochschule Villingen

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben 1208 711 05 N – Abschiebehaftplätze

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 12 Kapitel 06 Titel 32586 Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/51

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0404 Staatliche Schulämter

I. Im Betragsteil zu ändern:

(S. 192 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	2018 2019	21.732,8 21.716,1	21.732,8 23.447,7	0,0 21.716,1	0 -1.731,6

II. Im Stellenteil zu ändern:

(S.228 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	111	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
		1.Schulverwaltung, Schulaufsicht								
A 13		Oberamtsrat (R) 1)	21,0	21,0	21,0	0,0	21,0	47,0	21,0	-26,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Ausgaben für die Datenschutzbeauftragten sind ohne zusätzliche Haushaltsmittel zu decken.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/52

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0410 Realschulen

Zu ändern:

(S. 193 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	2018 2019	637.845,9 623.180,1	637.845,9 629.988,6	637.845,9 623.180,1	0,0 -6.808,5

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge sind eine Folge der illegalen Grenzöffnung im Jahr 2015 und der fortgesetzten unkontrollierten Grenzübertritte. Offensichtlich ist von der Landesregierung beabsichtigt, diese Ausgaben zu verstetigen. Die Kosten hierfür dürfen nicht zu Lasten der einheimischen Bevölkerung Deutschlands gehen.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/53

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Kapitel 0420 **Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs,
Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)**

I. Im Betragsteil zu ändern:

(S. 194 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	Statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	2018 2019	929.570,4 905.244,7	929.570,4 923.477,3	929.570,4 905.243,4	-18.232,6

II. Im Stellenteil zu ändern:

(S.230 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
422 01	117	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
A 13		Studienrat 1)	5.919,5	5.919,5	5.191,5	0,0	5.919,5	5.928,0	5.919,5	-8,5
		1) Die Stellen des gehobenen Dienstes können auch mit Beamten/innen der Laufbahnen anderer Fachrichtungen besetzt werden.								

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge sind eine Folge der illegalen Grenzöffnung im Jahr 2015 und der fortgesetzten unkontrollierten Grenzübertritte. Offensichtlich ist von der Landesregierung beabsichtigt, diese Ausgaben zu verstetigen. Die Kosten hierfür dürfen nicht zu Lasten der einheimischen Bevölkerung Deutschlands gehen.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/54

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Neu aufzunehmen:

(S. 51 des Urhaushalts 2018/2019)

„Kapitel 0303 Digitalisierung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
712 01	N	Digitalisierungsmanager	2018 2019	- -	- -	0,0 4.200,0	0,0 +4.200,0

Erläuterung:

Veranschlagt sind Mittel für die Einsetzung von jeweils zwei Digitalisierungsmanagern je Stadt- und Landkreis zur Unterstützung der IT-Infrastruktur in Schulen in den Kreisen."

22.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Den Kommunen werden Mittel zur Verfügung gestellt, um eine verbesserte Versorgung der Schulen mit IT-Fachleuten sicherzustellen. Dadurch werden die Schulen von dieser Aufgabe entlastet.

Deckung:

Die Mehrausgabe an dieser Stelle wird gedeckt durch Minderausgaben an 0331 633 08 Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/55

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 07 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Kapitel 0711 Wohnungswesen

Zu ändern:

(S. 342 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
883 79 N	411	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	2018 2019	0,0 0,0	0,0 35.000,0	0,0 0,0	0,0 -35.000,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Der Immobilienmarkt in Baden-Württemberg hat die Eigenschaft, dass immer größere Teile der Einkommen der Bürger für Wohnraum ausgegeben werden müssen. Doch eine Entlastung des Immobilienmarktes ist primär mit einer Grunderwerbsteuersenkung zu erreichen. Günstigeres Wohneigentum führt auch zu einem entlasteten Mietpreismarkt.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/56

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 08 Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen

Neu aufzunehmen:

(S. 50 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„686 85	531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2018	135,0		135,0	0,0
			2019	135,0		1.135,0	+1.000,0

Erläuterung: Es handelt sich hierbei um eine Abschußprämie für Schwarzwild in Höhe von einer Million Euro.“

26.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Afrikanische Schweinepest steht vor den Landesgrenzen von Baden-Württemberg. Es ist sicher nur eine Frage der Zeit, bis sich die Seuche in Baden-Württemberg verbreitet. Dem gilt es vorzubeugen. Fünf Bundesländer haben bereits Abschußprämien eingeführt, um die Abschußzahlen zu erhöhen und damit die Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Bisher lehnt das MLR eine Abschußprämie zur Vorbeugung ab und ist erst bei Auftreten der Seuche für Abschußprämien bereit. Wenn die Seuche bereits aufgetreten sein wird, werden die Kosten und Verluste bekanntlich weitaus höher sein. Es wird für das 1. Halbjahr 2019 eine Abschußprämie bezahlt. Der Prämienanspruch entsteht beim einzelnen Jäger nach Erreichung der Abschußzahl des jeweiligen Monats des Vorjahres. Die Prämie pro Tier beträgt € 50 sowie kostenlose ASP- und Trichinenuntersuchungen.

Deckung:

Die Mehrausgaben an dieser Stelle werden gedeckt durch Minderausgaben an EP 09 Kapitel 08 Titel 633 02 Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/57

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 08 Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen

Neu aufzunehmen:

(S. 50 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„686 86	N 531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2018	-	-	0,0	0,0
			2019	-	-	100,0	+100,0“

26.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Diese Mittel dienen als Hegegeld für Raubwild und Raubzeug. Bisher bezahlen die Hegegemeinschaften die diesbezüglichen Kosten aus ihrem Budget. Da die Leistungen der Hegegemeinschaften der Allgemeinheit dienen, ist ein Ausgleich gerechtfertigt.

Deckung:

Die Mehrausgaben an dieser Stelle werden gedeckt durch Minderausgaben an EP 09 Kapitel 08 Titel 633 02 Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/58

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0908 Integration

Zu ändern:

(S. 390 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
633 02	290	Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration	2018 2019	70.000,0 0,0	70.000,0 70.000,0	70.000,0 0,0	0,0 -70.000,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Kommunen sind nicht die Verursacher des unkontrollierten Zuzugs von Migranten nach Deutschland. Es ist ihnen daher nicht anzulasten, Integrationsmaßnahmen durchzuführen. Stattdessen sind in einem zu schaffenden Haushaltstitel Mittel für die Stadt- und Landkreise einzuplanen um dort angesiedelte Rückführungsprogramme finanziell übergangsweise zu fördern. Diese Maßnahmen entbinden die Landesregierung nicht von ihrer Verantwortung, sich hier illegal aufhaltende Menschen abzuschieben.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 08 Kapitel 02 Titel 686 85 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 08 Kapitel 02 Titel 686 86 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben EP 12 Kapitel 12 Titel 633 01 N Fit for Return

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/59

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0918 Jugendhilfe

Neu einzufügen:

(S. 93 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„633 79	266	Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2018 2019	183.504,5 183.504,5	- -	183.504,5 137.628,375	-45.876,125*

27.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Durch die flächendeckende Altersüberprüfung von angeblich minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen wird sich die die Anzahl der tatsächlich zu betreuenden Personen erheblich reduzieren. Hinsichtlich des notwendigen Zeitraums zur Überprüfung ist eine Reduzierung der Ausgaben erst nach dem ersten Halbjahr 2018 anzunehmen. Im Jahr 2019 können die Minderausgaben schon von Beginn an berücksichtigt werden.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei 0918 534 01 N Einrichtung einer Pflegekammer

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/60

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0918 Jugendhilfe

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„534 01 N	290	Altersüberprüfung von Flüchtlingen	2018 2019	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 5.000,0	0,0 +5.000,0

Erläuterung: Der Titel dient zur Finanzierung der flächendeckenden Altersüberprüfung angeblich minderjähriger und unbegleiteter Flüchtlinge.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Altersüberprüfungen, etwa in Dänemark, haben gezeigt, dass die größere Zahl der Flüchtlinge, welche nach eigenen Angaben minderjährig seien, Falschangaben hinsichtlich ihres Lebensalters machten. Es ist daher notwendig, eine flächendeckende Überprüfung bei den in Baden-Württemberg lebenden, angeblich minderjährigen und unbegleiteten, Flüchtlingen vorzunehmen. Die hierfür notwendigen Mittel werden durch diesen Titel zur Verfügung gestellt.

Deckung:

Die Mehrausgaben an dieser Stelle werden gedeckt durch Minderausgaben bei 0918 633 79 Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/61

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0920 Ältere Menschen und Pflege

Zu ändern:

(S. 398 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	547 74 N	235	Sonstige sächliche Ausgaben	2018 2019	0,0 0,0	0,0 63,6	0,0 -63,6
2.	682 74 N	235	Zuschüsse zur Einrichtung einer Pflegekammer	2018 2019	0,0 0,0	0,0 500,0	0,0 -500,0

Die Erläuterung wird gestrichen.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Einrichtung einer Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen wird abgelehnt.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/62

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0922 Gesundheitspflege

Zu ändern:

(S. 402 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
891 91A N	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser	2018 2019	0,0 0,0	307.031,0 297.209,0	307.031,0 307.031,0	0,0 +9.822,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Der Erhalt der Krankenhausstrukturen geht über die Frage der Finanzierung hinaus. Dennoch muss sichergestellt werden, dass die für Versorgung in der Fläche und wichtige Investitionen auch in den kommenden Jahren ausreichend Mittel bereitgestellt werden können.

Deckung:

Die Mehrausgabe an dieser Stelle wird gedeckt durch Minderausgaben bei EP 12 Kapitel 12 Titel 633 02 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschl. Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nachversicherungen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/63

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0922 Gesundheitspflege

Zu ändern:

(S. 403 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
893 93 A	312	Zuschüsse für Investitionen an private Krankenhäuser	2018 2019	145.950,0 141.850,0	0,0 0,0	145.950,0 145.950,0	0 +4.100,0

Die Erläuterung bleibt unverändert.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion +

Begründung

Der Erhalt der Krankenhausstrukturen geht über die Frage der Finanzierung hinaus. Dennoch muss sichergestellt werden, dass die für Versorgung in der Fläche und wichtige Investitionen auch in den kommenden Jahren ausreichend Mittel bereitgestellt werden können.

Deckung:

Die Mehrausgabe an dieser Stelle wird gedeckt durch Minderausgaben bei EP 12 Kapitel 12 Titel 633 02 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschl. Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nachversicherungen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/64

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1304 Straßenverkehr

Neu aufzunehmen:

(S. 81 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„633 77	723	Erstattung an Stadt- und Landkreise	2018	72.600,0	-	72.600,0	0,0
			2019	72.600,0	-	77.600,0	+5.000,0

Die Erläuterung wird gestrichen.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Da die Unterhaltung der Landesstraßen den Kreisen übertragen ist und dafür ein pauschaler Betrag veranschlagt wird, ist es geboten diesen Betrag den Aufgaben angemessen zu wählen. Es erscheint wirtschaftlich, kleinere z.B. Fahrbahnschäden zeitnah beheben zu können, um zu verhindern, dass sich Straßenschäden verschlimmern und zu kostenintensiven Erhaltungsaufgaben für das Land entwickeln können.

Deckung:

Die Mehrausgaben an dieser Stelle werden gedeckt durch Minderausgaben bei EP 13 Kapitel 04 Titel 63377.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/65

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1304 Straßenverkehr

Zu ändern:

(S. 514 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
786 79	723	Radwege an Landesstraßen	2018 2019	2.700,0 2.700,0	2.700,0 12.700,0	2.700,0 2.700,0	0,0 -10.000,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Seit 2017 ist es der Landesregierung nicht möglich gewesen, die Mittel für die Landesstraßen vollständig für die Straßen zu verwenden. Es ist unrealistisch, dass die Mittel für die Radwege an den Landesstraßen im Jahre 2019 tatsächlich verwendet werden können.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 13 Kapitel 04 Titel 633 77 Erstattung an Stadt- und Landkreise.

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 13 Kapitel 04 Titel 781 79 Erhaltung.

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/66

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1306 Nachhaltige Mobilität

Neu aufzunehmen:

(S. 91 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„534 80	692	Kosten für Dienstleistungen Dritter u. dgl.	2018 2019	3.177,4 3.175,2	-	3.177,4 1.630,0	0,0 -1.545,2“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es handelt sich bei den veranschlagten Mitteln weitgehend um im Sinne einer ideologiegeleiteten und in der Bevölkerung umstrittene Verkehrspolitik, was abzulehnen ist. Weitere Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.400 Tsd. Euro (2018) und 6.000 Tsd. Euro (2019) für derartige Zwecke werden gestrichen und nicht mehr ausgebracht.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/67

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1306 Nachhaltige Mobilität

Neu aufnehmen.

(S. 98 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„686 88 B 692		Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	2018 2019	1.300,0 1.300,0	- -	1.300,0 0,0	0,0 -1.300,0 ^a

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die einseitige politische Festlegung der Landesregierung auf Elektromobilität als Mobilität der Zukunft ist nicht zweckdienlich, weshalb die Landesinitiative Marktwachstum Elektromobilität III als Fehlsteuerung abzulehnen ist. Eine Mobilität der Zukunft muss aus einem freien Wettbewerb der Technologien hervorgehen. Es ist nicht Aufgabe der Steuerzahler, eine von der Politik favorisierte Technologieförderung zu finanzieren beziehungsweise durch eine administrativ geförderte Marktdurchdringung den Energie anbietenden Unternehmen die Versorgungsinfrastruktur bereit zu stellen und später als Marktteilnehmer die Wirtschaftlichkeit dieser politisch favorisierten Unternehmen zu sichern. Ferner ist es nicht Aufgabe der Steuerzahler, den Herstellern von Elektrofahrzeugen ihre Einnahmen zu gewährleisten. Letztere müssen wirtschaftliche Angebote machen und mit realen Vorteilen überzeugen. Die Infrastruktur bereit zu stellen, mittels derer ein Unternehmen sich Geschäfte erhofft, ist Aufgabe des Unternehmens selbst. Ebenso ist es deren Aufgabe, wirtschaftliche Angebote für Fuhrparks zu machen. Überdies wurden unter diesem Titel bereits 2016 1.300 Tsd. Euro veranschlagt. Funktionstüchtige und gesetzeskonforme Fahrzeuge im Landesfuhrpark sollten ausschließlich unter wirtschaftlicher und nicht unter ideologischer Maßgabe bewertet und ggf. ersetzt werden.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/68

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1306 Nachhaltige Mobilität

Neu aufzunehmen:

(S. 97 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„883 84	D 723	Planung und Bau von Radschnellverbindungen	2018 2019	3.000,0 3.000,0	- -	3.000,0 0,0	0,0 -3.000,0

Erläuterung: Für die Umsetzung von kommunalen Radschnellwegen. Über die bestehenden Pilotprojekte hinaus werden keine weiteren Baulasten vom Land übernommen. Die für den nunmehr Leertitel 883 84D 692 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 5.000 Tsd. Euro werden gestrichen und nicht mehr ausgebracht.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es besteht kein Bedarf für Radschnellwege als Modellprojekte des Landes, welche auf Jahre dringend benötigte Ressourcen binden. Für den Ausbau von Radwegen stellt der Bund dem Land jährlich 15.000 Tsd. Euro zur Verfügung. Nach dem Landesgemeindeförderungsrecht können auch Radwege mit 50 v. H. der Kosten bezuschusst werden und damit bei tatsächlichem Bedarf auch verwirklicht werden. Warum bei Radschnellwegen eine Vollfinanzierung durch das Land über die Bestimmungen des LGVFG hinaus übernommen werden soll, samt einer Unterhaltslast vergleichbar derjenigen bei den Landesstraßen, erscheint unverständlich. Die im Entwurf der Landesregierung zum Titel 833 84D 692 zusätzlich vorgesehenen 5.000 Tsd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen würden die Lasten für Radschnellwege auf insgesamt 11.000 Tsd. Euro binnen 3 Jahren (2018 bis 2020) treiben, denen absehbar kein derartige Ausgaben rechtfertigender Erkenntnisgewinn gegenübersteht. Dieses so deklarierte Modellprojekt ist als ein ideologisches Projekt der Landesregierung zu betrachten. Die für den nunmehr Leertitel 883 84D 692 von der

Seite 1 von 2

Landesregierung veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 5.000 Tsd. Euro, die im Entwurf zum Staatshaushaltsplan 2018/2019 zur Bewilligung vorgesehen sind, werden ebenfalls gestrichen und nicht mehr ausgebracht.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/69

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1306 Nachhaltige Mobilität

Zu ändern:

(S. 517 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 01 N	850	Zuführung an die Rücklage Luftreinhaltung, insbesondere für die Landeshauptstadt Stuttgart	2018 2019	0,0 0,0	105.000,0 0,0	0,0 0,0	-105.000,0 0,0

Die Erläuterung wird gestrichen.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Der Haushalt des Verkehrsministeriums ist umfangreich genug. Weitere Mittel für die Luftreinhaltung sind nicht nachvollziehbar. Fahrverbote sind durch den Aufbau der Messstationen an Orten mit realistischen Messergebnissen zu vermeiden.

Deckung:

Die Minderausgaben 2018 an dieser Stelle werden verwendet um Schulden zu tilgen bei EP 12 Kapitel 06 Titel 325 86 Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/70

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1201 Steuern

Zu ändern:

(S. 440 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
053 01	820	Grunderwerbsteuer	2018	1.770.000,0	1.910.000,0	1.910.000,0	0,0
			2019	1.825.000,0	1.960.000,0	1.372.000,0	-588.000,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die gute Einnahmesituation des Landes Baden-Württemberg muss nicht nur zu einer konsequenten Schuldentilgung führen, sondern auch zu einer Senkung der Grunderwerbsteuer. Dies trägt zu einer Entspannung auf dem Immobilienmarkt bei und entlastet Familien. Durch das Schließen einer steuerlichen Lücke, der sogenannten Share Deals, werden zusätzliche Einnahmen generiert.

Deckung:

Die Deckung dieser Mindereinnahme findet statt durch Kürzungen bei:

0105 Bürgerbeauftragter

0104 Landeszentrale für politische Bildung

0202 972 01 Globale Minderausgabe für den EPl. 02

0302 684 02 Zuschüsse an den Landesverband Baden-Württemberg der Sinti und Roma
0310 883 72 Zuweisungen und Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden
0331 534 75 Dienstleistungen Dritter u dgl.
0404 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten
0410 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten
0420 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten
0711 883 79 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden
1209 916 01N Zuführung an den Allgemeinen Grundstock
1212 916 01 Zuführung aus der Rücklage für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt
1212 633 02 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschl. Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nachversicherungen
1223 547 94 Sachaufwand
13 04 786 79 Radwege an Landesstraßen
13 06 534 80 Kosten für Dienstleistungen Dritter u. dgl.
13 06 686 88B Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland
13 06 883 84D Planung und Bau von Radschnellverbindungen
13 06 919 01 N Zuführung an die Rücklage Luftreinhaltung, insbesondere für die Landeshauptstadt Stuttgart
statt

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/71

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1205 Kommunalen Finanzausgleich

Zu ändern:

(S. 444 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
613 11	820	Grunderwerbsteuerüberlassung an die Stadt- und Landkreise nach dem örtlichen Aufkommen (§ 11 Abs. 2 FAG)	2018 2019	687.600,0 709.000,0	738.150,0 761.460,0	738.150,0 761.460,0	0,0 0,0

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„**Erläuterung:** Die Stadt- und Landkreise erhalten 38,85 v.H. der in ihrem Gebiet aufkommenden Grunderwerbsteuer. Die durch die Grunderwerbsteuersenkung fehlenden Mittel werden vollständig durch Landesmittel ersetzt.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die gute Einnahmesituation des Landes Baden-Württemberg muss nicht nur zu einer konsequenten Schuldentilgung führen, sondern auch zu einer Senkung der Grunderwerbsteuer. Das Land soll den Kommunen die fehlenden Mittel durch die Grunderwerbsteuersenkung ersetzen. Dies setzt Wohnkapazitäten frei, die sofort entsprechend eingesetzt werden können. Durch das Schließen einer steuerlichen Lücke, der sogenannten Shared Deals, werden zusätzliche Einnahmen generiert.

Deckung:

Keine Erforderlich

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/72

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1205 Kommunalen Finanzausgleich

Neu aufzunehmen:

(S. 19 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„633 07	820	Förderung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (§ 29 d Abs. 2 FAG)	2018 2019	11.000,0 11.000,0	- -	11.000,0 4.000,0	0,0 -7.000,0*

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es ist Kernaufgabe der Landesregierung eine konsequente Rückführung von illegal ins Land gekommenen Personen durchzuführen. Dies sorgt für Einsparungspotenzial bei den kommunalen Lasten im Bereich der Integration. Darüber hinaus ist es wichtig die Asylbewerber auf ihre Rückkehr in die Heimat vorzubereiten, nicht sie in Deutschland zu integrieren.

Die zusätzlichen Ausgaben für minderjährige Ausländer sind in weiten Teilen obsolet. Eine systematische Altersüberprüfung von minderjährigen Ausländern ist vorzunehmen. Bei einer solchen Prüfung in Dänemark ist aufgefallen, dass eine größere Anzahl der Altersangaben von Minderjährigen falsch ist.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/73

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1205 Kommunalen Finanzausgleich

Neu aufzunehmen:

(S. 18 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„633 01	820	Zuweisungen an Stadt- und Landkreis zur Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung (§ 18 Abs. 3 FAG)	2018 2019	193.800,0 193.800,0	- -	193.800,0 721.800,0	 +528.000,0

Erläuterung:

Die Entnahme findet bei 1212 916 01 statt.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es ist ein Gebot der Bildungschancengleichheit, jedem Kind die Schülerbeförderung zu ermöglichen. Die gute finanzielle Lage des Landes muss zum Wohle der Baden-Würtemberger eingesetzt werden. Dies bedeutet auch die Finanzierung der kostenlosen Schülerbeförderung für alle Schüler in Baden-Württemberg durchzusetzen.

Deckung:

Die Deckung findet durch eine niedrigere Zuführung bei 1212 919 01 „Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken“ statt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/74

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1206 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Zu ändern:

(S. 448 des Nachtragshaushaltes)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
325 86	830	Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	2018 2019	-250.000,0 -250.000,0	-250.000 -750.000	-455.000,0 -817.999,0	-205.000,0 -564.012,7

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Landesregierung ist in der Pflicht Schulden zu tilgen.

Deckung:

Die Deckung dieser Mehrausgaben findet 2018 durch Minderausgaben bei EP 12 Kapitel 09 Zuführung an den Allgemeinen Grundstock statt.

Die Deckung dieser Mehrausgaben findet 2018 durch Minderausgaben bei EP 13 Kapitel 06 Titel 786 79 Zuführung an die Rücklage Luftreinhaltung, insbesondere für die Landeshauptstadt Stuttgart.

Die Deckung dieser Mehrausgaben findet durch Kürzungen bei EP 03 Kapitel 31 Titel 633 08 Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/75

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1208 Staatlicher Hochbau

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„711 05 N		Neubau Abschiebehaftplätze	2018 2019	- -	- -	0,0 20.000,0	0,0 +20.000,0“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Abschiebehaftanstalt in Pforzheim hatte von Januar bis April 2018 eine ansteigende Belegungsrate. Diese Rate lag zuletzt bei 92,2 Prozent. Darüber hinaus ist die Landesregierung in Verantwortung die Abschiebezahlen zu steigern – hierfür benötigt Baden-Württemberg zusätzliche Abschiebehaftplätze.

Die Deckung an dieser Stelle findet durch Minderausgaben bei EP 09 Kapitel 08 Titel 633 02 Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration statt

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/76

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1209 Staatsvermögen

Zu ändern:

(S. 477 des Nachtragshaushaltes)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
916 01 N	850	Zuführung an den Allgemeinen Grundstock	2018 2019	0,0 0,0	100.000 150.000	0,0 0,0	-100.000,0 -150.000,0

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Landesregierung ist in der Pflicht Schulden zu tilgen.

Deckung:

Die Minderausgaben 2018 an dieser Stelle werden verwendet um Schulden zu tilgen bei EP 12 Kapitel 06 Titel 325 86 Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/77

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

(S.485 des Nachtragshaushalts)

Titel 359 07 N Entnahme aus der Rücklage für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt

und Titel 919 07 N

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 07 N	850	Zuführung aus der Rücklage für das Arbeitsprogramm Gesellschaftlichen Zusammenhalt	2018 2019	0,0 0,0	0,0 10.000	0,0 0,0	0,0 -10.000,0

zu streichen.

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es werden hier pauschal 10 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt, ohne genaue Planung. Es bestehen somit weder exakte Pläne für dieses Projekt, noch kann die Landesregierung beziffern, was sie für die verschiedenen Aufgaben genau ausgeben möchte. Der Finanzausschuss und der Landtag vergeben keine Blankoschecks für Projekte, sondern geben eine Mittelverwendung vor. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um eine ideologische Mittelverwendung – ohne genaue Projektbeschreibung.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/78

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 486 des Nachtragshaushaltes)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
416 01	820	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschl. Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nach- versicherungen	2018 2019	467.740,2 660.788,5	467.740,2 660.788,5	467.740,2 618.788,5	0,0 -42.000

Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt:

„Erläuterung:
Weniger aufgrund des §2 des Nachtrages – Stel-
leneinsparverpflichtungen“.

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Es ist ein Gebot der Zeit, dass der Haushalt für die Zukunft vorbereitet wird. Daraus ergibt sich die Stelleneinsparverpflichtung von 1480 Personen. Alleine für 2019 ist die Landesregierung in Verantwortung 727 Stellen zu kürzen.

Deckung:

Die Minderausgaben an dieser Stelle dienen der Deckung der Mehrausgabe an EP 09 Kapitel 22 Titel 891 91 Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser

Die Minderausgaben an dieser Stelle dienen der Deckung der Mehrausgabe an EP 09 Kapitel 22 Titel 633 02 Zuschüsse für Investitionen an private Krankenhäuser

Die Minderausgaben an dieser Stelle dienen der Deckung der Minderausgabe bei EP 12 Kapitel 01 Titel 053 01 Grunderwerbsteu-
ersenkung

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/79

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„633 01 N	830	Fit For Return	2018 2019	- -	- -	0,0 50.000,0	0,0 +50.000,0“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Das Hauptaugenmerk der Landesregierung darf nicht auf der Integration der Asylbewerber liegen, sondern auf der Vorbereitung auf die Rückkehr in die Heimat. Syrien ist weitgehend befriedet. Das Programm Fit For Return dient dazu die Rückreisenden auf ihre Aufbauarbeit in der Heimat vorzubereiten. Diese Personen können auch als Botschafter für Deutschland in der Heimat dienen.

Die Deckung an dieser Stelle findet durch Minderausgaben bei EP 09 Kapitel 08 Titel 633 02 Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration statt

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/80

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 487 des Nachtragshaushaltes)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 01 N	850	Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken	2018 2019	37.385,3 19.020,0	963.595,5 32.193,4	37.385,25 118.660,24	-926.210,25 +86.466,84

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Der Haushaltsvermerk wird wie folgt gefasst:

„Die Rücklage dient der Vorsorge

- für kostenlose Schülerbeförderung,
- für die angemessene Erstattung der bisher angefallenen Asylkosten in Stadt- und Landkreisen,
- für Kostenrisiken aufgrund von Neuberechnungen gemäß Privatschulgesetz,
- für die Bedarfe aufgrund des Bundesteilhabegesetzes,
- für die Bedarfe aufgrund der Novellierung des Unterhaltsvorschussgesetzes,
- für die bau- und liegenschaftsbezogenen Bedarfe für Unterbringungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Einstellungsoffensiven der Polizei,
- für Kostenrisiken aufgrund steigender Patientenzahlen im Maßregelvollzug sowie für den Ausgleich von Steuermindereinnahmen im Haushaltsvollzug.“

Der Erläuterung wird folgender Satz angefügt:

„Die Rücklage dient als Entnahme.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die gute finanzielle Lage des Landes muss zum Wohle der Baden-Württemberger eingesetzt werden. Dies bedeutet auch die Finanzierung der kostenlosen Schülerbeförderung für alle Schüler in Baden-Württemberg zu erlauben. Weiterhin ist der Ausbau von Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum zentral für das Land. Da bei der Verabschiedung des Haushaltes, nur noch sieben Arbeitstage verfügbar sind, wird die Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken im Jahr 2019 vereinnahmt. Diese Rücklage für Haushalttrisiken wird vermindert durch Ausgaben.

Deckung:

Die niedrigeren Zuführungen an dieser Stelle dienen der Deckung von Mehrausgaben an EP 12 Kapitel 05 Titel 633 02 Zuweisungen an Stadt- und Landkreis zur Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung (§ 18 Abs. 3 FAG).

Die niedrigeren Zuführungen an dieser Stelle dienen der Deckung von Mehrausgaben an EP03 Kapitel 03 Titel 883 70B Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/81

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1223 Zukunftsinvestitionen

Neu aufzunehmen:

(S. 275-277 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

1. „94 Digitalisierung

Die Erläuterung wird wie folgt geändert:

Die Zeile „Nummer 34 Leuchtturmprojekt: „Digitale Bildungsplattform KM 12.786,3 | 11.200,0“ wird gestrichen.

2.	547 94	011 Sachaufwand	2018	140.000,0	-	140.000,0	0,0
			2019	125.000,0	-	101.013,7	-20.000*

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Bildungsplattform Ella ist gescheitert. Deswegen stehen die nicht verwendeten Mittel wieder frei zur Verfügung.

Deckung:

Die Minderausgaben an dieser Stelle werden verwendet um Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 053 01 Grunderwerbsteuersenkung decken.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/82

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 14 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Kapitel 1402 Allgemeine Bewilligungen

Neu einzufügen:

(S. 31 des Urhaushaltes 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„429 76	133	Personalaufwand	2018	3.800,0	-	3.800,0	0,0
			2019	3.800,0	-	0,0	-3.800

Die Erläuterung wird gestrichen.“

23.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die von der Landesregierung verfolgte Initiative zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wissenschaft und Kunst hat zur Annahme, dass es eine Privilegierung der Männer in der Wissenschaft gibt. Diese Annahme ist nicht zutreffend, weshalb alle mit ihr verbundenen Programme und Maßnahmen zu streichen sind. Eine Ausweitung seit 2016 um fast das Vierfache ist zudem nicht zu rechtfertigen.

Hier wird eine Genderideologie verbreitet, die wissenschaftlichen Standards nicht entspricht.

Deckung:

Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mindereinnahmen bei EP 12 Kapitel 01 Titel 054 01 Grunderwerbsteuer.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/83

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1208 Staatlicher Hochbau

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„715 16 N		Neu- und Umbaumaßnahmen Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen	2018 2019	- -	- -	0,0 15.000,0	0,0 +15.000,0
		„Erläuterung: Veranschlagt sind die Mittel für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für die Hochschule der Polizei Baden-Württemberg in Villingen- Schwenningen.“					

22.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Die Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand und ist schon heute für die hohe Zahl der Studenten zu klein. Die Studentenzahlen werden durch die Einstellungsoffensiven der Landesregierung stark steigen. Dem soll durch Anmietungen im Stadtgebiet begegnet werden. Dies wäre jedoch kostenintensiver und weniger nachhaltig als Investitionen in den bestehenden Standort.

Deckung:

Die Mehrausgabe an dieser Stelle wird gedeckt durch Minderausgaben an 0331 633 08 Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/84

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„685 02 N 011		Zuschuss für das Bürgerfest in Karlsruhe anlässlich des 70. Jubiläums des Grundgesetzes	2018 2019	- -	- -	- 90,0	- +90,0

Erläuterung: Mehr aufgrund einer einmaligen anteiligen Mitfinanzierung Bund/Land/Stadt Karlsruhe.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes findet 2019 in Karlsruhe ein Bürgerfest unter dem Motto „Verfassungsfest“ statt. Als „Stadt des Rechts“ mit dem Sitz des BVerfG und des BGH will Karlsruhe dieses Jubiläum zusammen mit Bund und Land würdigen und zugleich mit dem geplanten Forum Recht verknüpfen. Die Hauptfinanzierung erfolgt durch die Stadt Karlsruhe. Aufgrund der übergeordneten Bedeutung hat bereits der Bund einen Zuschuss von 90 Tsd. Euro zugesagt. Das Land sollte sich mit Blick auf den wichtigen Justizstandort Karlsruhe in gleicher Höhe wie der Bund an den Kosten beteiligen. Bei anstehenden Maßnahmen tritt für das Land Baden-Württemberg neben dem Staatsministerium auch das Ministerium der Justiz und für Europa gemeinschaftlich auf.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/85

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1301 Ministerium

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 114 und 116 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil								
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)			
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte									
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte									
A 12		Amtsrat – 1/1/1 Beschäftigt aus Kap. 1212 Tit 42280 –	12,5	12,5	12,5	0,0	12,5	13,5	13,5	0,0	
1.		„kw spätestens ab 01.01.2020 – JobTicket BW“	*1,0		*1,0	*0,0	*1,0	*1,0	*0,0	*-1,0	
428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)									
		c) Tarifliche Beschäftigte									
14			5,0		5,0	0,0	5,0		5,0	0,0	
2.		„kw spätestens ab 01.01.2020“	*1,0		1,0	*0,0	*1,0		*0,0	*-1,0	

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Mit dem Wegfall des kw-Vermerks für die Beamtenstelle A 12 soll die unbefristete Fortführung und die Weiterentwicklung des JobTicket BW als ständige Maßnahmen zur Verbesserung der Luftreinhaltung sichergestellt werden. Die Stelle wird vollständig aus dem JobTicket-Budget bei Kap. 1212 TG 80 finanziert und ist daher ohne zusätzliche Belastung für den Gesamthaushalt, allerdings wird das verfügbare JobTicket-Budget dadurch entsprechend höher in Anspruch genommen.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten (Vision Zero) erfordert vielfältige Maßnahmen wie insbesondere die Überarbeitung und Fortschreibung des Verkehrssicherheitskonzepts und eine optimierte Nutzung der Potenziale von Assistenzsystemen und des Autonomen Fahrens. Da sich das Thema Verkehrssicherheit zu einer Daueraufgabe entwickelt hat, soll der entsprechende kw-Vermerk für die Stelle EG 14 TV-L entfallen. Die strukturelle Gegenfinanzierung erfolgt aus Kapitel 1306. Der Wegfall der kw-Vermerke erfolgt deshalb ohne Belastung für den Gesamthaushalt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/86

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 503 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
972 07	880	Globale Minderausgabe	2018 2019	-8.205,0 -5.010,6	-9.485,0 -6.290,6	-11.985,0 -8.790,6	-2.500,0 -2.500,0

**Der letzte Satz der Erläuterung wird wie folgt
gefasst:**

„Erhöhung um jeweils 3.780 Tsd. EUR zur Deckung
der Mehrausgaben bei Kap.1303 Tit. 631 02,
Tit. 682 88B und Kapitel 1304 Tit. 631 77.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Der Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg führt im Auftrag des Landes aus Baumitteln die für die Unterhaltung der Bundesfernstraßen erforderlichen Hochbauvorhaben aus. Für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht sind die Verwaltungskosten nach den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) vom Land zu erstatten, soweit diese Hochbauten der gemeinsamen Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen dienen. Der Bedarf beim Titel 1304 631 77 liegt inzwischen

über dem Planansatz. Der erhöhte Bedarf resultiert v.a. dadurch, dass seitens der staatlichen Hochbauämter die Aufwände zeitverzögert abgerechnet werden, häufig auch aus mehreren Jahren. Dadurch ist der Mittelbedarf nur schwer planbar. Deshalb wird der Ansatz bei Kap. 1304 Tit. 631 77 um 2,5 Mio. Euro erhöht und korrespondierend die Globale Minderausgabe 2,5 Mio. Euro erhöht, um die Haushaltsneutralität zu wahren.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/87

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE
und der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1303 Öffentlicher Verkehr

Zu ändern:

(S. 509 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

891 99 741 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen

Die Verpflichtungsermächtigungen werden wie folgt gefasst:

	„2018	2019
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	10.000,0	92.000,0
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2019bis zu	10.000,0	0,0
Haushaltsjahr 2020 ff.....bis zu	0,0	92.000,0"

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

"Vorgesehen sind folgende Maßnahmen:	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
<i>Erläuterungsziffern 1 und 3 bis 4 unverändert</i>		
2. Beteiligung des Landes am Neubau des Bahnhofs Merklingen an der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm bis zu insgesamt 40,0 Mio. EUR. Verpflichtungsermächtigung 2019 über 10 Mio. EUR, fällig 2020 ff.	4.900,0	3.300,0
5. Beteiligung des Landes am Projekt Große Wendlinger Kurve. Verpflichtungsermächtigung 2019 über 82 Mio. EUR, fällig 2020 ff.	0,0	0,0
6. Zuschüsse zur Kofinanzierung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms II des Bundes. Verpflichtungsermächtigung 2017 über 10.000 Tsd. EUR, fällig 2018: 6.000 Tsd. EUR und 2019: 4.000 Tsd. EUR, finanziert aus der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen; s. auch Kap. 1212. Tit. 359 05	0,0	0,0
zus.	13.150,0	25.600,0

Die Ziffern 1 bis 4 werden aus Regionalisierungsmitteln des Bundes finanziert, die Ziffer 5 wird aus Drittmitteln finanziert.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln					
		2017	2018	2019	2020	2021	2022 ff.
bis 2016	38.855,0	6.305,0	5.150,0	11.600,0	3.800,0	6.000,0	6.000,0
2017	10.000,0	0,0	6.000,0	4.000,0	0,0	0,0	0,0
2018	10.000,0	0,0	0,0	10.000,0	0,0	0,0	0,0
2019	92.000,0	0,0	0,0	0,0	92.000,0*	0,0	0,0
zus.	150.855,0	6.305,0	11.150,0	25.600,0	95.800,0	6.000,0	6.000,0

Die entstehenden Vorbelastungen der Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2019 werden vollständig aus Drittmitteln finanziert.

* Die Fälligkeit der Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 92 Mio. EUR ist für die Jahre 2020 ff. vorgesehen, jahresbezogene Beträge waren zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht bekannt."

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindloh, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Entsprechend dem Realisierungs- und Finanzierungsvertrag (RuFV) für den Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb) sind anfallende Mehrkosten durch das Land Baden-Württemberg zu tragen. Die Deutsche Bahn als Vorhabensträgerin für das Projekt hat trotz Bemühungen zur Kostenoptimierung absehbare Mehrkosten in Höhe von rund 10 Mio. Euro ermittelt und eine Kostenfortschreibung entsprechend dem RuFV angekündigt. Damit die Realisierung dieses für den Regionalverkehr und die Landesentwicklung wichtige Projekt nicht gefährdet wird, ist die Übernahme dieser Mehrkosten durch das Land notwendig. Die Mehrkosten resultieren insb. aus der schwierigen Marktsituation bei der Vergabe von Bau- und Planungsleistungen sowie der aufwendigen Erdbaumaßnahmen und Entsorgung. Hierzu wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2019 benötigt.

Die entstehenden Vorbelastungen aus dieser Verpflichtungsermächtigung werden aus Drittmitteln finanziert. Mit der Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung ist keine Erhöhung der Planansätze verbunden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/88

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 **Ministerium für Verkehr**

Kapitel 1304 **Straßenverkehr**

Zu ändern:

(S. 511 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

231 01 722 Erstattungen von Kosten der Entwurfsbearbeitung
und Bauaufsicht sowie bodenkundlicher Untersu-
chungen durch den Bund

**Satz 2 der Erläuterung wird wie folgt
gefasst:**

„Mehreinnahmen daraus stehen für Mehrausga-
ben bei Tit. 534 03 zur Verfügung, vgl. Vermerk
und Erläuterungen bei Tit. 534 03.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Aufgrund des insgesamt hohen Investitionsvolumens im Straßenbau und der hohen Auslastung des Personalbestandes ist es erforderlich, Ingenieurleistungen für die Planung und die Bauüberwachung von Neu-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen an Bundesfern- und Landstraßen zu vergeben. Daher besteht ein erhöhter Mittelbedarf und es wird auf eine Begrenzung der Ausgabenermächtigung verzichtet.

Der bisherige Haushaltsansatz bleibt unverändert bei 20 Mio. Euro bestehen. Diese fließen den allgemeinen Haushalteinnahmen zu. Die Erhöhung der Zweckausgabenpauschale und die Möglichkeit diese zusätzlichen Einnahmen für die Planungsmittel im Straßenbau zu verwenden schafft eine flexiblere Steuerung der Investitionsmittel im Straßenbau. Dies gilt sowohl beim Aus- und Neubau, als auch bei den Erhaltungsmaßnahmen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/89

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 **Ministerium für Verkehr**

Kapitel 1304 **Straßenverkehr**

Zu ändern:

(S. 512 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

534 03 711 Dienstleitungen Dritter u. dgl. für die Planung,
Bauüberwachung und Ausführung von Straßenbau-
vorhaben

**Satz 1 des Haushaltsvermerkes wird wie
folgt gefasst:**

„Die Ausgabeermächtigung erhöht sich *um die Mehreinnahmen bei Tit. 231 01 sowie um die Wenigerausgaben bei Tit. 428 08, Tit.Gr. 68 und Tit.Gr. 79.*“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Aufgrund des insgesamt hohen Investitionsvolumens im Straßenbau und der hohen Auslastung des Personalbestandes ist es erforderlich, Ingenieurleistungen für die Planung und die Bauüberwachung von Neu-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen an Bundesfern- und Landstraßen zu vergeben. Daher besteht ein erhöhter Mittelbedarf und es wird auf eine Begrenzung der Ausgabeermächtigung verzichtet.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/90

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 13 Ministerium für Verkehr

Kapitel 1304 Straßenverkehr

Neu aufzunehmen:

(S.80 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
631 77	723	Erstattung von Verwaltungskosten an den Bund für die bautechnische Unterhaltung der Bundesgeräthöfe etc. durch den Landesbetrieb Bundesbau BW	2018 2019	257,0 257,0		2.757,0 2.757,0	2.500,0 2.500,0

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„Mehr aufgrund zusätzlicher Baumaßnahmen und Abrechnungen für mehrere Jahre. Übrige Erläuterungen unverändert.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Der Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg führt im Auftrag des Landes aus Baumitteln die für die Unterhaltung der Bundesfernstraßen erforderlichen Hochbauvorhaben aus. Für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht sind die Verwaltungskosten nach den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) vom Land zu erstatten, soweit diese Hochbauten der gemeinsamen Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen dienen. Der Bedarf beim Titel 631 77 liegt inzwischen über dem Planansatz. Der erhöhte Bedarf resultiert v. a. dadurch, dass seitens der staatlichen Hochbauämter die Aufwände zeitverzögert abgerechnet werden, häufig auch aus mehreren Jahren. Dadurch ist der Mittelbedarf nur schwer planbar.

Deshalb wird der Ansatz bei Kap. 1304 Tit. 631 77 um 2,5 Mio. Euro erhöht und korrespondierend die Globale Minderausgabe 2,5 Mio. Euro erhöht, um die Haushaltsneutralität zu wahren.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/91

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von
Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Neu aufzunehmen:

(S. 65 des Urhaushalts 2018/2019)

„Kapitel 1005 Wasser und Boden

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR neu	mehr weniger Tsd. EUR nachrichtlich
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR		
83		Wasserversorgung					
883 83	623	Zuweisungen an Wasserversorgungsgruppen und Gemeinden zum Bau von Wasserversorgungsanlagen, Weiterentwicklung von Aufbereitungstechnologien					
			2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR			
		Verpflichtungsermächtigung	15.000,0	30.000,0			
		Davon zur Zahlung fällig im					
		Haushaltsjahr 2019.....bis zu	7.000,0	0,0			
		Haushaltsjahr 2020.....bis zu	4.000,0	23.000,0			
		Haushaltsjahr 2021.....bis zu	2.000,0	4.000,0			
		Haushaltsjahr 2022.....bis zu	2.000,0	2.000,0			
		Haushaltsjahr 2023.....bis zu	0,0	1.000,0			

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR neu	mehr weniger Tsd. EUR nachrichtlich		
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR				
Erläuterung:									
Übersicht über die Verpflichtungsermächtigung und ihre Abdeckung									
		Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln					
				2018	2019	2020	2021	2022	2023
		bis 2016	10.000,0	8.900,0	1.100,0	-	-	-	-
		2017	12.503,0	7.000,0	5.503,0	-	-	-	-
		2018	15.000,0	-	7.000,0	4.000,0	2.000,0	2.000,0	-
		2019	30.000,0	-	-	23.000,0	4.000,0	2.000,0	1.000,0
		zus.	67.503,0	15.900,0	13.603,0	27.000,0	6.000,0	4.000,0	1.000,0

Für Neubewilligungen stehen zur Verfügung:

		2018		2019	
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1.	Haushaltsmittel	17.900,0	14.000,0		
2.	Abzüglich fällige Verpflichtungsermächtigungen	15.900,0	13.603,0		
3.	Zuzüglich neue Verpflichtungsermächtigungen	15.000,0	30.000,0		
	Programmvolumen	17.000,0	30.397,0		

*Im Übrigen Erläuterungen unverändert**

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion

Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Es hat sich gezeigt, dass im Bereich der Wasserversorgung der Bedarf deutlich angestiegen ist. Die Verpflichtungsermächtigung muss deshalb im Jahr 2019 um 15 Mio. Euro erhöht werden, zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2020. Im Jahr 2019 können damit Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 30,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/92

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 63 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. 441 01	840	Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfänger/innen)	2018 2019	22.241,4 22.470,7	22.241,4 22.587,2	- 22.608,0	0,0 +20,8

Kapitel 0330 Ausländer und Aussiedler

Neu aufzunehmen:

(S. 344, 357 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
2 „422 01	043	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	7.705,1 8.086,4	- -	- 8.823,2	0,0 +736,8“

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
3. „511 75	043	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2018 2019	662,6 656,7		- 692,7	0,0 +36,0**

In Ziffer 1 der Erläuterung wird im Jahr 2019 die Zahl „366,6“ durch die Zahl „402,6“ und die Gesamtsumme „656,7“ durch „692,7“ ersetzt.

Im Stellenteil neu aufzunehmen:
(S. 648 bis 649 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtragshaushalt)			2019 bisher (Ursprungshaushalt)	2019 neu (Nachtragshaushalt)		
"422 01	043	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
		2. Ausländerrechtliche Verfahren, Abschiebungshafteinrichtung								
		2.1 Asylrecht, Rückführung, Ausweisung								
4.	B 3	Ministerialrat	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	1,0	+ 1,0
5.	A 16	Leitender Regierungsdirektor	3,0	-	3,0	0,0	3,0	-	4,0	+ 1,0
6.	A 15	Regierungsdirektor	5,0	-	5,0	0,0	5,0	-	10,0	+ 5,0
7.	A 13	Oberamtsrat (R)	35,0	-	35,0	0,0	35,0	-	37,0	+ 2,0
8.	A 12	Amtsrat (R)	50,5	-	50,5	0,0	50,5	-	51,5	+ 1,0
9.	A 9	Amtsinspektor (R)	49,5	-	49,5	0,0	49,5	-	50,5	+ 1,0**

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Beim Innenministerium wurde zu Beginn des Jahres 2018 ein „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ eingerichtet, um sich im Rahmen eines Fallmanagements der Beseitigung von Abschiebungshindernissen bei Mehrfach- und Intensivstraftätern, Personen, die die Sicherheit unseres Landes gefährden, sowie Integrationsverweigerern anzunehmen. Der „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ ist eine zentrale Ansprech- und Koordinierungsstelle. In den von hoher Komplexität geprägten Verfahren bis zur Ausreise bzw. Abschiebung hat der Sonderstab dabei im Wesentlichen die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den Landesbehörden wie dem Ministerium für Justiz und Europa oder dem Landeskriminalamt sowie mit den Bundesbehörden wie dem Bundesministerium des Innern oder der Bundespolizei und der gemeinsamen Bund/Länder-Einrichtung „Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr“ die Schnittstellen zu optimieren und somit eine nachhaltige Beschleunigung der Verfahren zu erreichen. Dies geschieht beispielsweise in der Form, dass in besonders schwierigen Fallkonstellationen die Identitätsklärung vorangebracht und die Beschaffung von Passpapieren aus den Heimatländern für die Rückreise unterstützt wird. Für den Fall, dass eine Abschiebung vorläufig nicht möglich ist, stößt der „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ eine Sanktionskette an, wobei die Sanktionen selbst von den jeweils zuständigen Behörden veranlasst werden. So kann die betroffene Person beispielsweise ausgewiesen, mit räumlichen Beschränkungen und Meldeauflagen versehen werden, in eine andere Unterkunft verlegt werden oder ihr können im Falle der Verletzung von Mitwirkungspflichtigen finanzielle Leistungen gekürzt werden. Der „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ unterstützt und berät die zuständigen Behörden dabei und veranstaltet auch Fallkonferenzen.

Um eine schnelle Arbeitsaufnahme zu ermöglichen, wurde der „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ vorübergehend aus dem Stellen- bzw. Personalbestand des Innenministeriums – und hier insbesondere aus der für das Ausländerrecht zuständigen Abteilung 4 – gebildet, wo ohnehin gerade in dem für das Ausländer- und Asylrecht zuständigen Referat ein akuter Personalbedarf bestand. Dass Abteilung 4 zugunsten des Sonderstabs vorübergehend auf Personalressourcen verzichtet hat, bedeutet letztendlich, dass Abteilung 4 zugunsten des Sonderstabs derzeit mit weniger Personal auskommen muss.

Es ist unbestritten, dass sich der Sonderstab bewährt hat und seine Arbeit im Interesse der Sicherheit des Landes fortgesetzt werden muss. Es ist daher unumgänglich, dass die Arbeitsfähigkeit des Sonderstabs langfristig gesichert werden und er mit den entsprechenden Stellen ausgestattet werden muss, um die seinerzeit gesetzten Ziele weiterhin verfolgen und erreichen zu können. Ein weiterer Zugriff auf Personal der Abteilung 4 ist nicht zu rechtfertigen. Dafür ist beim Innenministerium der Zugang von 4 Stellen unumgänglich.

Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen des zunächst nur auf der Ebene der Obersten Landesbehörde eingerichteten „Sonderstabs Gefährliche Ausländer“ soll diese Einrichtung nunmehr regional auf alle vier Regierungspräsidien erweitert werden. Als Pilot soll beim Regierungspräsidium Freiburg ein „Regionaler Sonderstab Gefährliche Ausländer“ eingerichtet werden. Aufgrund der Bedeutung der zu erledigenden Aufgaben soll dieser regionale Sonderstab Gefährliche Ausländer dem Regierungsvizepräsident als Stabsstelle unmittelbar unterstellt werden. Um das Regierungspräsidium Freiburg in die Lage zu versetzen, diese sehr wichtigen und im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Aufgaben zu bewältigen, sind 4 Stellen erforderlich.

Die Tätigkeit des Sonderstabs beim Innenministerium bedingt und hat auch zur Folge, dass auch der Aufgabenbereich des Ausländerrechts und der Aufenthaltsbeendigung in der Linienorganisation entsprechend maßvoll personell und stellenmäßig aufgestockt werden muss, um dem gesetzten Zielen gerecht zu werden. Dies betrifft sowohl das entsprechende Fachreferat beim Innenministerium mit einem Stellenbedarf von 2 Stellen (Kompensation des Wegfalls von 2 kw-Vermerken zum 01.01.2019) als auch die für die landesweite Aufenthaltsbeendigung zuständige Abteilung 8 beim Regierungspräsidium Karlsruhe mit einem Stellenbedarf von einer zusätzlichen Stelle.

Die Zuführung zum Versorgungsfonds im Umfang von 54,0 Tsd. EUR (Kap. 1212 Tit. 919 10) erfolgt in einem gesonderten Antrag.

Parallel hierzu erstellt das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) derzeit eine Gesamtkonzeption Mehrfach- und Intensivtäter Baden-Württemberg (MIT-BW). In einem ganzheitlichen Ansatz werden die bislang landesweit nach deliktischen Schwerpunkten und Nationalitäten getrennten, landesweit umgesetzten Konzeptionen gebündelt.

Durch eine zentralisierte und standardisierte Bearbeitung bei den regionalen Polizeipräsidien mit klarem Fokus auf die besondere Problemgruppe der Mehrfach- und Intensivtäter soll im Zuge eines gezielten und täterorientierten Vorgehens sowie durch ursachenorientierte präventivpolizeiliche und konsequente repressive Maßnahmen eine nachhaltige Reduzierung der Kriminalitäts-

belastung und eine damit verbundene Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung erreicht werden. Parallel dazu sollen Bearbeitungszeiten verkürzt und Maßnahmen verschiedener Behörden passgenauer auf die Mehrfach- und Intensivtäter abgestimmt werden.

Das LKA BW richtet hierzu eine zentrale Clearingstelle mit folgenden Aufgabenschwerpunkten ein:

- Identifizierung potenzieller MIT-BW anhand eines Scoring-Verfahrens
- Einstufung von Personen als MIT-BW in Abstimmung mit den regionalen Polizeipräsidien
- Sicherstellung eines kontinuierlichen und umfassenden Informationsaustausches
- Einrichtung des Arbeitskreises MIT-BW und Durchführung anlassbezogener Dienstbesprechungen
- Ermittlungsunterstützung für die regionalen Polizeipräsidien
- verfahrensinitierende personenorientierte Auswertung zur frühzeitigen Anregung von Sammelverfahren

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/93

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 63 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

66 Aufwand für die Portalplattform „service-bw“ und für E-Bürgerdienste im Rahmen des Programmbudgets Medien sowie für FÖBIS

Der Haushaltsvermerk bei Kap. 0302 TG 66 wird um folgenden neuen Satz 2 ergänzt:

„Die Ausgabeermächtigung erhöht sich bei Tit. 534 66 um die Höhe der Einsparungen bei Kap.1205 Tit. 613 72A.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Das Land Baden-Württemberg, der Gemeindetag Baden-Württemberg, der Städtetag Baden-Württemberg und der Landkreistag Baden-Württemberg setzen als Kooperationspartner das Onlinezugangsgesetz (OZG) gemeinsam um. Sie werden bis 2022 die wichtigsten Verwaltungsleistungen in Form standardisierter, digitaler Prozesse auf „service-bw“ zur Nutzung durch alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Baden-Württemberg bereitstellen. Die kommunalen Landesverbände haben dafür die Finanzierung eines entsprechenden kommunalen Anteils in Höhe von 1.500 Tsd. EUR pro Jahr zuzüglich Betriebskosten von maximal

200 Tsd. EUR pro Jahr, durch Vorwegentnahme aus der Finanzausgleichsmasse A (FAG-Mittel) zugesagt. Der Verstärkungsvermerk zugunsten Kap. 0302 Tit. 534 66 ist haushaltsneutral und zur verwaltungsmäßigen Umsetzung erforderlich. Das FAG wird entsprechend geändert.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/94

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0306 Regierungspräsidium Freiburg

Zu ändern:

(S. 72 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. 422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	33.510,6 33.477,6	33.510,6 33.833,4	33.510,6 34.053,3	0,0 219,9

sowie den Haushaltsvermerk zur Personalausgabenbudgetierung entsprechend anzupassen.

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 550 - 551 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil								
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)			
422 01	012	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte									
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte									
		1. Regierungspräsidium									
2.	A 14	Oberbaurat	56,5	-	56,5	0,0	59,5	-	60,5	+ 1,0	
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	-	* 0,0	0,0	* 0,0	-	* 1,0	+ 1,0	
3.	A 12	Amtsrat (Bau)	49,0	-	49,0	0,0	49,5	-	52,0	+ 2,5	
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	-	* 0,0	0,0	* 0,0	-	* 2,5	+ 2,5	

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen."

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Beim Regierungspräsidium Freiburg sind 3,5 kw-Vermerke bei Stellen im Zusammenhang mit dem Vollzug der Baustellenaufsicht (Arbeitsschutz) im Rahmen des Tunnelbaus für das Großprojekt Stuttgart 21 und Schnellbahnstrecke Wendlingen Ulm über den 01.01.2019 hinaus um zunächst zwei Jahre bis zum 01.01.2021 zu verlängern. Im Urhaushalt 2018/2019 war der kw-Vollzug zum 01.01.2019 vorgesehen.

Die 3,5 Stellen sind dem Referat „Landesbergdirektion“ des Regierungspräsidiums Freiburg zugeordnet. Die „Landesbergdirektion“ nimmt landesweit Aufgaben im Bereich der Hohlrumbaute (z.B. Tunnelbaustellen) wahr. Die Stellen sind dazu bestimmt, um die Aufgabe der Aufsicht in den Tunnelbaustellen durch die dortigen Spezialisten für die Arbeitssicherheit durchzuführen. Weit überwiegend ist die Rohbauphase der Tunnel in vollem Gange. Anhand der aktuellen Baustandsübersicht der Deutschen Bahn (DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH) ist nunmehr konkret absehbar, dass weiterhin Kapazitäten für die Baustellenaufsicht erforderlich sind (11. Projektbeiratssitzung am 05.11.2018). Die Überwachung der Tunnelbaustellen des Großprojekts Stuttgart 21 und der Neubaubahnstrecke Wendlingen-Ulm durch die „Landesbergdirektion“ muss weiter gewährleistet werden.

Daher ist die Verlängerung des kw-Vermerks zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Vollzugs der Baustellenaufsicht angesichts der Bedeutung, Wichtigkeit und Auswirkung des Projekts unumgänglich.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/95

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 **Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration**

Kapitel 0310 **Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krisenmanagement**

Neu aufzunehmen:

(S.215, 232 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„883 72	044	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2018 2019	37.007,5 39.414,5		36.007,5 38.414,5	-1.000,0 -1.000,0

Die Erläuterungen zu Titel 883 72 und zu Tit. Gr. 72
sowie die Vorbemerkung zu Kap. 0310 sind ent-
sprechend anzupassen.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die Steuerschätzung vom 23. bis 25. Oktober 2018 hat für Baden-Württemberg u. a. einen Rückgang des Feuerschutzsteueraufkommens auf 63 Mio. Euro im Jahr 2018 und auf 65 Mio. Euro im Jahr 2019 ergeben. Bislang wurde von einem Feuerschutzsteueraufkommen in Höhe von 64 bzw. 66 Mio. Euro ausgegangen. Mit dem Antrag soll die aktuelle Schätzung des Feuerschutzsteueraufkommens in den Staatshaushaltsplan 2018/2019 übernommen werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/96

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 **Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration**

Kapitel 0318 **Landeskriminalamt**

Zu ändern:

(S. 94, 95 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	428 01	042 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	2018 2019	19.067,9 19.522,1	19.067,9 19.700,6	19.067,9 19.998,1	0 +297,5
2.	511 01	042 Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2018 2019	1.653,2 1.693,2	1.653,2 1.705,2	1.653,2 1.725,2	0 +20,0
<p>In Ziffer 1 der Erläuterung wird im Jahr 2019 die Zahl „296,5“ durch die Zahl „306,5“, in Ziffer 3 die Zahl „1.234,7“ durch die Zahl „1.244,7“ und die Gesamtsumme „1.705,2“ durch „1.725,2“ ersetzt.</p>							

Im Stellenteil zu ändern:

(S. 170 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
428 01	042	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)								
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte								
		Nichttechnischer – und technischer Dienst								
3.	9	1) 3) Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen."	127,0	-	127,0	0,0	131,0	134,0	139,0	+5,0

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die Konzeption zum zukünftigen Umgang mit Haftbefehlen sieht u. a. vor, dass beim Landeskriminalamt eine Koordinierungs- und Kontrollebene eingezogen wird, die fortlaufend die offenen Haftbefehle aus dem Bereich der Schwerekriminalität auswertet, das weitere Vorgehen in diesen Fällen mit den Dienststellen gezielt abstimmt und unterstützt. Dadurch sollen die landesweiten Prozesse weiter vereinheitlicht und verbindliche Verantwortlichkeiten geschaffen werden.

In Umsetzung der Konzeption zur Intensivierung der Fahndung und Optimierung der Bearbeitung offener Haftbefehle übernimmt das Landeskriminalamt Baden-Württemberg zentral neue Aufgaben, wie beispielsweise

- die systematische Auswahl und Priorisierung von Zielpersonen,
- das Monitoring und Controlling der Fahndungen der regionalen Polizeipräsidien,
- die Beratung der regionalen Polizeipräsidien zu in konkreten Einzelfällen gebotenen Fahndungsmaßnahmen,
- die operative Unterstützung der regionalen Polizeipräsidien durch die Übernahme spezialisierter Einzelmaßnahmen,
- die zentrale Übernahme von Zielfahndungen der regionalen Polizeipräsidien.

Die Wahrnehmung dieser neuen Aufgaben bedingt eine personelle Stärkung in verschiedenen Bereichen der der Abteilung 7 Einsatz- und Ermittlungsunterstützung sowie Zielfahndung. Zur unmittelbaren Wahrnehmung der Aufgaben sowie zur Freisetzung von Vollzugskapazitäten durch Entlastung von Polizeibeamten von vollzugsinadäquaten Aufgaben besteht ein Personalbedarf an insgesamt 3 Stellen für Ermittlungsassistenten in Entgeltgruppe 9 TV-L.

Parallel hierzu erstellt das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) derzeit eine Gesamtkonzeption Mehrfach- und Intensivtäter Baden-Württemberg (MIT-BW). In einem ganzheitlichen Ansatz werden die bislang landesweit nach deliktischen Schwerpunkten und Nationalitäten getrennten, landesweit umgesetzten Konzeptionen gebündelt.

Durch eine zentralisierte und standardisierte Bearbeitung bei den regionalen Polizeipräsidien mit klarem Fokus auf die besondere Problemgruppe der Mehrfach- und Intensivtäter soll im Zuge eines gezielten und täterorientierten Vorgehens sowie durch ursachenorientierte präventivpolizeiliche und konsequente repressive Maßnahmen eine nachhaltige Reduzierung der Kriminalitätsbelastung und eine damit verbundene Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung erreicht werden. Parallel dazu sollen Bearbeitungszeiten verkürzt und Maßnahmen verschiedener Behörden passgenauer auf die Mehrfach- und Intensivtäter abgestimmt werden.

Das LKA BW richtet hierzu eine zentrale Clearingstelle mit folgenden Aufgabenschwerpunkten ein:

- Identifizierung potenzieller MIT-BW anhand eines Scoring-Verfahrens
- Einstufung von Personen als MIT-BW in Abstimmung mit den regionalen Polizeipräsidien
- Sicherstellung eines kontinuierlichen und umfassenden Informationsaustausches
- Einrichtung des Arbeitskreises MIT-BW und Durchführung anlassbezogener Dienstbesprechungen
- Ermittlungsunterstützung für die regionalen Polizeipräsidien
- verfahrensinizierende personenorientierte Auswertung zur frühzeitigen Anregung von Sammelverfahren

Zur Neu-Einrichtung der Clearingstelle werden für diese für die öffentliche Sicherheit sehr wichtige und im Fokus der Öffentlichkeit stehende Aufgabe 2 Stellen für Ermittlungsassistenten beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Entgeltgruppe 9 TV-L benötigt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/97

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Kapitel 0330 Ausländer und Aussiedler

Neu aufzunehmen:

(S. 356 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„893 72	N 183	Zuschüsse für Investitionen an Einrichtungen der Kulturpflege	2018 2019	231,0 506,0		31,0 256,0	-200,0 -250,0

	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	524,0	450,0
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2019 bis zu	56,0	0,0
Haushaltsjahr 2020 bis zu	360,0	450,0
Haushaltsjahr 2021 bis zu	108,0	0,0
Erläuterung: Mittel und Verpflichtungsermächtigungen sind veranschlagt für folgende anteilige Investitionskostenzuschüsse des Landes:		
1. Aktualisierung und Modernisierung der ständigen Ausstellung beim Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm. Bund, Land und die Stadt Ulm tragen die Gesamtkosten zu gleichen Teilen in Höhe von je 555,0 Tsd. EUR.		
2. Sanierung und Modernisierung des Hauses der Donauschwaben in Sindelfingen. Die Hälfte der Kosten wird vom Land getragen, jedoch maximal bis zur Höhe von insgesamt 650,0 Tsd. EUR."		

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die Vorbereitungen für eine Sanierung und Modernisierung des Hauses der Donauschwaben in Sindelfingen konnten noch nicht abgeschlossen werden. Eine Mittelbindung in diesem Jahr ist nicht mehr möglich. Daher werden die entsprechenden Mittelansätze und Verpflichtungsermächtigungen haushaltsneutral um ein Jahr verschoben.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/98

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 08 **Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

Kapitel 0804 **Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur**

Neu aufzunehmen:

(S. 88 des Urhaushalts 2018/19)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. „231 01	521	Erstattungen des Bundes nach § 10 Abs. 1 GAKG	2018 2019	54.600,0 54.600,0	- -	54.600,0 62.100,0	+/-0,0 +7.500,0

Erläuterung: Mehr zur Umsetzung des neuen
Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen
Entwicklung“. Übrige Erläuterung unverändert“

Zu ändern:

(S. 362/363 des Nachtragsentwurfs 2018/19)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018	neu 2018		
				bisher 2019	neu 2019		
				Tsd. EUR (Urhaushalt)	Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

2. 70 Integrierte Ländliche Entwicklung – Förderung der Dorferwicklung und von dem ländlichen Charakter angepassten Infrastrukturmaßnahmen

Der Haushaltsvermerk wird wie folgt gefasst:

„Die Mittel sind in Höhe von 3.000,0 Tsd. EUR bis zur entsprechenden Beschlussfassung der Landesregierung und der anschließenden Unterrichtung des Finanzausschusses des Landtags gesperrt. Auf § 10 Abs. 3 LHO wird Bezug genommen. Bei Mehrausgaben sind 40 vom Hundert dieser Mehrausgaben durch Einnahmen bei Kap. 0804 Tit. 281 01 zu finanzieren.“

In der Erläuterung des Nachtragsentwurfs wird der letzte Satz gestrichen.

893 70 N	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2018	0,0	0,0	0,0	+/-0,0
			2019	0,0	0,0	3.000,0	+3.000,0

Neu aufzunehmen:

(S. 90 des Urhaushalts 2018/19)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018	neu 2018		
				bisher 2019	neu 2019		
				Tsd. EUR (Urhaushalt)	Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

3. „71 Integrierte Ländliche Entwicklung – Förderung der Flurneuordnung und Landentwicklung

Die Mittel sind in Höhe von 8.750,0 Tsd. EUR bis zur entsprechenden Beschlussfassung der Landesregierung und der anschließenden Unterrichtung des Finanzausschusses des Landtags gesperrt. Auf § 10 Abs. 3 LHO wird Bezug genommen.

Erläuterung: Mehr zur Umsetzung des neuen Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“.

Übrige Erläuterung unverändert.

683 71	521	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtausches, des freiwilligen Nutzungstausches, des Regionalmanagements und von Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten	2018	0,0	-	0,0	+/-0,0
			2019	0,0	-	6.750,0	+6.750,0
893 71	521	Zuschüsse zur Förderung der Flurneuordnung und Landentwicklung	2018	15.000,0	-	-	+/-0,0
			2019	16.000,0	-	18.000,0	+2.000,0

Verpflichtungsermächtigung unverändert.

Erläuterung unverändert.“

Neu aufzunehmen:

(S. 94 des Urhaushalts 2018/19)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018	neu 2018		
				bisher 2019	neu 2019		
			Tsd. EUR (Urhaushalt)	Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)			

4. „92 Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen – Waldbauliche und sonstige forstliche Maßnahmen

Die Mittel sind in Höhe von 750,0 Tsd. EUR bis zur entsprechenden Beschlussfassung der Landesregierung und der anschließenden Unterrichtung des Finanzausschusses des Landtags gesperrt. Auf § 10 Abs. 3 LHO wird Bezug genommen.

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse zur Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung, zur Förderung der Erstaufforstung sowie zur Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald. Vgl. Tit. 231 01 und Kap. 0831 Tit.Gr. 72.

683 92	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	2018	0,0	-	0,0	+/-0,0
			2019	0,0	-	750,0	+750,0

Erläuterung: Mehr für Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald. Die Restabwicklung der Einkommensverlustprämie erfolgt innerhalb des Deckungskreises.*

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Durch die zwischenzeitlich erfolgten Beschlüsse im Bund (z.B. zum Bundeshaushalt 2019 und des Planungs- und Koordinierungsausschusses zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) stehen die Fördermaßnahmen und das konkrete Mittelvolumen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nunmehr fest.

Damit die nunmehr verfügbaren Bundesmittel 2019 in vollem Umfang abgerufen werden können, sind zusätzliche Landesmittel im Umfang von 5,0 Mio. EUR erforderlich. Diese Mittel sollen insbesondere in den Förderbereichen Regionalmanagement, Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte sowie Flurneuordnung und Landentwicklung bzw. im Bereich Förderung der Dorfentwicklung und Förderung von dem ländlichen Charakter angepassten Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/99

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 05 **Ministerium der Justiz und für Europa**

Kapitel 0502 **Allgemeine Bewilligungen**

Zu ändern:

(S. 258 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
441 01	840	Beihilfen auf Grund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger)	2018 2019	29.071,0 29.337,8	29.071,0 29.478,1	29.071,0 29.492,0	0,0 +13,9

Im letzten Absatz der Erläuterung wird die Zahl „140,3“ durch die Zahl „154,2“ ersetzt und nach dem Wort „Kap. 0505“ die Wörter „und 6,0 Neustellen bei Kap. 0503.“ eingefügt.

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Mehr wegen 6,0 Neustellen für Staatsschutzsenate im Kap. 0503.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/100

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 05 **Ministerium der Justiz und für Europa**

Kapitel 0503 **Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Neu aufzunehmen:
(S. 57 des Urhaushalts 2018/2019)

1.	„422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten und Richterinnen und Richter	2018 2019	351.470,5 355.311,4	351.470,5 355.869,2	0,0 +557,8"
----	---------	-----	--	----------------------------	------------------------	--------------------------------------	----------------

In der Erläuterung Ziffer 1, bezogen auf das Haushaltsjahr 2019, wird die Zahl „355.311,4“ durch die Zahl „355.869,2“ ersetzt.

Der Erläuterung wird zudem folgender Satz angefügt: „2019 mehr für 6,0 Neustellen für einen weiteren Staatsschutzsenat sowie zur Verstärkung der bestehenden Staatsschutzsenate beim Oberlandesgericht Stuttgart“.

Zu ändern:
(S. 260 des Nachtragshaushalts)

2. Haushaltsvermerk zum Personalausgabenbudget unter der Überschrift Personalausgaben.
Die Zahl „527.853,6“ wird durch die Zahl „528.411,4“ ersetzt.

Im Stellenteil neu aufzunehmen:
(S. 191/ 192 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
„422 01	051	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter 1. Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften								
3. R 3		Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	46,0		46,0	0,0	46,0		47,0	+1,0
R 2		Richter am Oberlandesgericht	139,0	-	139,0	0,0	139,0	-	144,0	+5,0"

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die beim Oberlandesgericht Stuttgart eingerichteten Staatsschutzsenate haben ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Um die bereits angeklagten und mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kürze noch zusätzlich eingehenden Staatsschutzverfahren mit der gebotenen Sorgfalt und Beschleunigung betreiben zu können, ist es dringend erforderlich, zeitnah einen weiteren Staatsschutzsenat beim Oberlandesgericht Stuttgart zu schaffen und die bereits bestehenden Staatsschutzsenate durch eine weitere Beisitzerstelle zu stärken.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/101

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 06 Ministerium für Finanzen

1. Kapitel 0601 Ministerium

Neu aufzunehmen:

(S. 14/15 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. „422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	17.961,5 18.129,8	- -	17.961,5 18.236,3	0,0 + 106,5
		In der Erläuterung wird die Zahl „18.129,8“ durch die Zahl „18.236,3“ ersetzt und folgender Satz angefügt: „Mehr wegen einer zusätzlichen Stelle“.					
2. 422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	2018 2019	1.993,4 2.056,1	- -	1.993,4 1.941,3	0,0 - 114,8“
		In der Erläuterung wird die Zahl „2.056,1“ durch die Zahl „1.941,3“ ersetzt.					

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 159 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
„422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
B 4		Beauftragte/r der Landesregierung für besondere Aufgaben	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	1,0	+ 1,0“
		Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.								

2. Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 291 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
441 01	840	Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfänger/innen)	2018 2019	36.752,6 36.828,9	36.752,6 36.898,2	36.752,6 36.900,5	0,0 + 2,3
		In der Erläuterung werden nach den Wörtern „bei Kap. 0618“ die Wörter „sowie einer Neustelle bei Kap. 0601“ eingefügt.					

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Durch die Neuregelung der Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts in § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) wird das Land in größerem Umfang als bisher unternehmerisch tätig sein. Das heißt, der gesamte unternehmerische Bereich des Landes muss neu ermittelt und im Hinblick auf die Neuregelung bewertet werden. Das Einhalten der sich daraus ergebenden steuerlichen Pflichten ist künftig dauerhaft sicherzustellen. Aufgrund der vom Land Baden-Württemberg abgegebenen Optionserklärung sind die neuen Grundsätze ab dem 1. Januar 2021 anzuwenden.

Aufgrund der Gesamthematik und weitreichenden Konsequenzen des „§ 2b UStG“ sowie der ressortübergreifenden Verantwortung des Finanzministeriums sollen die Maßnahmen und die Unterstützung der Ressorts weiter intensiviert werden, sodass Umstrukturierungen und organisatorische Maßnahmen erforderlich sind.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, das Amt einer bzw. eines Landesbeauftragten für die zentrale umsatzsteuerliche Unterstützung der Ressorts in Besoldungsgruppe B 4 zu schaffen.

Die zur Schaffung der Neustelle erforderliche Gegenfinanzierung wird durch Kürzung bei den Abordnungsmittel sichergestellt. Der Kürzungsbetrag beinhaltet auch die Ausgaben für die Beihilfe (2,3 Tsd. Euro) sowie die Zuführung an den Versorgungsfonds (6.000 Euro, auf den Änderungsantrag zu Kap. 1212 Tit. 919 10 wird verwiesen).

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/102

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 06 **Ministerium für Finanzen**

Kapitel 0602 **Allgemeine Bewilligungen**

Zu ändern:

(S. 291 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
534 69	061	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	2018	28.305,5	28.305,5	28.305,5	0,0
			2019	28.180,4	30.232,4	54.932,4	+ 24.700,0

Die Erläuterung wird wie folgt geändert:

In der Erläuterungsziffer 3 wird die Zahl „10.461,6“ durch die Zahl „35.161,6“ und in der Summenzeile die Zahl „30.232,4“ durch die Zahl „54.932,4“ ersetzt.

Im letzten Satz der Erläuterung werden nach dem Klammerzusatz „(Erläuterungsziffer 1)“ die Wörter „sowie wegen gestiegener Kosten für das Restrukturierungsprojekt (Erläuterungsziffer 3)“ eingefügt.

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung:

Mit dem Restrukturierungsprojekt soll das Haushaltsmanagementsystem des Landes unter Integration des Kassenverfahrens der Landesoberkasse Baden-Württemberg neu aufgebaut und auf die fachlichen und technischen Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet werden.

Das Projekt ist aufgrund des Auslaufens der Wartungszusage sowohl für die derzeit eingesetzte Kassensoftware (Ende des Jahres 2021) als auch für das derzeit eingesetzte SAP-System (Ende des Jahres 2025) dem Grunde nach unausweichlich. Um einen

Seite 1 von 2

möglichst großen Mehrwert für das Land zu erreichen, soll das Projekt dazu genutzt werden, das Haushaltsmanagementsystem so auszurichten, dass es sowohl fachlich als auch technisch den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. Das Land wird durch das neue Haushaltsmanagement in die Lage versetzt, flexibel auf sich ändernde Anforderungen an das Rechnungswesen und weiterer betriebswirtschaftlicher Prozesse zu reagieren. Die neue Technologie ist dazu geeignet, Arbeitsabläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt des Finanzministeriums und des Innenministeriums für das gesamte Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Landes und damit für alle Ressorts, den Landtag, den Rechnungshof und den Verfassungsgerichtshof.

Aktuell läuft im Ausschreibungsverfahren zur Gewinnung eines Softwareimplementierers (Teilnahmewettbewerb mit Verhandlungsverfahren) die zweite von voraussichtlich drei Verhandlungsrunden.

Nach aktualisierter Kostenschätzung entstehen Mehrbedarfe und Verschiebungen im Mittelbedarf der betroffenen Haushaltsjahre, die bereits im Haushaltsjahr 2019 wirksam werden.

Der bisherige Haushaltsansatz beruhte auf der ersten Kostenschätzung aus 2017, die im Wesentlichen auf Basis der Anforderungen des bereits bestehenden Haushaltsmanagements und vor der ersten Verhandlungsrunde im Ausschreibungsverfahren erstellt wurde.

Auf Basis der zwischenzeitlich im Jahr 2018 erstellten Fachkonzepte, welche die Soll-Konzeption des neuen Haushaltsmanagements beschreiben, sowie unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der ersten Verhandlungsrunde und der darauf von den Bietern vorgelegten Angebote für die Implementierung, wurde eine aktualisierte Kostenschätzung erstellt. Hieraus ergeben sich die nunmehr vorgesehenen Haushaltsansätze.

Die wesentlichen Gründe für die geänderten Haushaltsansätze sind:

- Mehrbedarf für Projektsteuerung, Fachkonzeption und Rollout aufgrund
 - zusätzlicher unabweisbarer Anforderungen und Sonderthemen (z. B. geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand nach § 2b UStG),
 - erheblicher organisatorischer Auswirkungen des Projekts in der Verwaltung (z. B. eRechnung und darauf basierende Änderungen im Beschaffungsprozess),
 - aufwändiger Abstimmungsverfahren mit diversen Parallelprojekten in der Landesverwaltung (z. B. eAkte, Projektsteuerungssysteme in der Bau- und Straßenbauverwaltung) und
 - daraus resultierend erhöhte fachliche und technische Komplexität.
- Sicherstellung der Zuschlagsfähigkeit im laufenden Ausschreibungsverfahren und Anpassung der Verteilung der Mittel auf die betroffenen Haushaltsjahre auf Basis des vorgesehenen Zahlungsplans.
- Mehrbedarf für Beistelleistung BITBW
Die der BITBW für die notwendige Projektunterstützung bewilligten Projektstellen konnten bislang nur in geringem Umfang besetzt werden. Mitarbeitende der BITBW, die im Projekt mitwirken, müssen daher zu Lasten des Projektbudgets durch externes Personal von Linienaufgaben entlastet werden.

Der Mehrbedarf in 2019 begründet sich allerdings nicht allein durch die höheren Gesamtkosten des Projekts, sondern durch folgende weiteren Gründe:

- Die Projektlaufzeit wurde um zwei Jahre verkürzt, indem Implementierungsleistungen, die für die Jahre 2022 und 2023 vorgesehen waren, in die Jahre 2019ff vorgezogen wurden. Diese Maßnahme begrenzt zwar die Gesamtkosten des Projekts, führt jedoch zu vergleichsweise höheren Projektkosten in den Jahren 2019 bis 2021.
- Geänderter Zahlungsplan in der aktualisierten Kostenschätzung.
- Die aktualisierte Kostenschätzung reflektiert auch Unsicherheiten bezüglich des zeitlichen Anfalls von Leistungen, die nicht im Werkvertrag enthalten sind (Kontingentleistungen, Dienstleistungen) sowie Kostenrisiken des Projekts, die bislang noch nicht absehbar sind.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/103

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 06 **Ministerium für Finanzen**

Kapitel 0610 **Landeszentrum für Datenverarbeitung**

Zu ändern:

(S. 295 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

682 01 Zuschuss an das Landeszentrum für Datenverarbeitung

**Die Verpflichtungsermächtigungen werden
wie folgt gefasst:**

	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
„Verpflichtungsermächtigung	65.500,0	4.500,0
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2019	14.325,0	0,0
Haushaltsjahr 2020	14.325,0	1.500,0
Haushaltsjahr 2021	14.325,0	1.500,0
Haushaltsjahr 2022	12.825,0	1.500,0
Haushaltsjahr 2023	9.700,0	0,0

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Der Antrag sieht eine Erhöhung der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung in 2018 um 61,0 Mio. EUR vor.

Diese Verpflichtungsermächtigung wird benötigt, um einen verbesserten Vertrag über die Bereitstellung von Großrechnerleistungen in der Steuerverwaltung abschließen zu können. Der neue Vertrag ersetzt den bisherigen, noch bis Ende 2019 laufenden Vertrag. Die für die Steuerberechnung und Erhebung im Land benötigten Großrechnerleistungen können über den neuen Vertrag flexibel und bedarfsgerecht abgerufen werden. Das neue System ist um über 50 % leistungsfähiger als das aktuell eingesetzte System. Damit stehen Leistungsreserven zu Verfügung die Verarbeitungseingpässe verhindern sowie das Antwortzeitverhalten in den Finanzämtern verbessern. Die Abrechnung erfolgt auf Basis der tatsächlich in Anspruch genommenen Rechenleistung. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2023. Bei Vertragsabschluss wird eine Verpflichtungsermächtigung von 61,0 Mio. EUR benötigt. Bei einem späteren Vertragsabschluss ist mit deutlich verschlechterten Konditionen zu rechnen.

Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/104

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 06 **Ministerium für Finanzen**

Kapitel 0620 **Betriebe und Beteiligungen**

Neu aufzunehmen:

(S. 118 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„121 22	812	Gewinne aus Unternehmen des privaten Rechts	2018 2019	35,0 35,0	- -	35,0 20.035,0	0,0 +20.000,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Gewinne aus der Beteiligung an folgenden Unternehmen:

	Stammkapital Tsd. EUR	Beteiligung des Landes Tsd. EUR	Ausschüttung 2018 Tsd. EUR	Ausschüttung 2019 Tsd. EUR
1. Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH, Stuttgart	260,0	259,7	35,0	35,0
2. Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH	3.000,0	3.000,0	0,0	20.000,0
zus.			35,0	20.035,0

Einmalige Sonderausschüttung der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH von 20.000,0 Tsd. EUR im Jahr 2019.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Nach Beendigung der steuerrechtlichen Betriebsprüfung durch das Finanzamt und dem damit verbundenen Wegfall steuerrechtlicher Risiken erwartet die Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH Steuererstattungen für Vorjahre. Diese können an das Land weitergegeben werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/105

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Neu aufzunehmen:

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0101 Landtag

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen							
70		Budget des ständigen Sekretariats des Oberrheinrats					
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 70 – Ausgaben							
232 70 N	011	Erstattung des Landes Rheinland-Pfalz für das ständige Sekretariat des Oberrheinrats	2018 2019	- -	- -	- 1,8	- +1,8
272 70 N	011	Zuschuss aus dem Förderprogramm INTERREG	2018 2019	- -	- -	- 20,0	- +20,0
286 70 N	011	Erstattungen aus dem Ausland für das ständige Sekretariat des Oberrheinrats	2018 2019	- -	- -	- 11,7	- +11,7

Ausgaben
Verwaltungsausgaben

70	Budget des ständigen Sekretariats des Oberrheinrats					
	Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 232 70, 272 70, und 286 70. Ausgaben können auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.					
	Erläuterung: Die am Oberrheinrat beteiligten Partner haben die Einrichtung eines ständigen Sekretariats vereinbart, das Koordinations- und Organisationsaufgaben für den Oberrheinrat wahrnimmt. Träger der Einrichtung sind das Elsaß (Région Grand Est, Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin), die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die Kantonsparlamente Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt, Jura und Solothurn. Die Projektverantwortung für das ständige Sekretariat wird vom Landtag von Baden-Württemberg wahrgenommen. Zudem ist mit der Projektträgerschaft die Übernahme der Kassenführung durch den Landtag mit Bewirtschaftung aller Einnahmen und Ausgaben verbunden. Nach Ablauf von drei Jahren werden die INTERREG-Mittel entfallen. Sollte das ständige Sekretariat weitergeführt werden, würde sich der auf den Landtag entfallende jährliche Betrag rund verdoppeln.					
531 70 N 011	Öffentlichkeitsarbeit	2018	-	-	-	-
		2019	-	-	4,5	+4,5
546 70 N 011	Sonstiger Sachaufwand	2018	-	-	-	-
		2019	-	-	5,0	+5,0
	Erläuterung: Veranschlagt sind die üblichen sächlichen Verwaltungsausgaben, auch für die Informationstechnik, Reisekosten, Dienstleistungen sowie Aufwendungen für Gremiensitzungen für das ständige Sekretariat Oberrheinrat.					
637 70 N 011	Erstattungen an das EURO-Institut	2018	-	-	-	-
		2019	-	-	30,0	+30,0 ^a
	Erläuterung: Erstattet werden die Personalkosten für das ständige Sekretariat des Oberrheinrats.					

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
 Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion
 Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion
 Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Der trinationale Oberrheinrat, dem 71 Gewählte aus dem Oberrheinraum angehören, darunter aus Baden-Württemberg 16 Landtagsmitglieder und 10 kommunale Mitglieder, hat Ende 2017 beschlossen, mit finanzieller Unterstützung des EU-INTERREG-Programms, ein ständiges Sekretariat in der Villa Rehfus in Kehl einzurichten. Dort hat auch das gemeinsame Sekretariat der trinationalen Oberrheinkonferenz (ORK) seinen Sitz, in der die Exekutiven am Oberrhein grenzüberschreitend zusammenarbeiten.

Das Sekretariat wird über eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter verfügen, die/der vom Euroinstitut in Kehl auf Kosten des Oberrheinrats angestellt wird.

Ziel des Sekretariats ist es, in Verbindung mit der ORK zu einer systematischen Koordinierung zwischen Oberrheinrat und der Oberrheinkonferenz beizutragen, damit beide Gremien mit einer starken Stimme am Oberrhein sprechen. Auch soll das Sekretariat angesichts der jährlich wechselnden Präsidentschaft des Oberrheinrates zu mehr Kontinuität beitragen.

Die Gesamtkosten für die zunächst dreijährige Laufzeit des Sekretariats von 2019 bis 2022 betragen 235.000 Euro. Kosten in Höhe von rund 115.000 Euro sollen entsprechend der Stärke der Delegationen auf die beteiligten Partner aufgeteilt werden (Deutschland: Landtag von Baden-Württemberg (34.500 Euro) und Landtag von Rheinland-Pfalz (10.000 Euro), Frankreich: Région Grand Est, Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin (34.500 Euro); Schweiz: Kantonalparlamente Aargau, Basel-Stadt, Basel-Land, Jura und Solothurn (36.000 Euro)). Das EU-INTERREG-Programm soll 120.000 Euro und damit rund die Hälfte der Kosten tragen. Ein entsprechender Förderantrag wird derzeit vorbereitet. Eine Entscheidung über diesen Antrag wird voraussichtlich im Juni 2019 erfolgen.

Der Landtag von Baden-Württemberg übernimmt als größter Partner die Projektträgerschaft. Der Landtag ist damit für die Abwicklung des INTERREG-Antrags verantwortlich. Zudem ist mit der Projektträgerschaft die Übernahme der Kassenführung durch den Landtag mit Bewirtschaftung aller Einnahmen und Ausgaben verbunden.

Die auf Baden-Württemberg entfallenden Kosten werden vom Landtag aufgebracht. Die im Oberrheinrat vertretenen badischen kommunalen Gebietskörperschaften sahen keine Möglichkeit, sich finanziell zu beteiligen. Auch in Rheinland-Pfalz trägt der Landtag die Kosten.

Auf den Landtag von Baden-Württemberg entfallen jährliche Kosten in Höhe von rund 12.000 Euro. Da das Sekretariat erst nach positiver Entscheidung über den INTERREG-Förderantrag starten kann, fallen Kosten erst im 2. Halbjahr 2019 an. Erforderlich sind deshalb 6.000 Euro.

Hinzu kommen Mittel, die der Landtag als Projektträger vorstreckt, die ihm aber wieder erstattet werden. Zum einen sind das die INTERREG-Mittel in Höhe von 20.000 Euro im Jahr 2019 sowie die Mittel der Partner in Höhe von 13.500 Euro.

Erforderlich sind deshalb insgesamt 39.500 Euro für das Jahr 2019.

Nach der dreijährigen Laufzeit würde die INTERREG-Förderung entfallen. Sollte das Sekretariat fortgeführt werden, würde sich der finanzielle Beitrag der Partner entsprechend erhöhen. Für den Landtag wäre es eine Erhöhung von jährlich 12.000 Euro auf rund 28.000 Euro.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/106

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Neu aufzunehmen:

(S. 12, 13, 16 und 23 des Urhaushalts 2018/2019)

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0101 Landtag

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. 422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	6.152,0 6.135,2	- -	6.152,0 6.558,3	0,0 +423,1
2. 428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2018 2019	6.224,1 6.235,9	- -	6.224,1 6.267,3	0,0 +31,4
3. 517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten) In Ziffer 1 der Erläuterung zu 2019 wird die Zahl „630,0“ durch die Zahl „606,0“ ersetzt. In der Summenzeile wird die Zahl „1.550,0“ durch die Zahl „1.526,0“ ersetzt.	2018 2019	1.500,0 1.550,0	- -	1.500,0 1.526,0	0,0 -24,0
4. 534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	2018 2019	850,0 850,0	- -	850,0 838,0	0,0 -12,0

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 67, 69 und 70 des Haushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil								
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)			
„ 422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte									
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte									
		1. Landtag									
6.	A 15	Regierungsdirektor	14,0	-	14,0	0,0	14,0	-	15,0	+1,0	
7.	A 14	Oberregierungsrat	16,0	-	16,0	0,0	16,0	-	18,0	+2,0	
8.	A 13	Oberamtsrat	23,0	-	23,0	0,0	23,0	-	26,0	+3,0	
9.		kw spätestens 01.01.2020	*1,0	-	*1,0	0,0	*1,0	-	*0,0	-1,0	

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

428 01	011	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)								
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte								
		1. Landtag								
10.	14		0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	1,0	+1,0
11.	10		2,0	-	2,0	0,0	2,0	-	1,0	-1,0
12.	8		17,5	-	17,5	0,0	17,5	-	18,5	+1,0
13.	6		32,0	-	32,0	0,0	32,0	-	31,0	-1,0

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion
Hofelich, Gruber, Stöckelberger und Fraktion
Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Zu Ziffer 1 Neustellen

1 Neustelle in A 15 (Juristischer Dienst)

Die Zahl der Rechtsfragen ist in dieser Wahlperiode erheblich gestiegen. Gleichzeitig nimmt die Komplexität weiter zu. Schon bisher ist der Juristische Dienst mit zwei Personen (Europa nicht mit eingerechnet) im Vergleich mit anderen Landtagen sehr knapp besetzt, zumal einer der beiden der Leiter der Abteilung I ist. Mit der aktuellen Entwicklung kann diese knappe Besetzung nicht mehr Schritt halten.

1 Neustelle in A 14 (Mitarbeiter/innen der Abgeordneten)

Sachgebietsleitung „Betriebliche Altersversorgung für die Mitarbeiter/-innen der Abgeordneten, Mitarbeiterentschädigung“:

Erstmalige Einführung einer betrieblichen Altersversorgung über den VBLU zum 1.1.2019. Deutliche Zunahme der Anzahl der Mitarbeiter/-innen der Abgeordneten (April 2017: 410, November 2018: 563) und der Zahl der Dienst- und Werkverträge, die rechtlich sehr komplex sind und deren Bearbeitung einen sehr hohen Zeitaufwand erfordert. Zukünftig auch Anforderung und Prüfung von polizeilichen Führungszeugnissen sowie der polizeilichen Zuverlässigkeitsüberprüfung.

1 Neustelle in A 14 (Haushalt)

Sachgebietsleitung „Haushalt des LfDI, LpB, Bürgerbeauftragten/Vergaberecht/ Steuerrecht“:

Der Haushalt des LfDI, der LpB und des Bürgerbeauftragten ist im Einzelplan 01 angesiedelt. Durch die Zunahme des Volumens beim Haushalt des LfDI und der LpB ist der Arbeitsaufwand sowohl bei der Aufstellung als auch beim Vollzug erheblich gestiegen. Das komplexe Rechtsgebiet des Vergaberechts ist aufgrund personeller Engpässe derzeit sachfremd dem Sachgebiet Versorgung zugeordnet. Dies ist jedoch eine originäre Aufgabe des Haushalts. Neu hinzu kommt die Verpflichtung des Landtags, die monatliche Umsatzsteuer und die Vorsteuer in der Steuererklärung beim Finanzamt zu melden (Auslandsrechnungen, Verkauf von Büchern und Broschüren, „stuttgartnacht“, etc). Daneben erfolgt die Einführung der Restrukturierung des Haushaltswesens mittels SAP. Prüfung der Führungszeugnisse der Beschäftigten der Fraktionen.

2 Neustellen in A 13 gD (Informations- und Kommunikationstechnik)

Ergebnis der Organisationsuntersuchung:

Es ergibt sich ein maximaler kalkulatorischer Gesamtbedarf an IT Personal, in Höhe von 19 Mitarbeitern. Durch eine Automatisierung können, aus Erfahrungen mit der Einführung von Delegationslösungen, von diesen 19 Mitarbeitern etwa 15 % an Mitarbeitern eingespart werden, so dass eine kalkulatorische Anzahl von 16 Mitarbeitern angesetzt wird. Dabei sind Führungskräfte enthalten. Derzeit sind der IUK 12 Stellen zugewiesen.

1 Neustelle in A 13 gD (Plenar- und Ausschussdienst)

Die Zunahme der Mitarbeiter/innen der Abgeordneten hat zu einem deutlich höheren Arbeitsanfall im Bereich des Plenar- und Ausschussdienstes geführt. Die Zahl der parlamentarischen Initiativen ist weiter erheblich angestiegen (Zunahme bei den Drucksachen insgesamt bei nahezu 20 Prozent) und hat ein bislang unerreichtes Ausmaß angenommen. Auch hat sich der Bearbeitungsaufwand in diesem Bereich stark erhöht (Zunahme von Fristverlängerungen, mehr Aufwertungen zu Fraktionsanträgen, Problematik Datenschutz in Stellungnahmen der Regierung, mehr Abstimmungsbedarf mit Abgeordneten/Regierung usw.). Derzeit ist eine Referentin ausschließlich mit der Bearbeitung der parlamentarischen Initiativen beschäftigt. Ihre Vertretung kann nur durch massive Überstunden im Referat sichergestellt werden. Auch in der Ausschussbetreuung besteht ein personeller Mangel – ein Ausschussreferent betreut drei Fachausschüsse, was angesichts des Arbeitsanfalls je Ausschuss nicht dauerhaft geleistet werden kann, zumal die Betreuung der Ausschüsse in dieser Wahlperiode aufwändiger geworden ist (Ausschussanhörungen haben zugenommen, Zahl der Ausschussreisen und Informationsfahrten ist gestiegen, mehr Fachgespräche, mehr Beratungstoff in den Ausschüssen).

Wegfall kw-Stelle (Personal)

Bei der Organisationsuntersuchung stellte sich heraus, dass es dringend notwendig ist, die kw-Stelle in eine dauerhafte Stelle umzuwandeln.

Zu Ziffer 2 Stellenhebungen**1 Stellenhebung von E 6 TV-L nach E 8 TV-L (Besucherdienst)**

Anzahl und Bearbeitungsaufwand für Abgeordnetenabrechnungen und Anfragen von Schulen und Abgeordneten nehmen beständig zu und erfordern einen immer höheren Planungs- und Koordinierungsaufwand. Bisher wird dies durch zwei Kolleginnen in E 8 erledigt. Eine weitere Mitarbeiterin in E 6 arbeitet derzeit bereits in diesem Bereich mit, aufgrund der geringeren Einstufung aber nur in einem sehr eingeschränkten Umfang. Um den Einsatz dieser Mitarbeiterin bei den Abgeordnetenabrechnungen und Anfragen in erforderlichem Umfang zu ermöglichen, ist eine Hebung der Stelle nach E 8 erforderlich.

1 Stellenhebung von E 12 TV-L nach E 14 TV-L (Dokumentation, Bibliothek, Archiv, Schriftgutverwaltung)**1 Stellenhebung von E 10 TV-L nach E 12 TV-L (Dokumentation, Bibliothek, Archiv, Schriftgutverwaltung)**

Die Organisationsuntersuchung empfiehlt eine Neubewertung dieser beiden Stellen. Angesichts der steigenden Relevanz und zunehmenden Komplexität der Arbeit, die der Kollege und die Kollegin leisten, sollte ihnen diese angemessene Neubewertung vorgenommen werden. Denn: Ohne eine qualifizierte, zeitgemäße Dokumentation kein digitaler Parlamentsbetrieb!

Zu Ziffer 3 und 4

Für die Schaffung von 6 Neustellen im Jahr 2019 bei Kapitel 0101 Tit. 422 01 sind dem Versorgungsfonds zur Absicherung der Finanzierung der Versorgungsaufwendungen der Beamtinnen und Beamten des Landes 6.000 EUR pro Stelle und Jahr zuzufüh-

ren. Zur Deckung der Zuführungsmittel bei Kap. 1212 Tit. 919 10 sind die Haushaltsmittel bei Kap. 0101 Tit. 517 01 und Kap. 0101 Tit. 534 69 entsprechend zu vermindern. Auf den Änderungsantrag bei Kap. 1212 Tit. 919 10 wird verwiesen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/107

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Neu aufzunehmen:

(S. 33 des Urhaushalts 2018/2019)

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0103 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
511 01	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2018 2019	112,0 122,0	- -	112,0 202,0	0,0 +80,0
<p>In Ziffer 1 der Erläuterung zu 2019 wird die Zahl „67,5“ durch die Zahl „107,5“ ersetzt. In Ziffer 3 der Erläuterung zu 2019 wird die Zahl „47,0“ durch die Zahl „87,0“ ersetzt. In der Summenzeile wird die Zahl „122,0“ durch die Zahl „202,0“ ersetzt.</p>							

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion
Hofelich, Gruber, Stickelberger und Fraktion
Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Mit Blick auf im internationalen Behördenverkehr notwendige Ausstattungen, gestiegene Fortbildungsbedarfe sowie der Ausweitung der Beratungsleistungen und der Öffentlichkeitsarbeit. Des Weiteren für Investitionen unter anderem im Bereich eines informationstechnischen Prüflabors zur eigenständigen Analyse von Datenflüssen bei Apps oder im Bereich Connected Car sowie Beschaffungen, die im Zuge der Umorganisation der Dienststelle in eine oberste Landesbehörde notwendig sind.

Der Datenschutz bewältigt aktuell in Baden-Württemberg, in Deutschland und im gesamten Europa die größte Herausforderung seit seinen Anfängen in den 70er-Jahren: Mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wurde ein unmittelbar und übergreifend geltendes, Behörden wie Unternehmen gleichermaßen erfassendes einheitliches Rechtsregime für Europa erlassen, das seit dem 25. Mai 2018 jede Verarbeitung personenbezogener Daten im europäischen Raum reguliert. Die DS-GVO hat den Aufsichtsbehörden umfangreiche zusätzliche Aufgaben und organisatorische Änderungen auferlegt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/108

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Neu aufzunehmen:

(S. 31 des Urhaushalts 2018/2019)

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0103 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. 421 02	N 011	Amtsbezüge des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	2018 2019	0,0 0,0	- -	0,0 120,1	0,0 +120,1
<p>Der Ansatz ist in Höhe von 8,3 Tsd. EUR bis zur Änderung des § 23 Absatz 4 LDSG gesperrt.</p> <p>Erläuterung: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erhält Bezüge nach § 23 Absatz 4 des Landesdatenschutzgesetzes Baden-Württemberg (LDSG).</p>							
2. 422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten	2018 2019	2.712,9 2.801,0	- -	2.712,9 2.698,0	0,0 -103,0"

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 72 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
„ 422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
3.	B 5	Landesbeauftragter für den Datenschutz	1,0	-	1,0	0,0	1,0	-	0,0	-1,0
4.	B 3	Ministerialrat	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	1,0	+1,0
5.	B 2	Ministerialrat	1,0	-	1,0	0,0	1,0	-	0,0	-1,0
6.	A 13	Oberamtsrat (T) + Amtszulage	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	1,0	+1,0
7.	A 13	Oberamtsrat	5,0	-	5,0	0,0	5,0	-	4,0	-1,0

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion
Hofelich, Gruber, Stichelberger und Fraktion
Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Eine Höherstufung der Stelle des Landesbeauftragten nach B 6 ist mit Blick auf die ganz erheblichen Aufgabenzuwächse durch die Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), die zusätzliche Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) und nicht zuletzt wegen der Organisation der Dienststelle als oberste Landesbehörde gerechtfertigt und unter Betrachtung der Besoldung der Beauftragten anderer deutscher Länder naheliegend.

Nachdem sich der besoldungsmäßige Abstand des Leitenden Beamten der Dienststelle bereits letzthin vergrößert hatte, ist bei einer Anhebung der Besoldung des Landesbeauftragten auch eine Höherstufung des Stellvertreters nach B 3, nicht zuletzt auch auf Grund der gestiegenen und weiter steigenden Verantwortung, ebenfalls amtsangemessen.

Für die adäquate Besoldung eines Beamten des gehobenen technischen Dienstes, der für die umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Dienststelle verantwortlich ist, ist die Umwandlung/Anhebung einer Stelle der Besoldungsgruppe A 13 (Oberamtsrat) in eine Stelle A 13 Oberamtsrat (T) + Amtszulage notwendig.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/109

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Neu aufzunehmen:

(S. 55 des Urhaushalts 2018/2019)

„Einzelplan 01 Landtag

Kapitel 0104 Landeszentrale für politische Bildung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
78		Für die Gedenkstättenarbeit Haushaltsvermerke unverändert. Erläuterung unverändert.					
671 78	153	Erstattung von Aufwendungen Dritter für die Gedenkstättenarbeit	2018 2019	1.031,8 940,8	- -	1.031,8 1.022,3	0,0 +81,5
Erläuterung:				2018	2019		
Veranschlagt sind:				Tsd. EUR	Tsd. EUR		
1. Zuweisungen zum Betrieb der Gedenkstätte Grafeneck				140,0	140,0		
2. Sonstige finanzielle Hilfen an Einrichtungen in Baden- Württemberg, die Gedenkstättenarbeit im Sinne der LAGG wahrnehmen				451,8	485,8		
3. Zuweisungen zum Betrieb des Dokumentations- zentrums Oberer Kuhberg (DZOK) in Ulm				140,0	140,0		
4. Zuweisungen zum Betrieb des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb				35,0	36,5		
5. Zuweisung an den Lernort Zivilcourage & Wider- stand e. V. – Kislau				140,0	140,0		
6. Zuschuss für die Gedenkstätte Hartmannswillerkopf				75,0	0,0		

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
		7. Zuschuss für die Erinnerungszeichen für die Ulmer Opfer von Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden in der Zeit des Nationalsozialismus (Oberer Kuhberg)		50,0	0,0		
		8. Zuschuss an das Shavei Zion Archiv für die Sanierung und Erhaltung des Archivs		-	50,0		
		9. Zuschuss für die Georg Elser-Gedenkstätte Königsbronn zur barrierefreien Ertüchtigung des Gebäudebestandes		-	30,0		
			zus.	1.031,8	1.022,3 ^a		

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
 Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion
 Hofelich, Gruber, Stichelberger und Fraktion
 Brauer, Karrais und Fraktion

Begründung

Zu Nr. 4. der Erläuterung:

Zukünftig soll die Landesförderung für den laufenden Betrieb des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb e. V. ab 2019 um 1.500 EUR auf 36.500 EUR jährlich erhöht werden.

Zu Nr. 8. der Erläuterung:

Die Gemeinde Shavei Zion im Norden Israels wurde am 13. April 1938 von jüdischen Familien aus Süddeutschland gegründet. Den Kern der Gründer bildeten Juden aus Rexingen (heute ein Teilort von Horb a. N.), wo die größte jüdische Landgemeinde in Württemberg bis in die NS-Zeit beheimatet war. Im Archiv von Shavei Zion werden alle Gründungsdokumente der Siedlung aufbewahrt. Es gibt keine Gemeinde in Israel, die enger mit Baden-Württemberg verbunden ist, was im Archiv von Shavei Zion eindrücklich dokumentiert ist.

Das Archivgebäude ist in einem sehr schlechten Zustand. Das Dach, die Wände sowie der angebaute Wachturm sind zu sanieren. Auch im Innern des Gebäudes besteht Renovierungsbedarf. Die Klimaanlage und die elektrische Verkabelung müssen erneuert sowie der gesamte Archivraum gegen Feuchtigkeit abgedichtet werden. Außerdem müssen Regale, Ablagetische, ein leistungsfähiger PC und ein Scanner beschafft werden. Eine Sanierung könnte bereits in 2019 zügig in Angriff genommen werden.

Eine erste Kostenschätzung geht von mindestens 87.500 EUR aus. Bei einer Investitionssumme von 150.000 EUR könnten grundlegendere und nachhaltigere Verbesserungen erreicht werden.

Bisher sind nachstehende Zuschüsse zugesagt worden: jeweils 15.000 EUR von der Genossenschaft von Shavei Zion, der Ortsverwaltung Shavei Zion, dem Kreis Shavei Zion und dem Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen. Von der Stiftung Stuttgarter Lehrhaus werden voraussichtlich Mittel in Höhe von 40.000 bis 50.000 EUR zur Verfügung gestellt. Eine Unterstützung durch den Staat Israel ist nur begrenzt möglich, da in Israel fast jede Gemeinde eine dramatische Entstehungsgeschichte zu dokumentieren hat.

Auf Grund der besonderen Geschichte von Shavei Zion aus schwäbischen Wurzeln und der besonderen Beziehungen zum Land Baden-Württemberg wird ein einmaliger Zuschuss für das Archiv Shavei Zion in 2019 in Höhe von 50.000 EUR vorgesehen.

Zu Nr. 9. der Erläuterung:

In 2019 ist für die Georg Elser-Gedenkstätte in Königsbronn ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 30.000 EUR geplant. Diese Mittel sollen für die barrierefreie Ertüchtigung und entsprechende Anpassungsarbeiten am Gebäudebestand entsprechend der Neukonzeption der Gedenkstätte eingesetzt werden.

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)	
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)			
2.	685 86D	164	Zuwendungen zu den Betriebsausgaben des DLR	2018	6.130,0	6.130,0	6.130,0	0,0
				2019	6.130,0	6.630,0	6.130,0	-500,0

Der Planvermerk wird gestrichen.

Die Verpflichtungsermächtigung wird gestrichen.

Die Erläuterung wird gestrichen.

Neu aufzunehmen:
(S. 97 des Urhaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)	
3.	„894 86D	164	Zuwendungen zu Investitionen des DLR	2018	1.553,0	-	-	-
				2019	1.553,0	-	2.053,0	+500,0

Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Titel 685 86D in Anspruch genommen werden. Das Wirtschaftsministerium wird ermächtigt, für das neue DLR-Institut für Quantentechnologien in Ulm gegenüber dem Bund eine verbindliche Zusage über die finanzielle Beteiligung des Landes
– in Höhe von 10.000,0 Tsd. EUR an den Anfangsinvestitionen im Rahmen der veranschlagten Mittel und Verpflichtungsermächtigungen
– und in Höhe von jährlich 1.110,0 Tsd. EUR an den Betriebsausgaben für die Jahre 2020 bis 2023 abzugeben.

	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	0,0	9.500,0
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2020bis zu	0,0	1.000,0
Haushaltsjahr 2021.....bis zu	0,0	2.500,0
Haushaltsjahr 2022.....bis zu	0,0	3.500,0
Haushaltsjahr 2023.....bis zu	0,0	2.500,0

Erläuterung: Mittelaufstockung und Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung des neuen DLR-Instituts für Quantentechnologien in Ulm.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion
Begründung

Seite 2 von 3

Die sich derzeit dynamisch entwickelnde „zweite Generation“ der Quantentechnologien wird speziell in der Satellitentechnik, in der es um höchste Präzisionsanforderungen geht, große Innovationssprünge auslösen, wie etwa eine hochgenaue Satellitennavigation als Voraussetzung für sicheres autonomes Fahren, das „smart Farming“ oder eine abhörsichere, weltumspannende Kommunikation.

Zum Rahmenprogramm Quantentechnologien der Bundesregierung zählt die Einrichtung von drei Instituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Ulm, Hannover und Oberpfaffenhofen. Das Institut in Ulm hat insbesondere die Aufgabe eines direkten Transfers der Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in industrielle Raumfahrtanwendungen. Es kann dabei auf exzellente Quantentechnologie-Kompetenzen der Universitäten Ulm und Stuttgart und des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung Stuttgart aufbauen.

Die im Regierungsentwurf enthaltene Mittelaufstockung und neu veranschlagte Verpflichtungsermächtigung bei den Zuwendungen zu den Betriebsausgaben des DLR ging davon aus, dass zunächst eine vom Land zu finanzierende Aufbaugruppe eingerichtet wird. Die Höhe, die Form, der Zeitpunkt und die Konditionen der Förderung durch den Bund war noch nicht absehbar. Zwischenzeitlich hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags am 9. November die Bereitstellung von Mitteln zur Einrichtung der drei DLR-Institute nach bestimmten an die Sitzländer gerichteten Maßgaben beschlossen. Es wird erwartet, dass die Sitz-Länder 50 % der einmaligen Anfangsinvestitionen für den Aufbau der Institute (Gebäude einschl. Erstausrüstung des Institutes) tragen und einen Finanzierungsanteil für den laufenden Betrieb in Höhe von 10 % leisten. Insbesondere sind die Bundesmittel solange gesperrt, bis die jeweiligen Sitzländer verbindlich zusagen, dass der entsprechende Länderanteil erbracht wird. Eine solche Zusage durch die Landesregierung bedarf einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung.

Die Anfangsinvestitionen (Gebäude und Erstausrüstung) für den Aufbau des Instituts in Ulm sind mit 20 Mio. EUR kalkuliert, die Umsetzung wird voraussichtlich in einem fünfjährigen Zeitraum von 2019 bis 2023 erfolgen. Für die Gewährung des Landeszuschusses in Höhe von 10 Mio. EUR sind im Haushaltsjahr 2019 entsprechende Mittel und Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen.

Der jährliche Betriebshaushalt des neuen Instituts wird voraussichtlich ein Volumen von 11,1 Mio. EUR umfassen. Der Bund wird seinen Anteil ab dem Jahr 2020 im Bundeshaushalt bereitstellen. Folglich ist auch der Anteil des Landes in Höhe von jährlich 1,11 Mio. Euro ab 2020 in die jeweiligen Staatshaushaltspläne des Landes aufzunehmen.

Im Nachtragshaushalt 2018/19 ist die im Regierungsentwurf enthaltene Mittelaufstockung und Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen bei den Zuwendungen zu den Betriebsausgaben des DLR rückgängig zu machen und stattdessen entsprechende Mittel sowie Verpflichtungsermächtigungen bei den Zuwendungen zu Investitionen des DLR aufzunehmen.

Die Finanzierung der o.a. Zuwendungen zu den Betriebsausgaben sowie zu den Investitionen ist in der Mittelfristigen Finanzplanung abzubilden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/111

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 07 **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau**

Kapitel 0710 **Mittelstandsförderung**

Neu aufzunehmen:

(S. 116 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„685 72B	635	Zuschüsse für projektbezogene Maßnahmen in der beruflichen Weiterbildung	2018 800,0	-	800,0	0,0	
			2019 800,0	-	950,0	+150,0	
		Verpflichtungsermächtigung	2018 Tsd. EUR 800,0	2019 Tsd. EUR 2.550,0			
		Davon zur Zahlung fällig im					
		Haushaltsjahr 2019bis zu	400,0	0,0			
		Haushaltsjahr 2020bis zu	300,0	700,0			
		Haushaltsjahr 2021bis zu	100,0	850,0			
		Haushaltsjahr 2022bis zu	0,0	750,0			
		Haushaltsjahr 2023bis zu	0,0	250,0			

Erläuterungen unverändert.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Seite 1 von 2

Begründung

Die rasante Entwicklung neuer Technologien und insbesondere die digitale Transformation erfordert eine ständige Weiterqualifizierung der Mitarbeiter in den Unternehmen in immer kürzeren Zyklen. Dies stellt insbesondere KMU-Betriebe vor große Herausforderungen. Zu deren Bewältigung sind Qualifizierungsverbände im Sinne einer freiwilligen Vernetzung von Betrieben, die im Verbund berufliche Weiterbildungsmaßnahmen planen und organisieren ein vielversprechender Ansatz.

In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und beteiligten Wirtschaftsverbänden soll ein vierjähriges Modellprojekt mit Förderung des Landes im Sinne einer Anschubfinanzierung durchgeführt werden. Vorgesehen ist der Aufbau von sechs Qualifizierungsverbänden und einer zentralen Koordinierungsstelle. Jeder Verbund soll durch einen Verbundmanager unterstützt werden, dessen Aufgabe sich von der Akquise der Betriebe, deren Beratung und Bedarfserhebung bis zur Entwicklung der Qualifizierungskonzepte erstreckt. Ziel ist, dass sich die Qualifizierungsverbände nach der vierjährigen Anlaufphase soweit etabliert haben, dass sie sich über die beteiligten Betriebe selbst finanzieren.

Die notwendige Förderung des Landes beläuft sich auf insgesamt 1,9 Mio. EUR. Hierzu sind für das Haushaltsjahr 2019 Mittel in Höhe von 0,15 Mio. EUR und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,75 Mio. EUR zu Lasten der Jahre 2020 bis 2023 erforderlich.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/112

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 07 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Kapitel 0711 Wohnungswesen

Zu ändern:

(S. 341f. des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

1. 76 Wohnraumförderung

**Die in der Erläuterung für das Jahr 2019
ausgebrachte Übersicht ist wie folgt zu
ändern:**

Die Zahl „155,0“ ist durch die Zahl „167,5“, die
Zahl „250,0“ durch die Zahl „262,5“ und die Zahl
„119,3“ durch die Zahl „131,8“ zu ersetzen.

2. 663 76 411 Zinszuschüsse

**Der Haushaltsvermerk ist wie folgt neu zu
fassen:**

„Die Verpflichtungsermächtigungen können
auch bei den Tit. 681 76, 861 76, 891 76,
892 76 und 893 76 in Anspruch genommen
werden. Die Verpflichtungsermächtigung im
Jahr 2019 kann in Höhe von bis zu 12.500 Tsd.
EUR und mit Fälligkeit für das Jahr 2020 auch
bei Tit. 883 79 in Anspruch genommen werden.
Aus den Mitteln können auch sonstige Zu-
schüsse (z.B. im Rahmen von Modellver-
suchen) zur Wohnraumversorgung gewährt
werden.“

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Die Verpflichtungsermächtigung ist wie folgt zu ändern:

Im Jahr 2019 ist die Zahl „155.000,0“ durch die Zahl „167.500,0“ und die Zahl „60.500,0“ durch die Zahl „73.000,0“ zu ersetzen.

3. 79 Kommunalfonds „Wohnraumoffensive BW“

Der Haushaltsvermerk wird wie folgt ergänzt:

Im Satz 3 werden nach dem Wort „Mittel“ die Wörter „und Verpflichtungsermächtigung“ eingefügt.

Die Erläuterung wird wie folgt geändert:

Die Wörter „der Landeswohnraumförderungsprogramme“ werden durch die Wörter „des Landeswohnraumförderungsprogramms 2017“ ersetzt.

4. 883 79 411 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden**

Folgender Haushaltsvermerk wird neu eingefügt:

„Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann in 2019 in Höhe von bis zu 12.500 Tsd. EUR und mit Fälligkeit für das Jahr 2020 auch hier in Anspruch genommen werden.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Das nicht belegte Programmvolumen (Mittel sowie Verpflichtungsermächtigungen) des Landeswohnraumförderprogramms 2017 wird zum einen für den Kommunalfonds "Wohnraumoffensive BW" mit einem Programmvolumen in Höhe von 35,0 Mio. EUR in 2019 (TG 79) und zum anderen für eine Erhöhung des Programm volumens der Wohnraumförderung um 12,5 Mio. EUR durch entsprechende Anpassung der Verpflichtungsermächtigung in 2019 (TG 76) eingesetzt. Für den Gesamthaushalt entstehen hierdurch keine Mehrbelastungen, da die hierfür vorgesehenen Mittel bereits im StHPI. etatisiert bzw. in der MifriFi hinterlegt wurden.

Die erhöhte Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann im Jahr 2019 in Höhe von bis zu 12,5 Mio. EUR und mit Fälligkeit für das Jahr 2020 auch bei Tit. 883 79 in Anspruch genommen werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/113

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Kapitel 0401 Ministerium

Neu aufzunehmen:

(S. 15 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1. „422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	2018 2019	20.770,7 20.943,0	- -	20.770,7 20.941,7	0,0 -1,3"

Im Stellenteil neu aufzunehmen:

(S. 267 des Urhaushalts 2018/2019)

Tit. Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		
2. „422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte								
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte								
B 9		Ministerialdirektor	1,0	-	1,0	0,0	1,0	-	1,0	0,0
		<i>In Anwendung von § 17 Abs. 5 S. 3 LHO kann 0/0/1 Beamtenstelle anderweitig mit einem oder einer außertariflichen Beschäftigten besetzt werden.</i>								

Seite 1 von 2

3.	B 6	Ministerialdirigent	5,0	-	5,0	0,0	5,0	-	6,0	+1,0
		kw spätestens ab 01.06.2023	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	1,0	+1,0
4.	A 13	Regierungsrat, Psychologierat	14,0	-	14,0	0,0	14,0	-	14,0	0,0
		<i>0/0/2 Stellen sind bis zum 31.05.2023 gesperrt.</i>								
		Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.“								

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Aufgrund von kurzfristig anberaumten organisatorischen Veränderungen bei der Amtsspitze des Kultusministeriums besteht ab dem Haushaltsjahr 2019 Bedarf, die in der Besoldungsgruppe B9 ausgebrachte Stelle anderweitig mit einem oder einer außertariflichen Beschäftigten zu besetzen, sowie an einer zusätzlichen Stelle in Besoldungsgruppe B 6. Die zusätzliche B 6 Stelle soll vorübergehend geschaffen werden bis zum Haushaltsjahr 2023. In diesem Jahr wird einer der jetzigen Stelleninhaber in Besoldungsgruppe B 6 in den gesetzlichen Ruhestand gehen. Daher ist ein entsprechender kw-Vermerk ausgebracht.

Zur finanziellen Kompensation der zusätzlichen B 6 Stelle erfolgt – wie oben bei Ziffer 4. dargestellt – eine Sperrung von zwei Stellen in Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst).

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/114

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Kapitel 0436 **Allgemeine Schulangelegenheiten**

Neu aufzunehmen:

(S. 139 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„527 01	129	Dienstreisen	2018	3.448,5	-	3.448,5	0,0
			2019	3.448,5	-	7.322,5	+3.874,0

Haushaltsvermerk unverändert

	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	2.586,4	5.491,9
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2019bis zu	2.586,4	0,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	0,0	5.491,9

Erläuterungen unverändert“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem vom Landesamt für Besoldung und Versorgung geführten Verfahren zur Abfrage eines Verzichts auf Reisekosten für eine Klassenfahrt entschieden, dass die derzeit vom Land Baden-Württemberg hierzu getroffene Regelung gegen den beamtenrechtlichen Fürsorgegrundsatz verstoßen kann.

Der Wegfall dieser bisher in vielfältiger Weise praktizierten Verzichtsmöglichkeit kann nur mit einer adäquaten Erhöhung des Mittel-etats für außerunterrichtliche Veranstaltungen kompensiert werden. Um eine erheblichen Einschränkung dieser pädagogisch sehr wertvollen Angebote der Schulen zu vermeiden, muss ein auskömmliches Budget für Reisekostenerstattungen der Lehrkräfte und sonstige Begleitpersonen etatisiert werden.

Da Schulen bereits frühzeitig Buchungen bzw. Reservierungen für solche außerunterrichtliche Veranstaltungen tätigen müssen, ist es begleitend erforderlich, die etatisierte Verpflichtungsermächtigung 2019 anzupassen. Eine entsprechende Erhöhung des Haushaltsansatzes im Haushaltsjahr 2019 von derzeit rund 3,45 Mio. Euro um zusätzliche rund 3,87 Mio. Euro auf nun rund 7,32 Mio. Euro führt dabei zu einer durchschnittlichen Verdoppelung der individuellen finanziellen Spielräume der Schulen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/115

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 04 **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Kapitel 0436 **Allgemeine Schulangelegenheiten**

Neu aufzunehmen:

(S. 156 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„88		Förderung der Integration durch Bildung <i>Haushaltsvermerke unverändert</i> Erläuterung: Aufwendungen insbesondere für: - <i>Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse für Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Kursen an Abendrealschulen</i> <i>übrige Erläuterung unverändert</i>					
684 88	129	Zuschüsse an sonstige Träger	2018 2019	0,0 0,0	- -	0,0 100,0	0,0 100,0*

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Der Besuch von Kursen an Abendrealschulen bietet die Möglichkeit, berufsbegleitend einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Obwohl manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer alle formalen Voraussetzungen zur Teilnahme an diesen Kursen erfüllen, sind mangelnde Sprachkenntnisse eine große Hürde auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluss. Mit den zusätzlich bereitgestellten Fördermitteln wird erreicht, dass durch zusätzliche Angebote dieses Defizit ausgeglichen werden kann.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/116

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 14 **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Kapitel 1481 **Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester**

Neu aufzunehmen:

(S. 732 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„97		Für Sonderbewilligungen, insbesondere für die nichtstaatlichen Bühnen					
893 97	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2018 2019	1.000,0 40,0	- -	1.000,0 204,0	0,0 +164,0

Ein Zuschuss i. H. v. 164,0 Tsd. EUR in 2019 ist für die Ersatzbeschaffung der Tonanlage an der Spielstätte der Volksschauspiele Ötigheim e. V. zu verwenden und dient der Förderung des Ehrenamtes und der Kultur im ländlichen Raum. Der bereits erfolgte Maßnahmenbeginn steht der Förderung nicht entgegen.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Bei den Volksschauspielen Ötigheim handelt es sich um ein einzigartiges Amateurfreilichttheater mit überregionaler Strahlkraft und einem beachtlichen Zuschauerzuspruch. Nahezu die gesamte Organisation der Volksschauspiele wird ehrenamtlich getragen, ebenso das Theaterspiel mit bis zu 500 Mitwirkenden pro Aufführung. Um den bestehenden Anspruch an Attraktivität und Qualität der Volksschauspiele aufrecht zu erhalten, ist die Erneuerung der Beschallungsanlage zwingend erforderlich. Eine einwandfrei funktionierende Tontechnik dient dem Fortbestand der Volksschauspiele. Die Bezuschussung der Investitionsmaßnahme leistet einen Beitrag zur Zukunftssicherung der Volksschauspiele Ötigheim und damit zum Erhalt der Vielfalt der Festspiellandschaft in Baden-Württemberg.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/117

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 14 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Neu aufzunehmen:

(S. 743 des Urhaushalts 2018/2019)

„Kapitel 1483 Staatsgalerie Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
682 01	183	Zuschuss an die Staatsgalerie Stuttgart zum laufenden Museumsbetrieb	2018 2019	7.679,9 7.776,8	- -	7.679,9 7.983,4	0,0 + 206,6

Die Mittel 2019 sind in Höhe von 206,6 Tsd. EUR bis zur Freigabe durch das Ministerium für Finanzen gesperrt. Das Ministerium für Finanzen gibt die Mittel auf Antrag regelmäßig frei, sobald hinsichtlich der gesperrten Mittel zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und BITBW Einvernehmen erzielt wurde.

Erläuterung: Außerdem ist 2019 der Mehrbedarf durch die Migration der IT der Staatsgalerie auf BITBW veranschlagt."

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Durch die Migration der IT auf BITBW kommen auf die Staatsgalerie zusätzliche Kosten zu. Die Mehrkosten für die laufende Betreuung betragen für die Staatsgalerie jährlich voraussichtlich rd. 206,6 Tsd. EUR. Die einmaligen Infrastrukturkosten werden nicht berücksichtigt; es handelt sich um jährlich ab 2019 anfallende Sachkosten. Der Betrag orientiert sich an den konkreten Angeboten und Kostenverzeichnissen der BITBW. Die Migration der Staatsgalerie zur BITBW soll zum Ende des ersten Quartals 2019 abgeschlossen sein.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/118

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 14 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Neu aufzunehmen:

(S. 773 des Urhaushalts 2018/2019)

„Kapitel 1487 Linden-Museum Stuttgart

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

Ausgaben

Die sog. Witbooi-Bibel sowie die Peitsche Hendrik Witboois aus dem Bestand des Linden-Museums können unentgeltlich an die Republik Namibia abgegeben werden.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Im Bestand des Linden-Museums befindet sich die aus Namibia stammende Familienbibel der Witbooi sowie eine Peitsche aus dem ehemaligen Besitz Hendrik Witboois. Hendrik Witbooi war während der deutschen Kolonialzeit Anführer der Nama-Gruppen und wird heute als eine wichtige Persönlichkeit der namibischen Geschichte angesehen. Er gilt als Held im Kampf gegen den Kolonialismus. In Namibia wird seiner durch zahlreiche Denkmäler gedacht, er ist zudem auf einem Geldschein dargestellt. Die private Bibel von Hendrik Witbooi sowie seine Peitsche wurden mit großer Wahrscheinlichkeit im Jahr 1893 bei einem kriegerischen Angriff deutscher Truppen auf das Hauptquartier von Hendrik Witbooi, bei dem rund 80 Personen, darunter viele Frauen und Kinder, ermordet wurden, erbeutet. 1902 gelangten die Objekte als Schenkung an das Linden-Museum. Namibia hat über den namibischen Botschafter um Rückgabe gebeten.

Seite 1 von 2

In Anbetracht der geschilderten Erwerbsumstände sowie des nachvollziehbar dargelegten, erheblichen Interesses Namibias an den landesgeschichtlich bedeutsamen Objekten erscheint es im vorliegenden Fall sachgerecht, dem Rückgabeersuchen zu entsprechen. Um die für die Rückgabe erforderliche Ermächtigungsgrundlage im Sinne von § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO zu schaffen, soll der oben genannte Haushaltsvermerk ausgebracht werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/119

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 **Ministerium für Soziales und Integration**

Kapitel 0901 **Ministerium**

Zu ändern:

(S. 386 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.		Personalausgaben					
		Im Haushaltsvermerk wird die Zahl „20.639.700“ durch die Zahl „20.780.800“ ersetzt.					
2.	422 01 011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und der Beamten (und Richterinnen und Richter)	2018 2019	14.751,6 14.706,7	14.751,6 14.797,4	- 14.938,5	- +141,1

**In Ziffer 1 der Erläuterung werden die beiden
Zahlen „14.797,4“ durch die Zahlen „14.938,5“
ersetzt.**

Im Stellenteil zu ändern:

(S. 410 des Nachtragshaushalts)

Tit. Bes. Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenteil							
			statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)	statt		zu setzen (neu)	mehr weniger (nachrichtlich)
			2018 bisher (Urhaushalt)	2018 neu (Nachtrags- haushalt)			2019 bisher (Ursprungs- haushalt)	2019 neu (Nachtrags- haushalt)		

422 01 011 **Stellenplan für Beamte**

a) Planstellen für Beamte

3.	A 15	Regierungsdirektor	53,0	-	-	-	52,0	-	53,0	+1,0
4.	A 12	Amtsrat	34,5	-	-	-	34,5	-	35,5	+1,0

und die Summe entsprechend anzupassen und die Veränderungen im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Durch die Pflegeberufereform werden zum 01.01.2020 die bisherigen Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einer neuen generalistischen Pflegeausbildung („Pflegefachfrau/Pflegefachmann“) zusammengeführt.

Sämtliche Altenpflege- und Krankenpflegeschulen sowie die Träger der praktischen Ausbildung müssen ihre Strukturen auf die neue Ausbildung umstellen und auch das Wahlrecht zur Spezialisierung auf Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege ab dem dritten Ausbildungsjahr ermöglichen. Weiterhin wird mit dem Pflegeberufegesetz erstmals die hochschulische Pflegeausbildung gesetzlich verankert. Die bisherigen (landesrechtlich geregelten) Assistenzberufe (Altenpflegehilfe/Krankenpflegehilfe) sind ebenso an die generalistische Pflegeausbildung anzupassen wie die jeweiligen Weiterbildungsverordnungen (z.B. Pflegedienstleitung, Stationsleitung, Intensivpflege, Gerontopsychiatrie), die auf den bisherigen Ausbildungsberufen aufbauen.

Auch die Finanzierungssysteme der bisherigen Pflegeausbildungen werden grundlegend verändert und vereinheitlicht, in dem die künftigen Ausbildungskosten aus einem Ausgleichsfonds gedeckt werden. Sowohl zu den Kosten der praktischen Ausbildung, als auch zu den Kosten der Pflegeschulen sind regelmäßig Budgetverhandlungen zu führen, erstmals im Frühjahr 2019. Das Land ist hieran als einer der Kostenträger unmittelbar beteiligt.

Die Federführung für die Umsetzung der Pflegeberufereform im Land obliegt dem Ministerium für Soziales und Integration. Hierzu bedarf es einer Verstärkung um zwei Planstellen, eine im höheren Dienst (A15) und eine im gehobenen Dienst (A12). Die Umsetzung der tiefgreifenden Reform wird auch in den folgenden Jahren vom Ministerium für Soziales und Integration zu begleiten sein, auch im Kontext der vom Bund initiierten Konzierten Aktion Pflege. Außerdem sieht das Pflegeberufegesetz selbst eine Evaluierung seiner Wirkungen vor, die zu entsprechenden Anpassungsbedarfen führen können – auch für die Umsetzung in den Ländern.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/120

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen

Neu aufzunehmen:

(S. 32 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	631 01 N 249	Kostenerstattung an den Bund	2018 2019	- -	- -	- 56,0	- +56,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt ist der dem Bund zu erstattende Landesanteil an den Kosten der Erhaltung noch bestehender Grabstätten von unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma auf Grund einer Bund-Länder-Vereinbarung nach dem Königsteiner Schlüssel.</p> <p>Übertragen von Tit. 684 01 8,0 Tsd. EUR.</p>							
2.	684 01 249	Zuschuss an den Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V.	2018 2019	8,0 8,0	- -	- 0,0	- -8,0
<p>Nach Satz 1 der Erläuterung wird folgender Satz eingefügt: „Übertragen nach Tit. 631 01.“</p>							

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Der Erhalt der Gräber von Sinti und Roma, die als Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen nach dem 31.03.1952 verstorben sind und nicht unter das Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) fallen, wurde bisher von den Ländern in eigener Zuständigkeit gefördert. Anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin im Dezember 2016 wurde beschlossen, eine Bund-Länder-Vereinbarung zu treffen. Diese Vereinbarung sieht vor, die Kosten hälftig zwischen dem Bund und den Ländern aufzuteilen. Der Kostenanteil der Länder wird nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt. Die Umsetzung der Vereinbarung übernimmt das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), dem zukünftig die anteiligen Kosten zu erstatten sind.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/121

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 **Ministerium für Soziales und Integration**

Kapitel 0920 **Ältere Menschen und Pflege**

Zu ändern:

(S. 398 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	75	Umsetzung der Pflegeberufereform in Baden-Württemberg Nach Satz 2 der Haushaltsvermerke wird folgender Satz eingefügt: „Tit. 547 75 und Kap. 0922 Tit. 547 01 sind gegenseitig deckungsfähig.“ Nach Satz 2 der Erläuterung wird folgender Satz eingefügt: „Darüber hinaus sind Mittel veranschlagt für die praktischen Ausbildungsteile der hochschulischen Pflegeausbildung (auch im Rahmen von Modellstudiengängen).“					
2.	534 75 N 290	Sachaufwand	2018 2019	- -	155,6 706,6		- -

Der Haushaltsvermerk und die Verpflichtungsermächtigung werden wie folgt gefasst:

„Hinsichtlich der im Haushaltsjahr 2020 zur Zahlung fälligen Beträge kann die Verpflichtungsermächtigung 2018 auch im Haushaltsjahr 2019 in Anspruch genommen werden, soweit sie im Haushaltsjahr 2018 noch nicht in Anspruch genommen wurde.“

	2018 Tsd. Euro	2019 Tsd. Euro
„Verpflichtungsermächtigung	1.332,1	0,0
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2019bis zu	706,6	0,0
Haushaltsjahr 2020bis zu	625,5	0,0“

Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„**Erläuterung:** Veranschlagt sind Mittel zur Anschubfinanzierung für die zuständige Stelle nach § 26 Abs. 4 Pflegeberufegesetz (PflBG). Es ist vorgesehen, diese Aufgaben nach § 26 Abs. 6 Satz 4 PflBG auf eine geeignete juristische Person des Privatrechts im Wege der Beleihung zu übertragen.“

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung
(Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon fällig in				
		2018	2019	2020	2021	2022
bis 2016	-	-	-	-	-	-
2017	-	-	-	-	-	-
2018	1.332,1	-	706,6	625,5	-	-
2019	-	-	-	-	-	-
zus.	1.332,1	-	706,6	625,5	-	-

3.	547 75 N	290	Sonstige sächliche Ausgaben	2018	-	50,0	96,7	+46,7
				2019	-	350,0	910,0	+560,0

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Tit. 534 75 N

Für die Verwaltung des Ausgleichsfonds zur Finanzierung der neuen generalistischen Pflegeausbildung ist vom Land eine zuständige Stelle nach § 26 Abs. 4 Pflegeberufegesetz (PflBG) zu bestimmen. Es ist vorgesehen, hiermit eine Tochtergesellschaft der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWK) im Wege der Beleihung zu beauftragen (§ 26 Abs. 6 Satz 4 PflBG). Um die rechtzeitige Funktionsfähigkeit der fondsverwaltenden Stelle zu gewährleisten, sind bereits im Vorfeld des Beginns der neuen Ausbildung im Jahr 2020 entsprechende Maßnahmen zum Aufbau des neuen Finanzierungssystems zu ergreifen.

Nachdem der Bundesgesetzgeber keine Regelung zur Finanzierung dieser Vorlaufkosten in den Jahren 2018/19 getroffen hat, sind diese vom Land zu übernehmen. Ab 2020 erhält die fondsverwaltende Stelle eine pauschale Erstattung von Verwaltungs- und Vollstreckungskosten in Höhe von 0,6% der Summe der Ausbildungsbudgets (§ 32 Abs. 2 PflBG). Da die neue Ausbildung in 2020 allerdings erst sukzessive mit dem ersten Ausbildungsjahr beginnt, muss – wie in anderen Ländern auch – davon ausgegangen werden, dass der 0,6%-Anteil noch nicht ausreicht, um die Kosten der Fondsadministration zu decken. Aus diesem Grunde ist auch für 2020 voraussichtlich noch eine Anschubfinanzierung erforderlich.

Die Vertragsverhandlungen zum Aufbau und zur Beleihung der fondsverwaltenden Stelle konnten bereits so weit vorangetrieben werden, dass eine Unterzeichnung der Vereinbarung noch in 2018 erfolgen soll. Aus diesem Grunde ist eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung zur Ausgabenleistung bis 2020 erforderlich.

Tit. 547 75 N

Die Kosten der praktischen Ausbildung von Studierenden, die im Rahmen von Modellklauseln in den Berufsgesetzen zugelassene primärqualifizierende Studiengänge „Pflege“ an der PH Schwäbisch Gmünd und an der Universität Tübingen zusammen mit der Hochschule Esslingen absolvieren, können nicht über § 17a KHG finanziert werden. Deshalb sind hierfür entsprechende Landesmittel bereitzustellen. Zur Abfederung möglicher unerwarteter Entwicklungen erscheint es zudem sinnvoll, eine gegenseitige Deckungsfähigkeit von Tit. 547 75 N mit Kap. 0922 Tit. 547 01 N (Modellstudiengang Hebammenwissenschaft) im Kontext der hochschulischen Ausbildungen vorzusehen. Auf den korrespondierenden Antrag zu Kap. 0922 Tit. 547 01 N wird verwiesen.

Nach Berechnungen der Universität Tübingen belaufen sich die Kosten der praktischen Ausbildung bezogen auf einen Studierenden und über 3 Jahre Studium auf rd. 14.000 Euro (mithin 4.667 Euro p.a.). Für das Jahr 2018 sind 10 Studierende, für das Jahr 2019 sind 120 Studierende zu berücksichtigen. Mithin ergibt sich ein Mehrbedarf von $10 \times 4.667 = 46,7$ Tsd. EUR für 2018 und $120 \times 4.667 = 560,0$ Tsd. EUR für 2019.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/122

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0922 Gesundheitspflege

Zu ändern:

(S. 400 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
1.	547 01 N	314	Kosten der primärqualifizierenden hochschulischen Ausbildung – Modellstudiengänge Hebammenaus- bildung	2018 2019	- 0,0	0,0 140,0	0,0 0,0

Der Haushaltsvermerk wird wie folgt gefasst:
 „Tit. 547 01 N und Kap. 0920 Tit. 547 75 sind ge-
 genseitig deckungsfähig.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
 Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Nicht nur für die Modellstudiengänge Hebammenausbildung, sondern auch für die im Rahmen von Modellklauseln in den Berufsgesetzen zugelassenen primärqualifizierenden Studiengänge „Pflege“ ist die Finanzierung der praktischen Ausbildungsteile sicherzustellen. Auf den entsprechenden Änderungsantrag zu Kap. 0920 Tit. 547 75 wird verwiesen. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs ist eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der für die hochschulischen Ausbildungen veranschlagten Mittel vorzusehen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/123

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0922 Gesundheitspflege

Zu ändern:

(S. 134 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

„74 Schutz der Bevölkerung vor biologischen Bedrohungen sowie vor Gefahren, die von Medizinprodukten ausgehen

547 74 311 Sachaufwand

Der Haushaltsvermerk ist wie folgt zu ergänzen:

„Hinsichtlich der ab dem Haushaltsjahr 2020 zur Zahlung fälligen Beträge kann die Verpflichtungsermächtigung 2018 auch im Haushaltsjahr 2019 in Anspruch genommen werden, soweit sie im Haushaltsjahr 2018 noch nicht in Anspruch genommen wurde.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die Vertragsverhandlungen im Rahmen des JPA (Joint Procurement Agreement to procure medical countermeasures – Abkommen zur Überwindung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren wie z. B. Impfstoffe im Falle einer Pandemie), die federführend von der EU-Kommission geführt werden, liegen hinter der ursprünglichen Zeitplanung zurück. Deutschland ist durch die sog. JPA-Vorbereitungsgruppe aus Vertretern des Bundes und der Länder (Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen) an den Verhandlungen beteiligt.

Es ist derzeit unsicher, ob die Zeichnung der Rahmenverträge auf europäischer Ebene sowie die nachfolgende Zeichnung spezifischer Verträge über die Zahlung von Bereitstellungsgebühren durch die Länder noch im Jahr 2018 erfolgen kann.

Vor diesem Hintergrund ist zur Sicherstellung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen seitens des Ministeriums für Soziales und Integration zur Unterzeichnung des Vertrages die Übertragung der Verpflichtungsermächtigung in das Jahr 2019 erforderlich.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/124

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 09 Ministerium für Soziales und Integration

Kapitel 0922 Gesundheitspflege

Neu aufzunehmen:

(S. 136 des Urhaushalts 2018/2019)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
„75		Förderung von Maßnahmen der Suchthilfe und Suchtprävention					
633 75	314	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2018 2019	9.402,7 9.402,7	- -	- 9.755,1	- +352,4 ^a

Die Tabelle in der Erläuterung ist wie folgt zu fassen:

„Veranschlagt sind Zuweisungen an:	2018 Tsd. EUR	2019 Tsd. EUR
1. Stadt- und Landkreise für die Beauftragten für Suchtprophylaxe	787,6	787,6
2. Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstellen (PSB) und Kontaktläden	8.526,0	8.878,4
3. Sonstige Maßnahmen nach dem Landesglücksspielgesetz	89,1	89,1
zus.	9.402,7	9.755,1 ^a

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Aktuell werden seitens des Landes im Bereich der Psychosozialen Beratungsstellen (PSB) /Kontaktläden (KL) insgesamt 490 Fachkraftstellen gefördert. Zum 01.01.2019 ist nun geplant,

1. die Förderung um 500 Euro auf dann 17.900 Euro pro Stelle und Jahr zu erhöhen; insoweit ergibt sich ein Mehrbedarf in Höhe von $490 \times 500 = 245.000$ Euro; und
2. sechs zusätzliche Stellen zu fördern; insoweit ergibt sich ein Mehrbedarf in Höhe von $6 \times 17.900 = 107.400$ Euro.

Insgesamt werden daher $245.000 + 107.400 = 352,4$ Tsd. EUR an zusätzlichen Mitteln strukturell benötigt.

Die Tabelle in der Erläuterung wurde an die derzeitigen, tatsächlichen Verwendungen angepasst. In der Finanzierung der Psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstellen (PSB) sind auch Mittel für Maßnahmen nach dem Landesglücksspielgesetz enthalten.

Zum 01.01.2018 erfolgte bereits eine Erhöhung der Personalkostenförderung seitens des Landes im Bereich der PSB/KL um 500 EUR pro Vollzeitstelle sowie eine Erhöhung der Stellenzahl. Mit der weiteren Erhöhung im Nachtrag wird nun die im Jahre 2004 erfolgte Kürzung von 17,9 Tsd. EUR auf 16,9 Tsd. EUR je Vollzeitstelle vollkommen zurückgenommen werden, was mit Blick auf die Personalkostenentwicklung aufgrund von Tarifsteigerungen und den von den Trägern aufzubringenden Eigenmittelanteil dringend erforderlich ist.

Die zusätzlich geförderten sechs Vollzeitstellen in den PSB/KL gliedern sich wie folgt auf:

- 4,25 PSB-Stellenanteile der Stadt Stuttgart Stuttgart
- 0,1 PSB-Stellenanteile bei der Fachstelle Tuttlingen
- 0,3 PSB-Stellenanteile im Bereich VVSub – Verbesserung der behandlungsbezogenen und teilhabeorientierten Vernetzung in der Substitutionsbehandlung, Tuttlingen
- 0,7 PSB-Stellenanteile der Stadt Heilbronn
- 0,65 PSB-Stellenanteile beim Drogenkonsumraum Karlsruhe

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/125

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1205 Kommunalen Finanzausgleich

Neu aufzunehmen:

(S. 19 des Urhaushalts 2018/19)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)	
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)			
1.	„633 06	820	Förderung der kommunalen Lasten im Bereich der Integration (§ 29 d Abs. 1 FAG)	2018 2019	90.000,0 0,0	- -	- 60.000,0	- +60.000,0

Hier sind die nach § 29d Abs. 1 FAG erforderlichen Ausgaben zu leisten. Im Jahr 2019 sind Mittel in Höhe von 60,0 Mio. EUR nach Maßgabe der Erläuterung gesperrt. Die Mittel sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Tit. 633 72A.

Erläuterung: Zur Umsetzung der von der Gemeinsamen Finanzkommission empfohlenen Verlängerung des Integrationslastenausgleichs nach § 29d Abs. 1 FAG im Jahr 2019 ist ein kommunaler Mitfinanzierungsanteil in Höhe von 60,0 Mio. EUR vorgesehen. Die Mittel wurden mit dem Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes der Finanzausgleichsmasse entnommen und verstärken den Haushaltsansatz bei Tit. 633 06. Für den Fall, dass die Empfehlung auf Grund des Ausbleibens einer bundesgesetzlichen Regelung und damit ausbleibender Bundesmittel nicht umgesetzt werden kann, werden die Mittel wieder der Finanzausgleichsmasse (Tit. 613 72A) zugeführt.“

Zu ändern:

(S. 445f. des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		

2. 633 08 N 820 Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen

Folgender Haushaltsvermerk wird neu eingefügt:

„Hier sind die nach § 17a Abs. 1 FAG erforderlichen Ausgaben zu leisten. Mittel in Höhe von 75,0 Mio. EUR sind gesperrt und dienen insoweit der Mitfinanzierung eines möglichen Bundesprogramms im Bereich bildungsbezogene digitale Infrastruktur an Schulen. Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzausschusses Ausgaben zu leisten, Verpflichtungen einzugehen und gegebenenfalls erforderliche Kapitel und Titel zu schaffen. Die insoweit geschaffenen Kapitel und Titel gelten als planmäßig.“

Die Erläuterung wird gestrichen.

3.	613 72A	820	Finanzzuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse A	2018	7.985.945,4	8.049.370,8	8.049.370,8	0,0
				2019	8.290.273,2	8.523.731,9	8.475.119,9	-48.612,0

Folgender Haushaltsvermerk wird neu eingefügt:

„Es besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit zu Lasten des Tit. 633 06.“

Die Erläuterung wird wie folgt geändert:

Jeweils für das Jahr 2019 sind zu ändern

- unter Ziff. I. 1. in der Zeile „abzgl. Kürzung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 FAG“ die Zahl „720.600,0“ durch die Zahl „780.600,0“;
- unter Ziff. I. 3. die Zahl „10.913.478,0“ durch die Zahl „10.853.478,0“;
- unter Ziff. II. 1. die Zahl „8.842.099,9“ durch die Zahl „8.793.487,9“ und
- unter Ziff. II. 3. die Zahl „8.523.731,9“ durch die Zahl „8.475.119,9“.

4.	883 72D	820	Pauschale Investitionszuweisungen	2018	1.022.788,4	1.037.906,9	1.037.906,9	0,0
				2019	1.074.359,6	1.111.378,1	1.099.990,1	-11.388,0

Die Erläuterung wird wie folgt geändert:

Jeweils für das Jahr 2019 sind zu ändern

- unter der Ziff. 1 die Zahl „1.024.378,1“ durch die Zahl „1.012.990,1“ und
- in der Summenzeile die Zahl „1.111.378,1“ durch die Zahl „1.099.990,1“.

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Nachdem sich die bundesgesetzliche Regelung zur Verlängerung der Integrationspauschale nunmehr konkretisiert hat (Baden-Württemberg erhält voraussichtlich rund 260 Millionen Euro für 2019 über den Länderanteil an der Umsatzsteuer), ist zur Umsetzung der in der Gemeinsamen Finanzkommission mit den Kommunen vereinbarten Verlängerung des „Paktes für Integration“ eine Mittelumschichtung erforderlich. Konkret werden 60 Millionen Euro (entspricht 23 % aus rund 260 Millionen Euro) aus der Finanzausgleichsmasse in den separat etatisierten Integrationslastenausgleich nach § 29d Absatz 1 FAG umgeschichtet. Dadurch wird eine zielgerichtete Verwendung entsprechend der Empfehlung der Gemeinsamen Finanzkommission erreicht. Das Verfahren wurde im Vorfeld mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt.

Darüber hinaus erfolgt bei Tit. 633 08 die Korrektur eines Druckversehens.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/126

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1206 Schulden und Forderungen

Zu ändern:

(S. 448 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
86		Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt					
325 86	830	Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	2018 2019	-250.000,0 -250.000,0	-250.000,0 -750.000,0	-250.000,0 -1.000.000,0	0,0 -250.000,0

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Zur Tilgung von Kreditmarktschulden werden im Haushaltsjahr 2019 weitere 250,0 Mio. EUR vorgesehen. Die Zuführung an die Rücklage für Maßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO wird in entsprechender Höhe reduziert; vgl. Änderungsantrag zu Kap. 1212 Tit. 919 05.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/127

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 05	850	Zuführung an die Rücklage für Maßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO	2018 2019	1.079.478,0 1.499.403,0	1.726.110,0 1.909.255,7	1.726.416,5 1.659.125,1	+306,5 -250.130,6

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die Zuführung an die Rücklage für Maßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO wird im Jahr 2019 um 250,0 Mio. EUR zur zusätzlichen Tilgung von Kreditmarktschulden in entsprechender Höhe reduziert, vgl. Änderungsantrag zu Kap. 1206 Tit. 325 86.

Darüber hinaus sind aufgrund der Einarbeitung der exakten Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung in die Berechnung der Tilgungsverpflichtung gem. § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO die Zuführungsbeträge für die Jahre 2018 und 2019 anzupassen.

Es ist vorgesehen, aus den zugeführten Mitteln weitere 100 Mio. EUR für die Sanierungsoffensive der Uniklinika des Landes sowie weitere 50 Mio. EUR für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen im Haushaltsvollzug zu entnehmen. Ein Änderungsantrag ist diesbezüglich nicht erforderlich, da beim Entnahmetitel (Kap. 1212 Tit. 359 05) ein entsprechender Haushaltsvermerk bereits ausgebracht ist.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/128

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 488 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
919 10	850	Zuführung an den Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg	2018 2019	560.416,6 492.841,0	- 494.633,6	- 494.783,6	- +150,0

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Die Zuführung an den Versorgungsfonds wird an die Stellenveränderungen im Zusammenhang mit den beschlossenen Änderungsanträgen angepasst. Auf die entsprechenden Änderungsanträge in den Kapiteln 0101, 0330, 0401, 0503, 0601 und 0901 wird verwiesen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/129

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1223 Zukunftsinvestitionen

Zu ändern:

(S. 497 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
95		Kommunaler Sanierungsfonds					
883 95A	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	2018 2019	173.742,0 207.067,0	247.034,4 307.495,1	247.068,5 307.480,6	+34,1 -14,5

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Aufgrund der Einarbeitung der exakten Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung in die Berechnung der Tilgungsverpflichtung gem. § 1 Abs. 3 der VO zu § 18 LHO sind die Haushaltsansätze für die Jahre 2018 und 2019 anzupassen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

N/130

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19**

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 12 Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 1212 Sammelansätze

Zu ändern:

(S. 487 des Nachtragshaushalts)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2018 2019	statt		zu setzen Tsd. EUR (neu)	mehr weniger Tsd. EUR (nachrichtlich)
				bisher 2018 bisher 2019 Tsd. EUR (Urhaushalt)	neu 2018 neu 2019 Tsd. EUR (Nachtragshaushalt)		
" 919 01	850	Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken	2018 2019	37.385,3 19.020,0	963.595,5 32.193,4	964.408,2 15.553,9	+812,7 -16.639,5"

- Haushaltsvermerk und Erläuterung unverändert -

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Zur Gegenfinanzierung der Änderungsanträge wird die Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken entsprechend reduziert.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode**StHG/1****Änderungsantrag**
der Fraktion der AfD**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 16/5100**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan**
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:

„2. § 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2 Stelleneinsparverpflichtungen

Das 1.480-Stelleneinsparprogramm wird ab dem 01.01.2019 wieder in Kraft gesetzt. Die Landesregierung wird im Jahr 2019 122 Stellen netto einsparen. Es steht ihr hierbei frei dies über die Ministerien zu verteilen.““

2. Die Nummern 2 bis 7 werden die Nummer 3 bis 8.
3. Die bisherige Nummer 8 wird gestrichen.

26.11.2018

Dr. Podeswa, Sänze, Voigtmann und Fraktion

Begründung

Zu Ziffer 1 und 2:

Die Landesregierung wird damit in die Verantwortung genommen für eine Steigerung der Effizienz in der Landesverwaltung. Der andauernde Aufwuchs im Angestellten- und Beamtenapparat wird damit beendet.

Zu Ziffer 3:

In diesem Paragraphen werden 100 Millionen Euro für ideologisch geprägte E-Fahrzeugpläne und den damit verbundenen Batteriefabrikbau budgetiert. Die Landesregierung schafft es nicht klare Projekte darzustellen. Durch die Überantwortung der Mittel in den Finanzausschuss wird eine Debatte in der Öffentlichkeit vermieden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

StHG/2

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5100

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Der Landtag wolle beschließen:

Artikel 1 wird folgende Nummer 9 angefügt:

„9. § 8 wird folgender Absatz 8 angefügt:

(8) Die Landesregierung wird ermächtigt, die zur finanziellen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Digitalisierung an Schulen erforderlichen Vereinbarungen einzugehen. Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen die für die Vereinnahmung und Verwendung der finanziellen Beteiligung des Bundes notwendigen Kapitel, Titel, Haushaltsvermerke, Einnahme- und Ausgabe- sowie Verpflichtungsermächtigungen zu schaffen. Das Gleiche gilt für die zur Umsetzung benötigten Personal- und Sachmittel sowie Planstellen und andere Stellen, soweit sie durch eine entsprechende Erhöhung der globalen Minderausgabe bei Kapitel 0402 Titel 972 10 finanziert werden. Die nach Satz 2 und 3 geschaffenen Haushaltsermächtigungen gelten als planmäßig.“

05.12.2018

Walker, Bay, Kern, Lindlohr, Dr. Rösler, Saebel, Salomon und Fraktion
Wald, Klein, Kößler, Mack, Paal, Dr. Schütte und Fraktion

Begründung

Zu Absatz 8

Es sind die notwendigen haushaltswirtschaftlichen Ermächtigungen zur Umsetzung der geplanten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Digitalisierung an Schulen zu schaffen. Sobald die konkrete Ausgestaltung geklärt ist, sind dazu auch die erforderlichen haushaltsrechtliche Ermächtigungen zu schaffen, damit die finanzielle Beteiligung des Bundes in 2019 im Landeshaushalt vereinnahmt und ihrem Zweck zugeführt werden kann. Zur erforderlichen Kofinanzierung wird auf die in Kapitel 1205 Titel 633 08 etatisierte Haushaltsermächtigung verwiesen. Um eine zügige zweckentsprechende Verwendung der Mittel des Bundes zu erreichen, sind die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen für die zur Abwicklung der Förderung erforderlichen Personal- und Sachmittel zu schaffen, sobald die konkrete Ausgestaltung des Förderverfahrens einschließlich der damit beauftragten Organisationseinheiten geklärt ist. Die hierfür gegebenenfalls entstehenden Mehrausgaben werden über eine Erhöhung der Globalen Minderausgabe gegenfinanziert.